

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltenen Rollenblätter oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zollpolitisches Gaukelspiel.

Die erste Lesung der neuen Handelsverträge ist heute im Reichstage beendet und die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen worden. Diese soll in den nächsten Tagen die Verträge im einzelnen durchsehen und, wie die Grafen Kautsky und Reventlow in ihren Reden betonten, „authentische Aufklärungen“ über einzelne Abmachungen, speziell über die Bestimmungen der Vieheinfuhr-Konvention mit Oesterreich-Ungarn von der Regierung einfordern. An sich ist diese sogenannte Durchberatung der neuen Tarifverträge in einer Kommission nur Zeitvergeudung. Die Handelsvertrags-Vorlagen können nicht vom Reichstage in einzelnen Punkten abgeändert werden. Vertragsschließender ist nach dem Gesetz nicht der deutsche Reichstag oder das deutsche Volk, sondern der Kaiser als Bundespräsident, und der Reichstag hat lediglich das Recht, die neuen Verträge als Ganzes anzunehmen oder aber, falls sie seinen Ansprüchen nicht genügen, abzulehnen. Kann aber der Reichstag an den einzelnen Bestimmungen nichts ändern, so erscheint es als zwecklos, über diese Einzelheiten lange zu diskutieren. Dennoch hat für die Konservativen und das Zentrum, die beide hauptsächlich auf Kommissionsberatung drängen, diese ihren bestimmten Zweck. Erstens soll die Erörterung der Vorlagen in der Kommission zur Bewichtigung der durch die verlogene agrarische Agitation zu den lächerlichsten Zollforderungen aufgelaufenen landbändlerischen Gefolgschaft dienen. Die Zustimmung zu den Verträgen könnte in manchen bäuerlichen Gegenden den bisherigen konservativen und liberalen Vertretern im Reichstage das Mandat kosten, zumal ganz zweifellos ist, daß in den Verträgen die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes einseitig auf Kosten des mittel- und kleinbäuerlichen Bestandes begünstigt werden. Die Vertreter solcher Gegenden möchten deshalb ein Mittel gewinnen, um mit einem gewissen Ansehen von Verehrung vor ihren Wählern erklären zu können, sie hätten sich erst dann schweren Herzens zur Annahme der Verträge entschlossen, nachdem die einzelnen Zollpositionen in der Kommission eingehend geprüft worden und die Regierung bezüglich der Bestimmungen der Vieheinfuhr günstige geheime Zusagen und Aufklärungen gegeben habe — erst dann, als man solche Zusagen erhalten und die Gewissheit erlangt habe, daß nicht mehr durchzusetzen sei, habe man zugestimmt mit dem stillen Gelächris, in der Agitation eifrig fortzuführen, um das nächste Mal auch das zu erreichen, was diesmal verjagt geblieben sei.

Noch mehr als diese Rücksicht auf die Agitation im Lande, veranlaßt aber eine andere Absicht die Herren Ueberagrarien zu dem Verlangen nach einer Kommissionsberatung. Man weiß, daß zurzeit in den sogenannten maßgebenden Kreisen eine gewisse Stimmung für die wirtschaftspolitischen Ansprüche der grundadeligen „Stützen des Thrones“ vorhanden ist, und man will diese Stimmung ausnutzen. Die Regierung soll genötigt werden, gewisse Verpflichtungen in Bezug auf die Handhabung verschiedener Bestimmungen der neuen Verträge, besonders betreffs der Grenzabsperrung gegen die fremde Vieheinfuhr, in den Kommissionsverhandlungen zu übernehmen und zugleich die Zusicherung zu geben, daß sie nach der Annahme der neuen Tarifverträge alsbald einzelne der bestehenden Meißbegünstigungsverträge, vornehmlich den Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien kündigt.

Als drittes Motiv kommt in Betracht, daß man auf agrarischer Seite vor der Abstimmung im Plenum des Reichstages gern Aufschub erlangen möchte, wie weit die liberalen Parteien für die neuen Tarifverträge stimmen werden und wie groß die Zahl der dissentierenden Stimmen ist, um danach die eigene Abstimmung einzurichten. Die Handelsverträge durchfallen zu lassen, daran denkt man weder in der konservativen, noch in der Zentrumsfraktion. Man ist trotz aller Würgereien entschlossen, sie durchzubringen, wenn nötig, unter Ausnutzung des letzten Mannes. Daher hat auch noch kein Mitglied der Rechten und des Zentrums sich bestimmt gegen die Vorlage ausgesprochen. Der Graf Kautsky wie der antisemitisch-landbändlerische Graf Reventlow und der Renommierdauer des Zentrums, der Abgeordnete Herold: sie alle wollen sich erst nach den Ergebnissen der Kommissionsberatung entscheiden, d. h. sich die Möglichkeit offenhalten, wenn es nötig sein sollte, für die Verträge einzutreten. Stimmen aber so viele Mitglieder der liberalen Fraktionen für die Vorlagen, daß ihnen eine große Mehrheit gesichert ist, so kann ein Teil der äußersten Rechten und der bayerischen Abgeordneten bäuerlicher Wahlkreise sich das oppositionelle Vergnügen leisten, die Rolle der Unentwegten zu spielen und gegen den einen oder anderen Vertrag zu stimmen, womit manchen der Herren aus taktischen Gründen gebient wäre.

Die Situation hat sich tatsächlich so gestaltet, wie wir sie bereits am 29. Oktober v. J. in dem Artikel „Die neuen Handelsverträge und die „staatsbehaltenden“ Parteien“ zeichneten, als erst die Verträge mit Rußland, Italien, Belgien, Rumänien zum Abschluß gelangt und die Deklamation agrarischer Blätter gegen diese Verträge noch von der liberalen Presse kurioserweise allgemein ernst genommen wurde. Schon damals wiesen wir darauf hin, daß trotz aller Jeremiaden der landbändlerischen Blätter die Agrarier in ihrer Masse für die neuen Tarifverträge stimmen würden, wenn auch in Rücksicht auf die Agitation „bis zuletzt die konservative Fraktion im Reichstage die Rolle des Beschädigten spielen und über die Verletzung ihrer heiligsten Interessen jammern wird“. — Damit ist nicht gesagt, daß die gesamte Rechte, Mann für Mann, für die Handelsverträge eintreten wird. Wenn die Mehrheit für die Verträge im Reichstage so groß ist, daß ein Teil der äußersten Rechten, ohne die Annahme der Verträge zu gefährden, sich den

Zugus gestatten kann, gegen sie zu stimmen, dann wird das wahrscheinlich geschehen — allein schon, um der Anhängererschaft im Lande zu demonstrieren, daß durch die Verträge nur ganz minimale „berechtigtere“ Forderungen der Landwirtschaft erfüllt würden und also eifrig weiter agitiert werden müsse.

Von den liberalen Parteien wird leider, wie meistens, den Konservativen und dem Zentrum dieses taktische Gaukelspiel möglichst erleichtert. Nicht nur die nationalliberale Fraktion und die Freisinnige Volkspartei tritt in ihrer großen Mehrheit für die Annahme der neuen Verträge ein, selbst bis in das kleine Häuflein der Freisinnigen Vereinigung reicht die Reizung, den taktischen Bedürfnissen der Agrarier entgegenzukommen und die neuen Tarifverträge bereitwillig zu apportieren. Wer daran nach der Haltung der zu dieser Partei zählenden Blätter noch zweifelte, dem zeigen es die vorgestern auf der Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen von den Parteigrößen gehaltenen Reden.

Als Begründung für diese Reizung muß die zuerst von der „Freien Deutschen Presse“, der ehemals „Freisinnigen Zeitung“ Eugen Richters, und dem „Berliner Börsen-Courier“ in schöner feilscher Uebereinstimmung aufgestellte Behauptung herhalten, daß ein großer Teil der Agrarier es tatsächlich ernst mit seinem Geschäft gegen die dem Reichstage vorgelegten Tarifverträge meint und daß, wenn infolge der unverzöhnlichen Haltung dieser Unentwegten und der Liberalen die neuen Verträge im Reichstage durchfallen würden, dann die Regierung aus Nothe die bisher noch geltenden Handelsverträge aus dem Anfang der neunziger Jahre kündigen und nach Ablauf des Abkündigungsjahres einfach den neuen Generaltarif vom 25. Dezember 1902 in Kraft setzen werde.

Das ist die Motivierung, wie sie erst vorgestern wieder das „Berliner Tageblatt“ in seinem Begrüßungsartikel zum Parteitag der Freisinnigen Vereinigung vorgeführt und wie sie ihm die „Vossische Zeitung“ in ihrem gestrigen Leitartikel „Annehmen oder Ablehnen?“ nachbetet. Eine Argumentation, die in Anbetracht der ganzen gegenwärtigen handelspolitischen Situation und der von den Regierungsvertretern wiederholt während der Zollkämpfe abgegebenen Erklärung, daß der neue Generalzolltarif nicht ohne die Herausforderung eines gefährlichen Zollkrieges in Kraft treten könne, kaum ernst genommen werden kann, und die denn auch von den fähigsten Handelspolitikern der Freisinnigen Vereinigung, den Herren Barth und Gothein, selbst belächelt wird. Besonders hat Herr Barth in seiner „Nation“ diese Argumentation mehrfach verpöppelt und den neuen Generalzolltarif als die große Kanone bezeichnet, „die nicht losgeht“.

Das fortgesetzte Gerede von dem zweifellos vorhandenen Willen der Regierung, nach einer Ablehnung der vorgelegten Tarifverträge den allgemeinen Zolltarif vom Dezember 1902 in Kraft zu setzen, ist denn auch nicht als ein blohes Veruschungsmanöver. Es hat keinen anderen Zweck, als die eigentlichen Motive zu verdecken, welche den Herren das Annehmen der neuen Handelsverträge vorteilhafter erscheinen lassen als das Ablehnen. Ist die Erreichung der führenden Größen der Landbändler gegen die neuen Verträge lediglich ein taktisches Gaukelspiel, so nicht minder das Gerede mancher Liberalen.

Sind sie auch mit den hohen Zöllen auf Lebensmittel und der Erschwerung des industriellen Exports nicht einverstanden, so finden sie doch andererseits in dem neuen Tarife auch manche Begünstigung der von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Interessen. Gewiß, der Export mancher deutschen Industriezweige wird durch die höheren Zölle auf deutsche Industrieartikel, die Rußland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Rumänien usw. in den neuen Verträgen als Gegenleistung für ihre Annahme der deutschen Agrarzölle zugestanden sind, mehr oder weniger geschädigt. Aber diese Zölle treffen nicht alle Industriezweige und nicht jeden der betroffenen gleichmäßig. Wenn einem Teil der Industrie auch die Ausfuhr nach den Vertragsländern erschwert wird, so gewinnt er andererseits infolge der Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle auf die von ihm produzierten Artikel noch weit mehr die Möglichkeit als bisher, die fremde Zufuhr vom deutschen Markt fernzuhalten und auf diesem die Preise zu erhöhen, d. h. also sich für den Gewinnanspruch beim Export durch stärkere Ausbeutung der deutschen Konsumenten schadlos zu halten; vielleicht sogar noch ansehnliche Mehrerträge zu erzielen. Nehmen wir zum Beispiel die sogenannte Pflitten- und Walzwerkindustrie. Da finden wir, daß die deutschen Einfuhrzölle erhöht worden sind für:

- Rohe Röhren, bis 7 Millimeter Wandstärke, von 2,50 auf 4 Mk. pro 100 Kilogramm.
- Rohe Walzen aus schmiedbarem Guß von 2,50 auf 3,50 Mk. pro 100 Kilogramm.
- Stabeisen, über 12 Zentimeter lang, von 1,50 auf 2,50 Mk. pro 100 Kilogramm.
- Rohe feine Bleche, nicht stärker als 1 Millimeter, von 3 auf 4,50 Mk. pro 100 Kilogramm.
- Eisendraht, feiner (bis 0,22 Millimeter) von 3 auf 4,50 Mk., grober von 3 auf 3,75 Mk. pro 100 Kilogramm.

Ausgenommen Stabeisen und Bleche werden diese Artikel nach den Vertragsländern nur in geringen Mengen exportiert, zudem aber sind gerade für sie die fremden Zölle nur wenig erhöht worden. Rußland erhebt z. B. für gewöhnliches Stabeisen den alten Satz weiter und hat nur den Zoll für Eisenbleche von 0,95—1,20 Rubel per Pud auf 1,05—1,50 Rubel erhöht; Oesterreich hat eine Erhöhung des Satzes für Stabeisen von 5 auf 6 Kronen pro 100 Kilogramm und für einige ganz feine Blechsorten von 10 bis 25 Proz. durchgesetzt; ebenso bleibt für Belgien, das beträchtliche Mengen von deutschem Draht einführt, der bisherige Vertragssatz von 1 Fr. pro 100 Kilogramm in Geltung. Die Erschwerung der Ausfuhr ist also für diese Industriezweige eine recht mäßige, da für gestatten ihnen aber die vorkommenden

Erhöhungen der deutschen Zölle, den einheimischen deutschen Markt noch weit mehr als bisher zu monopolisieren und auf ihm erhöhte Preise durchzusetzen, ohne die Konkurrenz Großbritanniens-Amerikas und Schwedens (bei Stabeisen) fürchten zu müssen.

Dazu kommt, daß ein großer Teil der oberösterreichischen Eisenindustrie in Rußland Filialwerke unterhält und daß ferner sämtliche großen deutschen Elektrizitätsgesellschaften Filialbetriebe in Rußland und Oesterreich-Ungarn besitzen oder dort an Unternehmungen ihrer Branche beteiligt sind. Alle diese Betriebe haben aber meist ein größeres Interesse daran, daß ihre ausländischen Gründungen florieren, als daß der deutsche Export nach jenen Ländern sich nicht vermindert. Und zu diesen Interessentengruppen gesellen sich ferner die deutsche Bankfinanz, die stark an russischen, österreichischen, rumänischen Industrieunternehmungen beteiligt ist, und die Needer- und Großhandelskreise der Seestädte, die aus der Ungewißheit über die nächste Zukunft des Handelsverkehrs mit dem Auslande hinausstreben und befürchten, daß, wenn die neuen Verträge nicht im Reichstage zur Annahme gelangen, Rußland, Italien und Belgien der deutschen Schifffahrt in ihren Häfen Hindernisse in den Weg legen könnten.

Diese verschiedenen Interessen sind es, die in der Haltung der liberalen Presse und der liberalen Parteien zum Ausdruck kommen, nichts anderes. Das beweist schon die einfache Tatsache, daß gerade die Presse, die von den Syndikaten der Eisenindustrie, von den seeländischen Handelskreisen und der Berliner Bankfinanz inspiriert und beeinflusst werden, am entschiedensten für die Annahme der neuen Handelsverträge durch die liberalen Parteien eintreten, wenn sie auch manches zu tabeln haben. Und auch der vor wenigen Tagen abgehaltene Parteitag der Freisinnigen Vereinigung zeigte dasselbe Schauspiel: die Vertreter der Seehandelsstädte Hamburg, Bremen, Stettin traten für die Annahme der Verträge ein, und mit ihnen in trautem Verein die Herren Vandalenkommissionen und Handelskammerpräsidenten Dr. Dove als Vertreter der Berliner Finanz, während die Delegierten aus den kleineren industriellen Städten des Reiches für Ablehnung plädierten. Dieser klaren Scheidung gegenüber nimmt sich die verlogene fälschliche Erklärung des „Berliner Tageblatts“ recht komisch aus:

Für die verschiedene Stellungnahme zu dieser Frage der Annahme oder Ablehnung der Wilson-Verträge ist also entscheidend die Verschiedenheit des Urteils darüber, ob die Ablehnung der neuen Verträge das Inkrafttreten des neuen autonomen Tarifs oder die Weitererhaltung der bestehenden Capri-Verträge zur Folge haben würde. Und schließlich ist dafür entscheidend das Gewicht, welches den freisinnigen Stimmen bei der Abstimmung zufällt. Sind die Freisinnigen, was man kurz vor der Abstimmung mit Sicherheit wird übersehen können, das Ringeln an der Waage, so werden sie für die Verträge eintreten müssen, wenn sie überzeugt sind, daß die Ablehnung der Verträge den autonomen Zolltarif heraufbeschwört. Und sie werden dagegen stimmen müssen, wenn sie die unseres Erachtens unmögliche Ueberzeugung haben, daß der Ablehnung der Wilson-Verträge die Weitergeltung der Capri-Verträge folgt.

Nicht um verschiedene Grade der Glaubensfestigkeit und der Zurückhaltlichkeit, wie das „Vcl. Tageblatt“ glauben machen möchte, handelt es sich, sondern um verschiedene Interessen. Warum werden denn gerade die Vertreter der großen Seehandelsstädte und der Bankfinanz so widersinnig von der Furcht geplagt, daß die Regierung den Generalzolltarif in Kraft setzt? Haben die Herren eine so ganz andere geartete feilsche Konstitution als die anderen Teilnehmer der Verhandlungen, oder hat das Klima in den Seehandelsstädten bezw. die Lebensweise in den Finanzkreisen einen so eigenartigen, die Zurückhaltlichkeit fördernden Einfluß?

Es zeigt sich wieder, daß die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst verlassen kann. Auf die „guten liberalen Freunde“ ist nicht der geringste Verlaß; ihre Stellungnahme entscheidet sich nach ihren Profitinteressen.

Die Beendigung des Bergarbeiterstreiks.

Die Siebener-Kommission verbreitet ein Flugblatt über die Beendigung des Bergarbeiterstreiks, worin sie ausführt, daß die Vergleute nicht als geschlagene, kampfmüde Kamee in die Grube zurückkehren, sondern bereit sind, wenn es nötig sein sollte, aufs neue den allgemeinen Streik zu beginnen.

Nachdem sie die Gründe dargelegt, die sie jetzt zum Abbrechen des Kampfes veranlaßt hat, verweist sie auf die große Zahl der jetzt noch Unterstützungsbefürftigen.

Es sind tausende, die noch nicht wieder anfahren durften, zum Teil aus technischen Gründen. Wieviel davon als Gemahregelte anzusehen sind, ist noch nicht festzustellen. Die Kommission ersucht deshalb dringend um weitere Unterstützungen.

Die Delegierten der Bergarbeiter-Federation von Großbritannien haben die bisher erfolgte Unterstützung der Streikenden gutgeheißen und beschlossen, da jetzt der Streik beendet ist, nur noch einmal die Wochenrate von 40000 Mk. zu gewähren.

Das Gesundheitsattest.

Auf Anregung des Bergbauvereins hat der Knappschaftsvorstand beschlossen, daß künftig nur solche Knappschaftsmitglieder, die ununterbrochen länger als vier Wochen gefeiert haben, bei der Wiederanlegung ein Gesundheitszeugnis beizubringen haben. Wo schon Mitglieder ohne solches Zeugnis angelegt sind, soll von Weiterungen abgesehen werden.

Da der Streik bekanntlich am 9. Januar bereits ausgebrochen ist und seit dem 17. Januar allgemein war, so sind alle Bergarbeiter, die jetzt aus sogenannten technischen Gründen noch nicht wieder an-

gelegt sind, zur Verbringung des Gesundheitsatlasses verpflichtet. Die vier Wochen ununterbrochenen Feiern sind gerade am Montag

Nach Meldung des Bergbauvereins sind am Montag einschließlich der Besuche „Rheingärten“ rund 200 000 Mann angefahren, so daß noch über 30 000 Mann fehlen. Freiwillig Feiernde dürften sich nur noch wenig darunter befinden.

Inbequeme Mahner.

An den Reichskanzler hat die Siebener-Kommission folgendes Telegramm geschickt:

„Die Wiederaufnahme der Arbeit ist jetzt sozusagen auf der ganzen Linie erfolgt. Die ausständigen Bergleute sind dem Ruhe ihrer Vertrauensleute gefolgt. Wir bitten nunmehr Ew. Excellenz, die Herren Bergwerksbesitzer zu den in Aussicht gestellten weiteren Verhandlungen gütigst geneigt machen zu wollen.“

Darauf ist folgende Antwort des Reichskanzlers erfolgt:

„Herrn Effert, Alteneßen. Dem habe ich davon Kenntnis genommen, daß die Bemühungen, dem Zustand der Bergarbeiter mit seinen verderblichen Wirkungen ein Ende zu bereiten, Erfolg gehabt haben. Ich habe den Herrn Handelsminister gebeten, nunmehr auf Grund Ihres Telegramms das Weitere zu veranlassen.“

Schmoß im Fieber.

Die „Post“ läßt sich einen Brief über den Streit schreiben, aus dem wir zur Erweiterung unserer Leser hier einige Blüten, versehen mit Randglossen, mitteilen:

„Ich war Augenzeuge, wie der Respekt vor der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung seitens der Sozialisten nicht weiter reicht, als bis da, wo der Arm der polizeilichen Macht herrscht.“

Schmoß weiß noch gar nicht alles; es ist landkundig, daß uns nicht einmal „der Arm der polizeilichen Macht“ Respekt vor der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung einzufößen vermag.

„Man muß sie gesehen haben, diese Leute mit den breitkrämpigen Hüten und dem verbissenen Blick, um zu wissen, wessen wir uns zu versehen haben, wenn der große Kladderadatsch eintreten sollte.“

Man sollte das Verbot der breitkrämpigen Hüte aus der guten alten Reaktionszeit wieder hervorholen, sonst stehen wir für nichts.

„Man dürfte keine Strafe passieren, ohne über Jued und Ziel des Spazierganges Auskunft geben zu müssen. Und bei diesen Fragen wie viel verhaltene Wut, wie viel rohes Gebären? Wäre es durch Not und Verzweiflung geboren, so könnte man es nicht rechtfertigen, aber immerhin einigermaßen verstehen. Wenn aber in dieser Weise Leute sich benehmen, die täglich vier, fünf und mehr Mark verdienen, dann wird einem bange vor der Macht sozialistischer Verheerung.“

Man denke die Gefahr, Leute, die vier, fünf Mark und mehr verdienen, fragen andere woher, wohin? Es wird nötig sein, die Löhne ganz gewaltig zu erhöhen, um solche Höhe zu verhindern.

„Wie mir ein Sozialist lachend versicherte, hätten seine Kameraden hinreichend dafür gejorgt, daß dem Minister des Innern auf seiner Informationsreise durch das Streitgebiet nicht das harmloseste widerfähre und er mit den schönsten Ansichten über die Sozialdemokratie nach Berlin zurückkehren könne.“

Das ist entschieden der Gipfel der Gemeinheit. Kein Paar wollen diese frechen Sozialisten dem Polizeiminister krümmen und das macht ihnen obendrein Spaß! Greift denn da kein Staatsanwalt ein?

„Man mache doch nicht soviel Aufhebens von der Schule als einer Einrichtung, die mit in erster Linie dazu geeignet ist, den Sozialismus zu bekämpfen. In Industriegebieten kann sie das ganz und gar nicht. Die Verheerung im Elternhause ist dreimal wirksamer als alle Belehrungen der Schule.“

Am besten schließt man deshalb die Schulen ganz. Es nützt ja doch nichts.

„Wir war es ein unvergleichliches Bild, das Scharen von Schulkindern boten, die für hingeworfenes Kupfergeld die Arbeitswilligen und die Beamten mit wahren Salben von Phos begrüßten, während die Frauen mit Brotstücken nach den vorübergehenden Bergleuten warfen.“

Da die Streikenden kein Geld hatten, um es auf die Straße zu werfen, so können es nur die Streikbrecher getan haben. Oder sollte Schmoß — —? Warum aber die Frauen der Streikenden nicht mit Steinen statt mit Brot geworfen haben! Es wäre doch wirksamer gewesen. Wollten sie vielleicht pröhen?

Der Streik in Belgien.

Brüssel, 14. Februar. (W. Z. W.) Der Arbeitsminister empfing heute eine Abordnung des Bundes der belgischen Grubenarbeiter und erklärte ihnen, er könne bei dem Streite zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht eingreifen; er könne ebensowenig bei den Arbeitgebern Schritte tun, um ihnen eine Lohnerhöhung anzupfehlen, als bei den Arbeitern, um sie zur Annahme einer Lohnherabsetzung zu verpflichten. Die Fragen der Arbeiterpenfion der Grubenarbeiter und der Verkürzung der Arbeitszeit aber hingen vom Parlament ab.

Brüssel, 14. Februar. Der Zustand der Bergarbeiter zeigt Neigung zur Abnahme. Im Westen von Charleroi nahm eine beträchtliche Zahl der Bergleute die Arbeit wieder auf, dagegen fanden aber auch auf einigen Stellen wieder neue Arbeitseinstellungen statt. Im Vortage und im Vorigen Vortage meldete sich eine nicht unbedeutende Zahl Bergleute wieder zur Arbeit. Im Mittelbecken ist die Lage unverändert. Überall herrscht Ruhe. Man erwartet bis Ende der Woche ein zunehmendes Nachlassen des Streiks.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

Das Geschäft.

Als in der Reichstags-Sitzung am Dienstag ein zoll-gegnerischer Redner von der Rechten vielfach unterbrochen wurde, fuhr Präsident **Wallstrem** auf und es entfiel ihm das Wort: „Unterbrechen Sie nicht, meine Herren, Sie halten nur das Geschäft auf!“ Wer den Präsidenten des Reichstages zu Synonymen geneigt hält, kann glauben, er habe also die Vereinerungsfaktion der Junker in schneidender Selbstironie charakterisieren wollen. Man verzögere nicht durch Zwischenrufe die Geschäfte des Reichstages, — das Geschäft soll zu Ende geführt werden! Zum Geschäftshaus ist das Parlament unter der junkerlichen Interessentwirtschaft geworden, durch die Gesetzgebung betreiben Junker und Kapitalisten ihre Geschäfte auf Kosten des Gesamtinteresses, insbesondere der arbeitenden Klassen.

So wurde denn auch in der Dienstag-Sitzung das Geschäft dem Abschluß um einen weiteren Schritt gefördert. Die erste Lesung wurde beendet und die Vorlage geht in die Kommission. Die Kommission soll drei ganze Tage „arbeiten“. Sie gilt natürlich nicht den vorliegenden Verträgen, an denen nichts zu ändern ist, sie soll vielmehr den Agrariern Gelegenheiten geben, die Regierung in Dummenschrauben zu legen, daß sie allerlei weiteren agrarischen Wünschen sich fügsam erweist.

Der letzte Tag der ersten Lesung konnte neue Momente nicht mehr bringen. Alle Parteien hatten ihre Anschauungen dargelegt, die Redner bemühten sich nur noch, Angriffe, die gegen ihre Parteifreunde zuvor gerichtet waren, abzuwehren. In glücklicher Polemik besorgte unser Genosse **Debert** gleich zu Beginn der Sitzung diese Aufgabe. Er zerzaufte mit treffenden Gründen den getrigen Versuch des Ministers Rheinbaben, insbesondere wies er die innere Unwahrscheinlichkeit der jetzigen Versprechungen nach, daß durch die erhöhten Einnahmen der Grundbesitzer die Lebenslage der Landarbeiter verbessert werden solle. Gegenüber dem Versuch, den Nutzen der Großgrundbesitzer zu verschleiern, zeigte unser Redner an Zeugnissen aus dem agrarischen Lager selbst die unbestreitbare Richtigkeit unserer Nachweise.

Danach sprach der Nationalliberale **Planckenhorn** als Spezialist für Weinzollprobleme und der württembergische Minister **von Pischel** bezeugte, daß auch die Regierung seines teils kleindauerlichen, teils industriell sich entfaltenden Staates auf dem Rollstar der großen Getreideverläufer Ost-Elbiens zu opfern für patriotische Pflicht hält.

Wenn es gilt, das Volk zu belasten und zu betrügen, dann darf Herr **Stöder** nicht fehlen. Er verdammt in der Bescheidenheit, die den Gottesmann ziert, die Zollgegner als unwissende Leute, die nichts von der Landwirtschaft verstehen. Er selbst hat freilich neben der Sorge für die Seelen reichlich Zeit zum Verständnis der agrarischen Interessen gefunden. Zwar gesteht der fromme Mann, daß der Zoll gewiß das Korn verteuern werde, aber zu den kleinen Leuten seines Kreises habe er in Liebe und Hingebung gesprochen, so daß sie bereit geworden seien, für die notleidende Landwirtschaft teureres Brot zu essen. Vielleicht hat Herr **Stöder** die kleinen Leute seines Wahlkreises mit der Aussicht getrostet, daß die himmlische Seligkeit ihnen um so gewisser ist, je mehr sie in diesem irdischen Jammertal entbehren lernen und je freundiger sie die Verteuerungsabgabe auf ihr tägliches Brot darbringen.

Außer der **Stöder**-Predigt leitete der agrarische Flügel noch drei Reden. Bruhn von den Antisemiten, Vogt und Rittermeier von der wirtschaftlichen Vereinigung wiederholten ebenso eifrig wie uninteressant das agrarische Gebilde. Das sind dieselben Leute, welche sich gern erbosen, daß die Linke zu lange Reden halte, und welche die Zollgegner, die die Tribüne besteigen, mit Stallgebrüll empfangen. Sie selbst aber stellen die Geduld des Reichstages auf fürchterliche Probe. Zwischen diesen unbedeutenden Reden bot einige Erfrischung der Abg. **v. Gerlach**, welcher in einer Reihe guter und sachkundiger Bemerkungen nochmals die Verderblichkeit der agrarischen Politik für die Industrie, die Arbeiterschaft und die gesamte Entwicklung Deutschlands darlegte.

Graf **Posadowsky** gab das letzte Wort vom Regierungstisch: Es werde sich zeigen, was an den Phrophezeungen über die ungünstigen Folgen der neuen Verträge Wahrheit und was Dichtung ist. Es wird sich zeigen! Es kann bestenfalls die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die allgemeine Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft sowie der Weltwirtschaft günstig genug ist, um die schweren Schädigungen, die naturnotwendig durch die agrarische Speer- und Wucherpolitik eintreten müssen, zu mildern, und daß die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterklasse trotz der Verwässerung durch das Junkertum die deutsche Industrie über Wasser zu halten und vorwärts zu bringen imstande ist. Bricht aber ungünstige Wirtschaftskonjunktur herein oder wird das Land von Mähernten heimgesucht, so werden — die Wahrheit kann Graf **Posadowsky** erleben — fürchterliche Zustände entstehen, unter denen die agrarische Politik zusammenbrechen muß.

Einen bemerkenswerten Vorgang brachte schließlich die Feststellung der nächsten Tagesordnung für die Sonnabend-Sitzung. Der **Präsident** schlug zunächst vor, die Statüberatungen fortzusetzen. **Singer** ergriff jedoch, gemäß den unter den Parteien getroffenen Vereinbarungen einen Schwerinstag anzusetzen. Von den anderen Parteien widerlegte sich im ersten Augenblick niemand. Der **Präsident**, in der Meinung, die anderen Parteien seien mit dem Vorschlag **Singers** einverstanden, schloß sich nun diesem Vorschlag an. Jetzt aber erhob **v. Kardorff** Widerspruch, das Haus selbst mußte über die Tagesordnung beschließen. Für den Antrag stimmten mit den Sozialdemokraten die Freisinnigen und Polen, aber — siehe da — das Zentrum, bis auf zwei seiner Mitglieder, lehnte den Schwerinstag ab. Da die Abstimmung zweifelhaft schien, ließ der **Präsident** die Gegner des Schwerinstages sich erheben. Schon glaubte man, den sozialdemokratischen Antrag verworfen zu haben, als der **Präsident**, erregt über den Verrat seiner Zentrumslente, eine Mehrheit für den Antrag feststellte. Schallende Heiterkeit der Linken begrüßte den grotesken Reinsfall, den also das Zentrum unter Spahns glorreicher Führung ertilt.

Das Zentrum, das sich sonst den Anschein gibt, für die Anträge der Parteien Sorge tragen zu wollen, und das so eifrig den Schwerinstag befürwortete, so lange allein sein Toleranzantrag zur Beratung gelangen sollte, bewies die Wahrheit seiner Toleranz, sobald der Initiativantrag der Sozialdemokratie ordnungsmäßig auf die Tagesordnung gefordert wird. Diesmal aber endete die Zentrumswillkür in einer Blamage der Lächerlichkeit.

Gegen die gemeingefährliche Flottenpropaganda.

In der Budgetkommission des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Etats für die „Pachtung“ **Kiautschou**. Die Einnahmen dieses Gebietes haben sich im Klein wenig gehoben, ungefähr um so viel Tausend Zehntausende, wie die Ausgaben um — Millionen gestiegen sind. Einnahme 636 000 Mark, Ausgabe 15 296 000 Mark; dabei werden die Einnahmen zum Teil aus einer Tasche des Reiches in die andere gesteckt. Bei einer Position, in der 85 000 Mark mehr für Schießbedarf ausgegeben werden, fragte **Abg. Müller-Sagan**, wie viel davon für Salutschüsse benutzt würde. Staatssekretär **v. Tirpis** meinte darauf, zum Schießschießen verwende man in **Kiautschou** nur, was aus den Freiheitskriegen übrig geblieben sei; der geforderte Schießbedarf sei notwendig, da man jetzt die den Chinesen in den **Taku-Forts** abgenommenen Geschütze aufgestellt habe. — Für Armierungszwecke werden 2 Millionen als einmalige Ausgabe mehr gefordert. In der Debatte wies **Abg. Bebel** darauf hin, daß **Kiautschou** eine dauernde Gefahr für Deutschland darstelle, man könne es wohl gegen Handstreich aber nicht gegen die Gefahren einer Einnahme im Falle eines großen ostasiatischen Krieges schützen. **Abg. Semmler** betonte, die neuzeitliche Handelspolitik unter dem Schutzsystem habe die Auffstellung einer großen Flotte notwendig gemacht. Was **Kiautschou** anlangt, so solle man entweder eine sehr große Festung bauen oder so wenig wie möglich aufwenden, ein klares Programm sei vor allen Dingen notwendig. **Abg. Dr. Arendt** möchte in **Kiautschou** eine Art zweites Port Arthur geschaffen sehen. **Abg. Müller-Sagan** forderte eine Darlegung der politischen Seite der Sache und beantragte die Vertagung der Beratung, bis die Reichsregierung eingehendere politische Aufklärungen gegeben habe. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem der **Marineminister** noch einmal dargelegt hatte, wozu die geforderten 2 Millionen Mark verwendet werden sollen. Der weitere Ausbau der Befestigungen von **Tsingtau** sei eine offene Frage. **Abg. Semmler** bestritt, sich mit seinen Worten für größere

Befestigungen feigelegt zu haben, wiederholte nur sein Begehren, man solle einen festen Entschluß, so oder so, fassen. **Abg. Bebel** legte dar, daß die Freunde der Ueberseepolitik in ihren Forderungen auch konsequent von einem Schritt zum anderen kommen müßten. Es sei deshalb nötig, Klarheit über das zu schaffen, was gesehen solle. Bei dem Statist des Staatssekretärs müsse die ganze Flottenpolitik, die politische Lage und die Agitation des Flottenvereins beleuchtet werden. **Abg. Pring v. Arenberg** stimmte **Bebel** darin bei, daß die Frage einer Befestigung **Tsingtau** im großen Stile mit der ganzen Flottenpolitik in Zusammenhang gebracht werden müsse. Eine Expansionspolitik nach russischen Muster sei nicht empfehlenswert, ebensowenig wie eine unbegrenzte Vermehrung der Flotte. Die vorliegende Forderung könne man annehmen, ohne sich für die Zukunft festzulegen. **Abg. v. Bülow** plädierte dafür, daß man die Dinge möglichst kühl und zurückhaltend behandle, um die Volkseinstimmungen in Deutschland wie in England nicht zu erregen. **Abg. Müller-Sagan** betonte in Uebereinstimmung mit **Bebel**, daß die Verheerung einer Geheimklärung der Besprechung darauf hinausläufe, dem Flottenverein für seine chauvinistische Hebe freie Hand zu lassen, während man die Opposition mundtot machen wolle. **Abg. Singer** legte dar, daß die Geheimhaltung nur für bestimmte Tatsachen gefordert werden könne; allgemeine Erörterungen dürften und sollten nicht sekretiert werden. Gegen alle weitergehenden Forderungen in dieser Beziehung würden wir Protest einlegen und uns durch etwaige Beschlüsse nicht für gebunden erachten. Der Vorsitzende der Kommission trat im wesentlichen diesen Ausführungen bei; ebenso **Abg. Gräber**; er habe den Eindruck gehabt, als ob **Abg. Semmler** eifrig für eine starke Befestigung **Kiautschou** geredet habe. Die Flottenfreunde trieben eine geradezu gemeingefährliche Agitation. Dagegen müsse umförmlich Verwahrung eingelegt werden, weil vom Flottenverein leiblich ein merkwürdiges kaiserliches Danktelegramm veröffentlicht worden sei; dagegen solle sich der Staatssekretär energisch wehren. Auch in der inneren Politik des Reiches sei die Flottenagitation gemeingefährlich; das Reich habe denn doch auch noch andere Aufgaben, als die Flottenbeschaffung. Durch die Uebertreibungen würde den aufrichtigen Flottenfreunden die Zustimmung erschwert, da sie sich sagen müßten: „Wenn das alles noch nicht genügt, wenn man doch immer noch „Reichsfeind“ usw. gescholten wird, dann wollen wir lieber gleich gar nichts bewilligen!“ Der Staatssekretär solle eine scharfe Erklärung gegen die unverantwortlichen Treiber des Flottenvereins ergehen lassen. — Der Staatssekretär erklärte, daß er dazu kein Recht habe, der Flottenverein sei vollständig selbständig. Das Telegramm des Kaisers solle wohl nicht bedeuten, daß der Kaiser das ganze Programm billige, sondern nur, daß er die Aufklärungsarbeit des Vereins im Volke freudig begrüße. **Abg. Arendt** bestritt, daß Veranlassung zum Einschreiten gegen den Flottenverein vorliege. Die Verhandlungen der Kommission seien ursprünglich als vertraulich angesehen worden. **Abg. Müller-Sagan** bestritt, daß der Flottenverein ein Verein sei wie andere; er erzeuge sich weitgehender behördlicher Unterstützung; deshalb müsse die Regierung gezwungen werden, ihre Auffassungen über die Ziele des Vereins darzulegen. **Abg. Dr. Semler** bestritt, daß er mehr genau habe, als aufklärung der **Tsingtau**-Frage zu dringen. Der Staatssekretär solle dem großen „Klimbim“ bei den Stapelläufen der Schiffe ein Ende machen. **Abg. Singer** gab zu erwägen, daß „Klimbim“ nun einmal das Attribut der neudeutschen Weltpolitik sei. Gegen die Auffassung des **Abg. Arendt** über die Behandlung der Kommissionsdebatten lege er formell Verwahrung ein.

Die geforderten 2½ Millionen Mark wurden bewilligt. Der Staatssekretär teilte mit, daß zur Erleichterung des Transitverkehrs der Schaffung eines abgeschlossenen Freihafengebietes nach **Hamburger System** geplant werde.

Die Kommission vertagte sich sodann auf **Mittwoch**.

Die **Bodenschwinger** und die **Hohenzollern**. Den stärksten Beifall in der **Zirkus** -Versammlung des Bundes der Landwirte fand das schon gestern erwähnte Epigramm des Herrn **v. Bodenschwinger**, der das alte Junkerwort, daß die märkischen Junker früher in Preußen gewesen seien als die Hohenzollern, wie folgt variierte:

„Meine Beziehungen zum Hause der Hohenzollern sind zu alt, als daß ich fürchte, ein Widerspruch in irgend einer wirtschaftlichen Frage könnte sie trüben.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat gerade diesen stärksten Erfolg bündlerischen Rebellen aus ihrem Bericht geschrieben. Warum? —

Pöhlchen. Der preussische Minister **v. Hammerstein** hat, man sollte es nicht glauben, auch seine Ideale. Er verlangt von Pöhlchen wegen, daß in Deutschen Reich die Ortsnamen — deutsch seien und also macht er z. B. aus **Nowoslaw** **Hohen-Calsa**. Wo erklärte er am letzten Montag im preussischen Abgeordnetenhause:

„Ich freue mich, daß der Herr **Abg. v. Jozdowski** diesen Teil seiner Wünsche mit den Worten geschlossen hat: Ich darf den Herrn Minister nicht bitten, eine Ueänderung in der Namensänderung der polnischen Städte und Orte eintreten zu lassen —, da er doch wisse, daß er keinen Erfolg damit haben würde. Er hat also nicht gebeten. Und in der Tat, wenn er gebeten hätte, würde ich ihm, wie er ja selbst erwartete, nur erwidern haben: nach meiner Auffassung ist es in einem deutschen Staate ganz selbstverständlich, daß alle Ortsnamen dieses Staates so geschrieben werden, daß sie von der großen Menge der Bürger auch verstanden werden.“

Der gute **Hammerstein** hat sich in seiner Harmlosigkeit damit eine Nielsen-Aufgabe aufgehaßt. Denn bekanntlich wimmelt es föhlich der Erde von slavischen Ortsnamen, die von der großen Menge der Bürger keineswegs verstanden werden, ja selbst nicht einmal von den Gelehrten. Wie muß — zum Beispiel — „**Perlin**“ geschrieben werden, damit das Selbstverständliche des Herrn **v. Hammerstein** Wirklichkeit wird? Und wie gebekt der **Hammerstein** die Namen seiner ministeriellen Kollegen zu schreiben, damit sie von der großen Menge der Bürger auch verstanden werden. **Armer Pöhlchen!** —

Vorbereitungen für die Neu-Ausgabe des Sozialistenpiegels. Die „Freie Deutsche Presse“ ist Tag für Tag fleißig an der Arbeit, um das Material für die Wahrschälungen des nächsten Sozialistenpiegels heranzustellen. Es braucht dann künftig nur ausgeschlitten, aufgestellt und alphabetisch geordnet zu werden.

Die freisinnige Volkspartei, die seinerzeit dem Antrag **Kardorff** verräterische Hilfe leistete, etabliert sich jetzt auch als Agentin der „Wahrschälungsverträge“. Den Großbanken, deren Interesse diese Sorte Presse vertritt, ist es allerdings ganz gleichgültig, ja vielleicht sogar willkommen, wenn die **Wälowschen** Handelsverträge in Kraft treten; denn das deutsche Kapital kennt keine Zollgrenze und beutet ebenso gern Arbeiter in Rußland und Oesterreich wie in Deutschland aus. Wenn sich die Organe der freisinnigen Volkspartei begnügten, auf Kosten des Volkes diese Politik zu beschreiben, so geht das schließlich niemand an als ihre Wähler. Wenn aber die „Freie Deutsche Presse“ sich gestattet, durch treue Beschreibungen die Haltung der Sozialdemokratie zu verdächtigen, so gebührt ihr eine Richtigstellung.

Am Dienstag früh schreibt das Organ des **Dr. Müller-Sagan** — und die Abendblätter greifen die verlogene Albernheit bereits auf:

„Um eine leere Demonstration handelt es sich für die Sozialdemokraten, wenn sie gegen die Handelsverträge stimmen, das hat der Fraktionsredner der Sozialdemokratie, **Abg. Bernstein**, bei der Beratung der Handelsverträge am Donnerstag im Reichstage offen zugegeben. Er sagte die Bedenken zusammen, die auch in den neunziger Jahren von der Sozialdemokratie gegen die **Capri-Venise** Handelsverträge gemacht worden seien. **Abg. Bernstein** sagte sodann wörtlich nach dem stenographischen Bericht hinzu: Wenn angehts ihrer Gegnerlichkeit gegen die landwirtschaftlichen Ziele die Sozialdemokratie trotzdem für die Verträge stimmte, wenn sie darauf verzichtete, eine Politik der leeren Demonstration zu treiben oder, wie Sie sagen, eine Politik des Alles oder Nichts, so war sie durch nichts dazu gezwungen. — Jetzt aber treibt die Sozialdemokratie eine solche Politik der leeren Demonstration gegenüber den Handelsverträgen.“

Ist die Dummheit oder die Unverschämtheit dieser Notiz größer? Versteht man sich auf den Handel, unsere Ablehnung der Handelsverträge eine leere Demonstration sei! Das Gegenteil ist die

Wahrheit. Er hat ausgeführt: Wir hätten für die Caprivischen Handelsverträge gestimmt, obwohl sie die Getreidezölle nicht befreiten und obwohl sie auch ohne uns zur Annahme gelangt wären und wir also uns eine Demonstration hätten gestalten können. Wir unterließen das, weil wir für jede Verbesserung stimmen, auch wenn sie unseren Forderungen noch nicht entspricht.

Die gegenwärtigen Handelsverträge bringen aber eine Verjüngung des bestehenden Zustandes und darum würden wir gegen sie erst recht dann stimmen, wenn wir die Wahrheit durch unsere Ablehnung zu Falle zu bringen vermöchten. Wo steht da die Demonstration oder gar das offene Eingeständnis der Demonstration.

Eine Revolution. Es ist eine Verleumdung, daß wir in einer Zeit der Reaktion leben. Überall brechen die Fortschritte mit fast revolutionärem Ungestüm hervor. So lesen wir in der neuesten „Sofasage“:

Die Damen erscheinen in langen, ausgeschnittenen Kleidern (keine vierreihigen Ausschnitte und keine langen Ärmel) mit hellen Glace-Handschuhen, die Herren vom Zivil in Gala mit weißen Unterleibern (Aniehofen, Schöße und Strümpfe), die Herren vom Militär im Hofball-Anzuge mit Ordensband. Diejenigen Herren, welche zur Anlegung einer Uniform nicht berechtigt sind und demnach früher im schwarzen Frack und weißer Krawatte erschienen, haben nunmehr die Befugnis, das vorgeschriebene Hofkleid zu tragen.

Die Gläublichen, die, obwohl sie nicht einmal Referatsleutnants sind, fortan „mit weißen Unterleibern“, in Aniehofen, Schößen und Strümpfen erscheinen dürfen! —

Politische Tanztouren. Die Sammlung sächsischer staatsrechtlicher Meisterstücke ist wieder um ein köstliches Stück vermehrt worden. Die Arbeiterkassette ist in ihrem Solidaritätsgefühl so erfindert, daß sie selbst aus dem Tanzergnügen Nutzen für die kämpfenden Kollegen herauszuschlagen bemüht ist; das ist sehr lobenswert und alle die auf Seiten der Vergarbeiter stehen, sollten sich darüber freuen. Nicht so die sächsischen Behörden, wie der folgende Erlaß beweist:

Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt, am 6. Februar 1905.
Nr. 380 P.

Die im Vorjahre zugunsten der am Crimmitschauer Streik beteiligten Arbeitnehmer Tanzveranstaltungen bei öffentlichen Tanzergnügen in einzelnen Sälen hiesigen Bezirks verlangt worden sind, soll dies neuerdings zugunsten der freitenden Arbeitnehmer im Ruhrkohlengebiet erfolgt sein.

Die königliche Amtshauptmannschaft hat die Erhebung von Tanzgeld für jede Tour von den Teilnehmern am Tanz nur zugunsten der Tanzwirte als Entschädigung für den Aufwand des Tanzergnügens nachgelassen, aber nicht zu politischen Zwecken.

Sie wollen eine derartige Zumutung daher stets abweisen oder hier zur Anzeige bringen, falls den Saalwirten daran gelegen ist, sich die Einrichtung des Tanzgeldes für die Tanzwirte zu erhalten.

An die Saalwirte
des Bezirks.

Es gehört das ganze Uebermaß des sächsischen Polizeigeistes dazu, um dieses Unkraut einer Verordnen in die Welt gehen zu lassen. Ist die Verfügung kleinlich im ersten Teil, so wirkt sie brutal im letzten Teil, der den Wirten mit wirtschaftlicher Schädigung droht, wenn sie gestatten, daß für die Vergarbeiter — gelangt werde. Wenn ein Wirt Tanzkonzession hat, hat die Behörde gar nichts hineinzureden, ob er gegen Entgelt oder ohne Bezahlung tanzen läßt, wie es die Behörde nichts angeht, ob ein Wirt 10 oder 20 Pf. für eine Tour nimmt. Aber was fragt die sächsische Behörde nach Gerechtigkeit, sie fühlt sich als Schutzherrin der Kapitalisten — gestern der Crimmitschauer, heute der vom Ruhrkohlengebiet.

Die das heilige Privateigentum von ober-schlesischen Grafenbaronen respektiert wird, wenn es sich um das Eigentum der anderen handelt, davon ist schon mehrfach Erbauendes mitgeteilt worden. Gegenwärtig wird in ober-schlesischen bürgerlichen Blättern wieder bittere Klage darüber geführt, wie einer der Größten und Reichsten der Provinz Schlesien, der Fürst von Donnersmarck, mit dem höchsten Grundbesitz seiner Privatleute umspringt. In Grohnezd, Logowitz und Hubertushütte wohnende Grundbesitzer werden dadurch schwer geschädigt, daß ihre Grundstücke durch den Betrieb der dem Fürsten von Donnersmarck gehörenden Schießens-Grube gefenkt werden, so daß die darauf befindlichen Gebäude Risse bekommen und ganz oder teilweise unbrauchbar werden. Statt aber die so schwer geschädigten Keinen Befreiung freiwillig zu entschädigen, läßt es die Verwaltung des Fürsten auf gerichtliche Klage antommen. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind aus den genannten Orten nicht weniger wie zwölf solcher Klagen beim Landgericht Bautzen anhängig gemacht worden. Verursacht eine derartige Klage dem kleinen Grundbesitzer an und für sich Kosten, die meist weit über sein Vermögen hinausgehen, so weiß die fürstliche Verwaltung diese Schwierigkeit noch erheblich zu steigern. Zuerst wird das Vorkommen von durch den Abbau hervorgerufener Schäden überhaupt bestritten, dann werden die mit großen Kosten beigebrachten Gutachten Sachverständiger bestritten, nicht zu bestreitenden Senkungen der Gebäude und Risse an denselben auf schuldigen Baugrund, schlechte Bauausführung usw. zurückgeführt. Ist dann schließlich doch das Verschulden der Grube gerichtlich festgestellt, dann beginnt ein noch viel langwieriger Kampf um die Höhe der zu zahlenden Entschädigung. Und der finanziell und durch allerlei sonstige Schikanen völlig erschöpfte Kläger muß schließlich froh sein, wenn er wenigstens etwas herausbekommt und nicht vollständig ruiniert ist. So handelt die Verwaltung eines viele Millionen reichlichen Fürsten gegen kleine Leute, die bestrebt sind, ihren Kindern das ererbte Stückchen Land zu erhalten. Und nicht nur gegen polnische Grundbesitzer wird in dieser Weise vorgegangen, sondern den deutschen Landbesitzern wird in ganz derselben Art die Liebe zum Heimatlichen Boden gefördert.

Die Finanznot der Einzelstaaten. Aus Weimar wird telegraphiert: In der heutigen Landtags-Sitzung, der das gesamte Staatsministerium beizuhilfte, beantwortete der Chef des Finanzdepartements Summs die vor einiger Zeit von dem Vizepräsidenten Abg. Müller gestellte Anfrage, ob die großherzogliche Staatsregierung ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend machen wolle, daß dem starken Anwachsen der Staatsschuld Einhalt getan und statt dessen eine Tilgung der Schuld herbeigeführt werde. Er erklärte, daß das starke Anwachsen der Staatsschuld für die großherzogliche Regierung fortgesetzt Gegenstand der ernstesten Aufmerksamkeit sei; sie unterlasse alle Bestrebungen, die dem Anwachsen der Staatsschuld wirksam entgegenzutreten geeignet sind. Die Staatsregierung habe sämtlichen seit dem Jahre 1896 geschaffenen Gelehen Verwendung des Ueber-schusses der Reichseinnahmen zur Schuldentilgung zugestimmt, obwohl durch dieses Gelehen dem Staate die Aussicht, aus den Ueberweisungen Anwendungen vom Reiche zu erlangen, mehr und mehr entzogen sei. Die Minderung, die infolge dieser Gelehe die Staatsschuld erfahren habe, betrage 142 900 000 M. Bis jetzt sei es allerdings nicht möglich gewesen, den allseitigen Wunsch nach planmäßiger Tilgung der Staatsschulden zu verwirklichen. Bisher habe es an den erforderlichen Mitteln gefehlt.

Danach ist die Regierung nicht geneigt, eine Reichsfinanzreform durch Einführung von direkten Reichssteuern und Beschränkung der Ausgabenausgaben zu befürworten!

Südwestafrika.

Windhut, 14. Februar. Major Friedrich Endrejat, geboren am 27. Dezember 1881 zu Untereichen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 33, am 8. Februar im Lazarett Epuliro an Typhus und Ruhr gestorben.

Ausland.

Eröffnung des britischen Parlaments.

London, 14. Februar. Das Parlament wurde heute wieder eröffnet. Die Thronrede sagt zunächst über die Beziehungen zu den fremden Mächten, daß diese Beziehungen fortgesetzt freundschaftliche sind. Der Krieg, der seit vorigem Februar zwischen Rußland und Japan im Gange war, dauert leider an. Die Regierung hat es ihre Sorge sein lassen, die einer neutralen Macht obliegenden Verpflichtungen aufs strengste einzuhalten. Die Lage auf dem Balkan gibt noch immer Anlaß zur Besorgnis. Die auf Veranlassung Oesterreich-Ungarns und Rußlands angenommenen Maßnahmen haben sich dazu dienlich erwiesen, einige Besserung des Zustandes in den von den Unruhen betroffenen Bezirken herbeizuführen. Ein Fortschritt ist namentlich bei der Reorganisation der Gendarmerie gemacht worden, wobei die zu dem Heere gehörende Offiziere wertvolle Mithilfe geleistet haben. Diese Maßnahmen sind noch durch radikale Reformen, namentlich des Finanzsystems, zu ergänzen, ehe irgendwelche dauernde Verbesserungen in der Verwaltung dieser Provinzen des türkischen Reiches zur Wirksamkeit gebracht werden können. Der König vermerkt mit Genugtuung, daß die österreichisch-ungarische und die russische Regierung kürzlich dahin zielende Vor schläge an die Pforte gerichtet haben. Alsdann bemerkt die Thronrede, das Uebereinkommen zwischen der englischen und der französischen Regierung betreffend die freundschaftliche Regelung der die Interessen beider Länder berührenden Fragen sei vom französischen Parlament genehmigt und ordnungsgemäß ratifiziert worden. Der König spricht die Zuversicht aus, daß dasselbe für beide Länder vorteilhafte Wirkungen haben werde, während es zugleich nicht ausbleiben könne, daß es die freundschaftlichen Beziehungen, welche beide Länder so glücklich mit einander verbindet, noch weiter festigen werde. Die Rede erwähnt den Abschluß der Schiedsverträge mit Schweden und Norwegen, Portugal und der Schweiz, und fährt dann fort: Meine Regierung ist auch mit der russischen Regierung zu einem Einverständnis gelangt, kraft dessen einer internationalen Untersuchungs-Kommission, die in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Haager Friedenskonvention zusammengetreten ist, die Aufgabe anvertraut worden ist, die mit der Katastrophe der baltischen Fischerflotte, welche durch das Vorgehen der russischen Flotte in der Nordsee hervorgerufen wurde, zusammenhängende Umstände zu untersuchen und die Verantwortlichkeit für diesen beklagenswerten Zwischenfall den in Betracht kommenden zuzurechnen.

Die Thronrede führte weiter aus: Schritte zur Einführung einer repräsentativen Konstitution in Transvaal werden ernstlich erwogen, und ich hoffe, daß sie einen wesentlichen Fortschritt nach dem letzten Ziele hin, nämlich völliger Selbstverwaltung, bringen werden. Ein Abkommen, das dazu bestimmt ist, die Beziehungen zwischen der Tibetansichen und der Jindischen Regierung auf eine befriedigende Grundlage zu stellen, ist in Lhasa abgeschlossen worden. Die großen Schwierigkeiten, denen unsere Mission begegnete, sind von den zivilen und militärischen Leitern in glänzender Weise überwunden worden. Die chinesische Regierung hat einen Kommissar nach Kollutta gesandt behufs Verhandlungen über eine Konvention, durch welche der Beitritt Chinas zu dem Abkommen mit Tibet ausgesprochen wird.

Hiernach wird eine Anzahl von Gesetzentwürfen angekündigt, so eine Bill zur Herabminderung der Mißstände, die sich aus der Einwanderung von Ausländern ergeben, eine Bill über die Arbeitslosenfrage, eine solche betreffend die Erweiterung der Bestimmungen über Entschädigung von Arbeitern, ferner Vorschläge betreffend die Einsetzung eines Ministers für Handel und Industrie und Gesetzentwürfe betreffend die Verbesserung der Bestimmungen über Prisen im Seekriege sowie betreffend die Verhütung der Verfälschung von Wutter.

Schließlich werden gesetzgeberische Maßnahmen behufs Neu-einteilung der Parlaments-Wahlbezirke mit folgenden Worten angekündigt: Ihre Aufmerksamkeit wird auf Vorschläge gelenkt werden zur Verminderung der Anomalien in der gegenwärtigen Verteilung der Wahlbezirke, die zum großen Teil durch das Anwachsen und die Verengung der Bevölkerung in den letzten Jahren herbeigeführt sind.

London, 14. Februar. (B. Z. V.) Die Eröffnung des Parlaments erfolgte in feierlicher Weise. Das Oberhaus bot einen prächtigen Anblick dar mit all den Pairs und ihren Damen in ihren roten Roben resp. in Hostenetten. Der König, die Königin auf dem Thron neben sich, verließ die Thronrede mit lauter Stimme.

Unterhaus. Das Haus ist gut besucht. Als Chamberlain und Premierminister Balfour bei Eröffnung der Sitzung das Haus betreten, werden sie von den Konservativen mit lauten Zurufen begrüßt, während die Liberalen Campbell-Bannerman lebhaft begrüßen. Mount (L) beantragt, in Erwiderung der Thronrede eine Adresse an den König zu richten, und spricht seine Befriedigung aus, daß die Frage betreffend den Zwischenfall in der Nordsee einem internationalen Schiedsgericht überwiesen wurde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Februar. (B. Z. V.) Abgeordnete. In der fortgesetzten Debatte über das Budget begrüßt der Ministerpräsident es freudig, daß das Haus in die erste Lesung des Budgets unter Zurückstellung der Dringlichkeitsanträge eingetreten sei, und erwidert hierin den fürgeleiteten und richtigsten Weg zum Wiedergewinn der Arbeitsfähigkeit. Auf die gelegentlich eines Dringlichkeitsantrages im Hause zur Sprache gebrachten Fragen der bürgerlichen Freiheiten, namentlich des Versammlungsrechts übergehend, betont der Minister, daß in der seinerzeit in Ararat stattgehabten Versammlung die temperamentvollsten Redner sprachen, die Polizei aber erst eingriff, als sie das Bild des befreundeten Monarchen zu verbrennen versuchten. Der Minister erörtert sodann die Lage der Staatsfinanzen, welche, wenn sich auch eine Besserung bei ihnen zeige, doch der größten Vorsicht bedürften.

Auf das Verhältnis zu Ungarn eingehend, betont der Minister, er wolle dieser Frage keineswegs ausweichen, er werde allerdings sein Wort über die Vorgänge in dem anderen Lande sprechen, sondern sich darauf beschränken, den Standpunkt der österreichischen Regierung festzustellen. Die Regierung stehe auf dem Boden der Gemeinsamkeit, wie sie das Ausgleichsgesetz von 1867 gelegentlich festgesetzt habe. (Zustimmung.) Die Regierung betrachte es als ihre Pflicht, alle Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Oesterreich und der ungarischen Reichshälfte loyal durchzuführen. Sollte es jedoch bei der Durchführung dieser Abmachungen und Vereinbarungen dazu kommen, daß sie an neue Bedingungen geknüpft oder die von Oesterreich als gemeinsam betrachteten Institutionen in ihrem Wesen berührt werden oder die Frage der Gemeinsamkeit selbst ausgerollt werde, dann dürfe die österreichische Regierung in vollem Einvernehmen mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung in aller Ruhe, aber unerschütterlich, die österreichischen Interessen energisch zu wahren wissen. (Lebhafte Beifall.) Das Haus werde sich überzeugen, daß die Regierung bei dieser Wahrung auf Worte sich nicht beschränken werde und energisch eintreten werde für die Großmachstellung der Monarchie, welche das Ergebnis eines jahrhundertlangen Prozesses sei, für welches Generationen ihr Bestes geopfert hätten, die von den europäischen Staaten als Notwendigkeit anerkannt werde und welche die Bürgerschaft des Friedens und nicht zuletzt die sichere Gewähr für den Wohlstand und das kulturelle Gedeihen der Bürger beider Staaten sei. (Lebhafte Beifall.)

Frankreich

Die Kammernwahl i.

Paris, 13. Februar. (Fig. Ver.) Es handelte sich um die Erhebung des melanistischen Abgeordneten Audiffred, der in den Senat gewählt worden war. Gewählt wurde nun gleich in der Hauptwahl der sozialistische Maire von Roanne,

Kugé, mit 10 005 gegen 9783 melanistische Stimmen. In den allgemeinen Wahlen von 1902 hatte Kugé im ersten Wahlgang nur 8268 Stimmen erhalten. Also ein erheblicher Stimmenzuwachs und ein gewonnener Sitz. Und doch ist es unmöglich, dieses Ergebnis vom sozialistischen Standpunkte aus als einen Sieg zu bewerten.

Die wahre Bedeutung der Wahl erkennt man nämlich aus den Mitteilungen des Genossen Praxel im „Socialiste“, dem Zentralorgan der P. S. de F. — Danach hat der „sozialistische“ Bürgermeister und Kandidat sich geweigert, der sozialistischen Einigkeitserklärung seine öffentliche Zustimmung zu geben, so daß die Lokalorganisation der P. S. de F. gezwungen war, einen eigenen Kandidaten, den Weber Jourjon, aufzustellen, der übrigens dem großmächtigen Maire gegenüber bloß 149 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit nicht genug. Kugé gehört der Loire-Föderation der P. S. F. (Naudéisten) an. Trotzdem aber hat er sich geweigert, irgendwie als Kandidat „seiner“ Partei aufzutreten. Und erst recht hat er sich geweigert, das jaureffistische Parteiprogramm, wie es die Parteistatuten verlangen, als Wahlplakat zu verwenden. Es zog es vor, nach dem landläufigen Beispiel der bürgerlichen Kandidaten unter dem Aushängeschild einer von ihm neugebenedeten „Republikanischen Föderation“ aufzutreten.

Man kann sich nach alledem leicht denken, welcher Art seine „sozialistische“ Wahlagitation war. Er erklärte, in der Kammer den „republikanischen Bloc verstärken zu wollen“; er wünschte „ein Frankreich, wo unter den Bürgern Eintracht und Verständigung herrsche, ein Frankreich, das vom Ausland geliebt und geachtet wird, weil die ganze Welt weiß, daß es stark ist und daß alle Handlungen seiner Regierung von einem allühenden Wunsch nach Gerechtigkeit und Frieden geleitet sind.“ Er machte sodann ein wertvolles Publikum darauf aufmerksam, daß die „Regierung eher geneigt sein wird, auf die Gesuche ihrer Freunde zu achten, als ihren voreingenommenen Gegnern Genugtuung zu verschaffen.“

Das ist ja deutlich. Ein zynischer Appell an die Vinsteller und Schnorrer, die in der Politik nur die von der jeweiligen Regierung zu erlangenden kleinen Vergünstigungen, Tabakverschleife, Dispense, allerhand Böfchen usw. schätzen. Ein Appell an die egoistischen Begierden der Besinnungslosen, wie ihn anständige bürgerliche Kandidaten vermeiden. Ein Appell eines offiziellen Kandidaten wie er im Buche steht.

Kugé und dessen Wahl sind abschreckende Früchte der Bloc-Taktik und ihres zersetzenden Einflusses auf das sozialistische Gewissen und die sozialistische Organisation.

Begnadigte Mörder.

Die drei Brüder Cretiez, die noch im Gefängnis saßen, sind nun auch begnadigt!

In aller Erinnerung ist wohl noch die Streik-Affäre von Cluses: Die vier Brüder Cretiez hatten die Unerschämtheit, in einem Haufen friedlich streikender Arbeiter hineinzuschleichen. Es erfolgte die Verhaftung der Brüder mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Einer der vier wurde bereits zu Neujahr begnadigt und nun sind auch die anderen drei lange Zeit vor Abbüßung ihrer wohlverdienten Strafe entlassen worden.

Der Präsident von Frankreich scheint die Begnadigungs-Technik, die so viele Unterschiede zwischen Bourgeois und Arbeitern zu machen versteht, bei gewissen europäischen Potentaten erlernt zu haben.

Paris, 14. Februar. (B. Z. V.) Der Senat hat mehrere Artikel des Militärgesetzes angenommen, trotz der Einwendungen der Minister Vertoux und Etienne, aber einen Abänderungsantrag, nach welchem der Militärdienst für Algerien auf ein Jahr herabgesetzt werden sollte, mit 231 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Paris, 14. Februar. (B. Z. V.) In der Kommission für die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Trennung von Staat und Kirche, führte Kultusminister Vivienne-Martin aus, die Regierungsvorlage sei so abgefaßt, daß die freie Religionsübung gesichert sei und die Trennung ohne Verletzung des Landes und ohne Eingriffe in die Rechte der Ueberzeugung oder in die Gewohnheiten der Bevölkerung durchgeführt werden könne. Die Kommission nahm dann eine Begleichung der einzelnen Artikel der jetzigen Regierungsvorlage mit dem früher von der Kommission angenommenen Entwurfe vor.

Belgien.

Brüssel, 14. Februar. (B. Z. V.) Repräsentantenkammer. Eisenbahnminister Liebaert antwortet auf eine Anfrage betreffend die Transportkosten für Kohlen nach Deutschland, daß sich die Transporte infolge des Ausfalls der Vergarbeiter im Ruhrgebiet bedeutend vermehrt und zum größten Teil auf direktem Wege erfolgt seien. Infolge von Uebereinkommen zwischen den belgischen, niederländischen und deutschen Bahnbewertern seien viele Transporte umgeleitet worden, wofür indessen nur die direkten Tarife berechnet wurden, jedoch habe das Abkommen keine Anwendung gefunden für Transporte, für welche die Abfender einen Umweg vorgeschrieben hatten. Der Minister für Industrie, Fraucotte, erklärt auf eine Anfrage des Sozialisten Ansele, welche Folge die belgische Regierung der Mitteilung der deutschen Regierung bezüglich des Maximal-Arbeitstages für Fabriken zu geben gedenke, die Regierung sei nur vertraulich gefragt worden und es stehe ihr nicht zu, die vertrauliche Antwort bekannt zu geben.

Amerika.

Roosevelt und der Senat. In der Frage der Schiedsgerichtsverträge kam es im Senat zu vielen erregten Debatten. In offener und geheimer Sitzung wurde Roosevelts eigenmächtiges Vorgehen scharf beurteilt. Der Präsident hatte eine Reihe von Schiedsgerichtsverträgen mit fremden Nationen abgeschlossen und hielt die Ratifikation der Verträge durch den Senat für selbstverständlich. Den Senatoren behagte diese Behandlung durchaus nicht und sie erklärten dem Präsidenten, daß er nach der Verfassung ohne Einwilligung des Senats keine Verträge abschließen dürfe. Roosevelt hatte statt des Wortes „Vertrag“ (treaty) das Wort „Uebereinkunft“ (agreement) gesetzt, aber die Senatoren wachen eifersüchtig über ihre Rechte und lassen dies Spiel mit Worten nicht gelten. Roosevelts Freunde sogar haben sein Vorgehen als sehr bedenklich bezeichnet. Einige Senatoren meinten, es handle sich um eine große Prinzipienfrage; der Präsident dürfe sich auf keinen Fall mehr Macht aneignen als ihm gebühre; wenn der Senat sich nachgiebig zeige, so könne dies die schwersten Folgen nach sich ziehen; erst komme der Senat und dann der Präsident; die Verfassung sei bedroht. Es wurde auf den Vorfall mit San Domingo hingewiesen und Roosevelts Haltung getadelt, weil er erst auf eindringliche Vorstellungen hin dem Senat die Sache vorlegte. Der Senat nahm mit 31 gegen 13 Stimmen ein Amendement zu der Schiedsgerichtsvorlage an, nach welchem die Einsetzung eines Schiedsgerichtes von der Zustimmung des Senats abhängig ist. Dadurch wird den Verträgen Wert und Bedeutung genommen. Besonders Interesse beansprucht unter allen Verträgen derjenige mit England, der schon einmal an dem Widerstand des Senats scheiterte. Der Einfluß der Irländer, der in den Vereinigten Staaten ziemlich stark ist, richtet sich stets gegen einen solchen Vertrag. Die Ratifikation der Verträge mit dem Amendement wurde schließlich mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen.

Roosevelt beabsichtigt, die so amendierten Verträge den resp. Nationen nicht zugestehen. In der Presse werden die Vorgänge im Senat lebhaft besprochen und manche Zeitung nimmt für Roosevelts Partei und wendet sich scharf gegen den Senat. Es wird argumentiert, daß Schiedsgerichtsverträge eine große Errungenschaft für die Idee des Weltfriedens bedeuten und daß der Senat in einer so wichtigen Sache auf sein Privilegium hätte verzichten sollen.

Russische Gärung.

Ein Petersburger Telegramm unseres W-Korrespondenten zeichnet die gegenwärtige Lage durch folgende Tatsachen und Züge:

Petersburg, 14. Februar, 8 1/2 nachmittags. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Der Streik verbreitet sich langsam. Heute verließen die Arbeiter der frankorussischen Werke die Arbeit. Eine Bewegung gegen den Streik macht sich seitens der Saponisten bemerkbar, die den Streik in diesem Augenblick für gefährlich halten und einen elementaren Ausbruch der Leidenschaften fürchten.

Die Arbeiter hegen großes Mißtrauen gegen die neue Kommission. Heute, in einer Versammlung der Putilow-Arbeiter, wo von ihnen verlangt wurde, Abgeordnete am 19. Februar in die neue Kommission zu wählen, fragten die Arbeiter, ob die Person der Abgeordneten unversehlich sein würde. Die Werkstättenmeister antworteten: „Innerhalb dieses Gebäudes ja, ob nachher, wissen wir nicht.“ Die Arbeiter beschloßen, die Direktion zu bitten, Garantien für die Unversehlichkeit von der Regierung zu verlangen.

Die Verhaftungen von Prugawin, einem Schriftsteller über russisches Sektentum, und von Strojew, einem mächtig liberalen Schriftsteller, scheinen viel mehr zufällige Mißgriffe der Polizei als Zeichen besonderer Strenge.

Das Gerücht läuft, daß Trepow Gehilfe des Ministers des Innern wird. Man redet jetzt weniger von der Einberufung der Semski Sobor als einer Versammlung der Vertreter der Stände.

Streik von Eisenbahnbeamten.

Aus Kiew meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Dem Vernehmen nach sind die Verwaltungsbeamten der Moskau-Kiew-Woroneß-Eisenbahn in Ausstand getreten.

Die Potemkinschen Arbeiter.

Die „Wostische Zeitung“ veröffentlicht folgende Schilderung eines Mitgliedes der berühmten „Arbeiterdeputation“, die zum Jaren besohlen wurde. Die Schilderung soll von dem Mitglied selbst stammen:

„Ein Wächter kam zu mir mit dem Befehl, ich solle zum Direktor des Werkes in die Werkstatt kommen. Erschrocken, ich wußte nicht, weshalb ich gerufen werde, ging ich in das Hauptkontor zum Direktor des Werkes. Der Direktor befohl mir, die besten Kleider anzuziehen, und sagte noch, daß ich mit dem Aufseher des Werkes in die Stadt fahren werde. Als ich nach Hause gekommen war, erklärte ich meiner Familie, daß ich in die Stadt fahre, ohne zu wissen, warum, auf Befehl des Direktors. Meine Familie nahm erschrocken von mir Abschied. Als ich in das Kontor kam, fuhr ein Wagen mit meinem Begleiter (dem Aufseher des Werkes) vor. Unterwegs sprachen wir kein Wort. Als wir ins Winterpalais gekommen waren, führte man mich durch das Kommandantenportal ins Empfangszimmer, wo man aufschrieb, welchen Standes ich sei, Vor- und Familiennamen, und wo ich arbeite. So wurde ich dreimal angefragt, bevor ich in den einen Saal geführt wurde. Im Saal waren Leute aus verschiedenen anderen Fabriken versammelt. Unter ihnen war auch ein Tauber von der Potemkinschen Fabrik. Hier wurden wir zu Paaren aufgestellt. Der Gendarmenobrist befahl, daß wir uns beim Jaren ebenso aufstellen sollen. Die Jüngeren mit den Jüngeren, die Alten mit den Alten. Als wir alle in Reih und Glied standen, kam der Gouverneur Trepow zu uns, begrüßte uns und erklärte, daß wir zum Jaren fahren werden. Da erschritten wir alle. Keiner wagte zu sprechen, bis der Gouverneur Trepow sprach voraus. Wir führten vor dem für den Kaiser bestimmten Vorbau des Hofhofes vor, wo wir in ein dunkles Vorzimmer traten, und von dort in die prächtigen kaiserlichen Zimmer. Ein Extrazug nach Jarosloje Selo stand bereit. In Jarosloje Selo erwarteten uns sechs Autos, die uns zum Palais brachten. Am Portal erwarteten uns sechs Lakaien, die uns in ein dunkles Vorzimmer und von dort in einen hellen Empfangsraum führten. Gendarmenoffiziere stellten uns in Reih und Glied auf und ein Adjutant führte uns aus dem Empfangsraum in einen Saal. Im Saale warteten wir auf den Jaren etwa eine halbe Stunde. Zuerst traten die Minister ein, nach ihnen der Jar. Er begrüßte uns. Wir verbeugten uns tief vor ihm. Ein Blatt Papier in der Hand haltend, blühte er von Zeit zu Zeit auf dieses und hielt uns eine Rede. Nachdem er die Rede beendet hatte, drehte der Jar sich um und ging fort. Uns allen fiel ein Stein vom Herzen und wir sangen an, uns frei zu fühlen. Aus dem Palais wurden wir in das Theatrum geführt, wo wir Mittag erhielten. Bei jedem Zeller stand eine Karaffe mit gewöhnlicher Wodka und eine Flasche Bier. Beim Essen boten wir, man möchte uns die Rede des Jaren gedruckt übergeben. Bald danach wurden Blätter mit der Rede des Jaren unter uns verteilt. Das Essen schmeckte uns sehr gut, das Bier schmeckte uns besonders gut. Ich war den ganzen Weg bis Jarosloje Selo in Sorge gewesen, weshalb ich und meine Genossen zum Jaren geführt werden. Zu Hause hatte ich schon gedacht, daß ich nicht mehr zurückkommen werde.“

Aus Industrie und Handel.

Reichsbank. Der Zentralauschuh der Reichsbank hat heute den Diskont von 4 auf 3 1/2 Proz. und den Lombardpreis für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren von 5 auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt. In der Sitzung erklärte der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Koch im Anschluß an die letzte Wochenübersicht, daß die Gesamtanlage seit der ohnehin schwächeren Anspannung am Jahresabschluss stetig zurückgegangen sei. Sie betrage jetzt 809 Millionen, also 48 bzw. 20 und 37 Millionen weniger als in den letzten drei Vorjahren. Die Wechsel seien gegen 1904 um 61 Millionen geringer, die Reichs-Schapanweisungen mit 72 Millionen allerdings um 24 Millionen größer. Der infolge der Diskonterhöhung im Oktober v. J. seitdem bei günstigen Wechselkursen ungemein gestiegene Metallvorrat von 1073 Millionen sei um 157 bzw. 102 und 54 Millionen höher als in den drei Vorjahren. Sowie Gold wie jetzt, nämlich 843 Millionen, habe die Reichsbank noch niemals befehen. Die fremden Wechselkurse seien ebenfalls höher als in den Vorjahren: Bei dieser befriedigenden inneren Lage sei das Geld am offenen Markt ungemein flüssig. Der Berliner Privatdiskont sei fast stetig bis auf 1 1/2 Proz. gefallen ungeachtet der starken Reduktionierung von Reichs-Schapanweisungen seitens der Reichsbank. Die fremden Wechselkurse hätten neuerdings ebenfalls eine weiche Richtung eingeschlagen, so daß ein erheblicher Goldexport nicht zu besorgen sei. Hiernach sei eine weitere Diskonterhöhung unbedenklich. Der Zentralauschuh war hiermit einverstanden.

Oesterreich-Ungarns Getreidehandel. Als im Jahre 1801 der sogenannte Caprivische Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn ab-

geschlossen wurde, war die Doppelnachfrage nach ein bedeutendes Getreide-Exportland. Seitdem hat es sich mehr und mehr zu einem Getreide-Importland entwickelt, das bereits in mittelmäßigen Erntejahren zu einer nicht unbeträchtlichen Getreide-Einfuhr gezwungen ist. Deutlich zeigt sich dies an den Ein- und Ausfuhrzahlen des vorigen Jahres, obgleich dieses keineswegs eine besonders schlechte Ernte lieferte.

Es betrug die:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1903	1904	1903	1904
Mais . . .	29 792 307	41 042 113	1 144 748	582 857
Gerste . . .	3 868 147	2 063 020	34 722	13 865
Durchweizen . . .	587 088	764 478	12 645	7 500
Weizen . . .	1 361 929	6 124 965	90 042 074	44 606 317
Hafer . . .	1 688 243	3 350 551	1 190 069	180 605
Weizen . . .	2 746 638	33 114 245	2 906 002	590 730
Speis . . .	4 824	5 400	6 468	5 082
Roggen . . .	672 754	4 890 954	33 525	26 590
Halbfrucht . . .	5 434	31 108	—	—
Getreide zus.	40 720 362	91 986 894	95 360 251	46 013 596

Baumwollverbrauch Großbritanniens. Die Textilindustrie Großbritanniens ist noch immer der bedeutendste Baumwollkonsument. Im Jahre 1904 wurden insgesamt 3 992 458 Ballen Baumwolle nach Großbritannien eingeführt gegen 3 670 367 Ballen im Jahre 1903 und 3 811 155 Ballen im Jahre 1902. Von der Baumwoll-einfuhr des verfloßenen Jahres kamen 3 157 833 Ballen aus Amerika, 93 258 Ballen aus Brasilien, 196 522 Ballen aus Ostindien, 449 457 Ballen aus Ägypten und 95 388 Ballen aus anderen Ländern. Die Baumwollausfuhr Großbritanniens belief sich im Jahre 1904 auf 358 834 Ballen gegen 511 868 Ballen im Jahre 1903 und 463 482 Ballen im Jahre 1902.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Die Fliesenleger-Gesellschaft des Maurerverbandes beschloß in ihrer gestrigen Mitgliederversammlung, die seinerzeit über den Bau am Konthijouplatz verhängte Sperre aufzuheben, weil sie dadurch gegenstandslos geworden sei, daß der Bau von Mitgliedern der „Freien Vereinigung deutscher Fliesenleger“ besetzt worden sei.

Die Wächter der Wach- und Schließgesellschaft haben durch ihre Bewegung der Gesellschaft hemmende Jugelandstände abgerungen. Zwei unliebsame Kontrollisten wurden ihres Postens enthoben. Die hinterlegten Kauttionen stiegen fortan bei einem etwaigen Verfall in die Unterstufungskasse. Die Frage der dienstfreien Nächte wurde geregelt und eine Gehaltssteigerung von 2-7 Mark monatlich gewährt.

Soziales.

Ein nicht versicherungspflichtiger Betrieb.

Ein Urteil von weittragender Bedeutung wurde jüngst vom Reichs-Versicherungsamt gefällt. Die Großherzogliche Chauffee-Verwaltungs-Kommission in Schwerin hatte im Revisionsverfahren die Fällung der an den Seiten einer Chauffee stehenden Pappelbäume dem Unternehmer F. zugesprochen. Es war für F. kontraktliche Bedingung, daß er bei der Ausführung der Arbeiten den Anweisungen der Organe der Großherzoglichen Verwaltungs-Kommission zu folgen habe. Das Niederlegen der Pappeln wurde von vier Arbeitern zum Preise von 1 R. 12 1/2 Pf. für den Baum übernommen.

Hierbei erlitt nun der Arbeiter L. einen schweren Unfall, der noch über die 13 Wochen hinaus erwerbsstörende Folgen hinterlassen hatte. Infolgedessen stellte L. bei dem mecklenburgischen Justus-Rentenentschädigungs-Ansprüche. Das Mecklenburg-Schwerinsche Landes-Versicherungsamt lehnte indes das Einleitungsverfahren ab, da L. nicht im Dienste der Chauffee-Verwaltungs-Kommission gestanden habe. L. wandte sich nunmehr an das Reichs-Versicherungsamt, und dieses veranlaßte die Großherzogliche Chauffee-Verwaltungs-Kommission, daß dem L. ein berufungs-fähiger Bescheid erteilt wurde. Gegen den Ablehnungsbescheid der Chauffee-Verwaltungs-Kommission legte L. beim Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung in Schwerin Berufung ein und beantragte, die Chauffee-Verwaltungs-Kommission zur Entschädigung zu verurteilen. Wenn gleich er auch von F. angenommen sei, erklärte er, so habe er dennoch im Arbeitsverhältnis in mittelbarer Beziehung zur Chauffee-Verwaltungs-Kommission gestanden, da laut Kontrakt F. sowohl wie seine Arbeiter sich den Anordnungen des Wärters oder Oberwärters bzw. deren Vorgesetzten unweigerlich zu fügen hätten.

Das Schiedsgericht wies indessen die Berufung zurück, da der Unternehmer F. nicht als Unterkalfondant der Chauffee-Verwaltung, sondern als selbstständiger Unternehmer anzusehen sei. Die unvollbringende Tätigkeit bildet in diesem Falle einen integrierenden Bestandteil des von F. geführten Geschäftsbetriebes, der gewerbsmäßig Holzfällung, Lagerung und Handel betreibt, wenn auch die Größe des Betriebes nicht ermittelt werden konnte, da F. sichtlich bemüht gewesen ist, mit wahrheitsgemäßen Angaben zurückzuhalten.

Das entscheidende Gewicht für die Abgrenzung der Entschädigungspflicht in denjenigen Fällen, in denen die unvollbringende Arbeit verschleudert, ineinander greifenden Betrieben, dem einen oder anderen zugerechnet werden kann, ist auf zwei Momente gelegt: erstens auf die Erteilung des Auftrages zur Arbeit und zweitens die Lohnzahlung für deren Verrichtung.

Diese beiden Momente fallen dem F'schen Betriebe und nicht der Chauffee-Verwaltung zu.

Es läßt sich zurzeit auch nicht feststellen, ob der F'sche Betrieb, der mit seinem Holzhandel in dem Handelsregister nicht eingetragen ist, nach § 1 des G. U. V. B. versicherungspflichtig ist. F. aber als Unterkalfondant der Chauffee-Verwaltung anzusehen, würde den realen Verhältnissen des Lebens nicht entsprechen.

Hiergegen legte der Kläger Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein. Der Rekurs des Klägers wurde auch hier aus den vorn angeführten Gründen zurückgewiesen. Auch die Lokerei-Versicherungsgesellschaft konnte nicht zur Entschädigungspflicht herangezogen werden, da der Betrieb nicht handelsgerichtlich eingetragen war und auch nur 90 Tage ermittelt werden konnten, an welchen F. Arbeiter beschäftigt hatte.

Hier offenbaren sich die viel gebriefenen Herrlichkeiten des Unfall-Versicherungsgesetzes. Ein Arbeiter, der in einem mit höchster Unfallgefahr verbundenen Betriebe zum Invaliden geworden ist, sieht sich dem grauen Elend preisgegeben, weil es dem Unternehmer beliebt, seinen Betrieb nicht in das Handelsregister einzutragen zu lassen.

Steuerpflicht des Eisenbahnbaus. Für alle Gemeinden mit Eisenbahnanlagen ist eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts vom 14. Februar bedeutungsvoll. Es handelte sich um einen Steuerstreit zwischen dem preussischen Eisenbahnministerium und der Stadtgemeinde Elberfeld. Im Gegensatz zur Vorinstanz stellte das Ober-Verwaltungsgericht den Fiskus von der Gemeindegrundsteuer für Weichenwerke und Signalstationen frei, weil diese sich auf dem Schienenwege befinden. Das Gericht nahm an, daß 10 Weichenwerke und Signalstationen Bestandteile der Schienenwege geworden seien und § 24 des Kommunalabgaben-Gesetzes anwendbar wäre, wonach die Schienenwege der Eisenbahn von den Gemeindegrundsteuern frei sind. — Unter Verwerfung weitergehender Freistellungsanträge des Fiskus sprach das Gericht aus, daß nicht alle dem Eisenbahnbetriebe dienenden Gebäude und Räume als „zum öffentlichen Dienste oder Gebrauch bestimmt“ gelten könnten, da die Eisenbahn im ganzen ein Transportunternehmen sei. Alle Räume, die dem

Transportgewerbe der Eisenbahn dienen, seien nicht „zum öffentlichen Dienste oder Gebrauch bestimmt“ und somit von der Gemeindegrundsteuer nicht frei, was bezüglich der zum öffentlichen Dienste oder Gebrauch bestimmten Grundstücke und Gebäude des Staats, der Provinzen, der Kreise, der Gemeinden oder sonstigen Kommunalverbände der Fall sei. (§ 24 des Kommunalabgaben-Gesetzes.)

Verfammlungen.

Der Verein ehemaliger Gütergänger zur Bekämpfung der Tuberkulose hielt Sonnabend, den 11. Februar, seine monatliche Sitzung im Ruffenhaus, Kaiser Wilhelmstraße 18m, ab, wo Fräulein Dr. Wgodzinski einen Vortrag über die verschiedenen Formen und den Verlauf der Lungentuberkulose hielt. In nächster Zeit hofft der Verein mehrere gemeinnützige Vorträge abhalten zu können, zu welchen nicht nur die Mitglieder, sondern auch diejenigen Zutritt haben werden, welche sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessieren. Alle ehemaligen Gütergänger werden aufgefordert, dem Verein beizutreten. Anmeldungen bei dem ersten Schriftführer Kaschubowski, Rammstraße 57, 111.

Die in Berlin arbeitenden Genossen des Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg gründeten einen Agitationsverein. In der konstituierenden Versammlung hielt der Genosse Obft., der Kandidat des Kreises, eine Ansprache, und Genosse Scholz als Mitglied der Agitationskommission erklärte, daß er dafür eintreten werde, daß dem Verein nichts in den Weg gelegt werden solle. 30 Mitglieder traten dem Verein sofort bei.

Die Wahl in Hof.

Hof, 14. Februar. (Fig. Ber.)

Unter recht eigenartigen Umständen findet im hiesigen Kreise eine Nachwahl statt. Bekanntlich wurde der seitherige Abgeordnete Kommerzienrat Münch-Ferber vor dem hiesigen Landgericht — als auch vom obersten Landgericht in München, das das Urteils bestätigte, nicht nur als ein höchst unsauberer Geschäftsmann, sondern auch sonst als ein Mann von zweifelhaftem Charakter entlarvt. Nicht nur, daß dieser famose Volksvertreter, der millionenschwere Kommerzienrat, die Erben seines verstorbenen Vorfahren bei den Hinterlassenschafts-Regulierungen betrügen wollte (er hat also die sonst der Sozialdemokraten angegedichtete Teilerlei in höchst eigenhändiger Weise besorgt), auch sonst wurden dem Manne Dinge nachgeredet, die ihn als Volksvertreter unmöglich machten!

Trotzdem nun Münch ein solch „vielseitiger“ Mann war — sein Tun und Handeln war den nationalliberalen Hauptlingen nicht unbekannt — setzten diese es ungeachtet des Widerspruches aus den eigenen Reihen durch, daß solch ein Mann im Jahre 1903 wieder aufgestellt — und auch gewählt wurde. Ja, die örtliche Parteileitung dieser „Staatsbehaltenden“ besaß noch den Mut, nachdem die Gerichte gesprochen, Münch ein Vertrauensvotum auszustellen und ihn zum Bleiben aufzufordern. Doch waren die Tage dieses Volksvertreters gezählt, er legte schließlich das Mandat nieder.

Nun geschah das für die bürgerlichen Parteiverhältnisse Bezeichnende, wenn auch nicht Verwundernde, daß frühere Gegenkandidat des Münch, der sich zur freisinnigen Volkspartei zählende Dr. Goller als Kandidat des neu erstannenen vereinigten Liberalismus aufgestellt wurde. Bei der letzten Wahl hatte dieser vielseitige Doktor in seinen Wahlreden erklärt: „Münch-Ferber zu wählen, sei politischer Selbstmord“ und heute ist derselbe Goller Kandidat für die liberale Partei. Neben Goller kandidiert vom Bunde der Landwirte der Landwirtschaftslehrer Wegger aus Bunsiedel, während von unserer Seite der Verleger unseres Parteiblattes Genosse Geißler als Kandidat aufgestellt ist.

Seit Wochen tobt der Kampf mit ungeheurer Schärfe um das Erbe Münch-Ferbers. Die liberale Partei macht verzweifelte Anstrengungen, um den politischen Selbstmörder Dr. Goller durchzuführen, während der Bund der Landwirte sich ebenfalls Hoffnungen macht.

Die Sozialdemokratie war schon im Juni 1903 nahe daran, den Sieg zu erringen. In diesem Wahlkampfe boten wir alle Kräfte auf. In fast sämtlichen Orten wurden Versammlungen abgehalten, in den letzten drei Tagen nicht weniger als 54, in denen die Reichstags-Abgeordneten Sandermann, Grenz, Stolle, Stücken, Stabfagen, Ed. Fischer, Jubel, Peus, W. Hoffmann, Schöpflin, Leske, Ledebour, v. Bollmar, sowie Genosse Paul Göhre und eine Anzahl im Kreise anständiger Genossen referierten.

Am 10. Juni 1903 wurden im ersten Wahlgange von 29 234 Wahlberechtigten 22 663 gültige (52 unglückliche Stimmen) = 77,7 Proz. abgegeben; davon erhielten Genosse Stücken 10 678, Münch-Ferber (natl.) 7573, Dr. Goller (fr. Vg.) 4182, Schürmer (Zentrum) 245. Bei der Stichwahl stieg die Wahlbeteiligung mit 24 900 gültigen Stimmen auf 85,6 Proz. Der Nationalliberale Münch-Ferber siegte mit 12 905 Stimmen über unseren Genossen Stücken, der 12 295 Stimmen erhielt.

Ueber den Ausgang der Wahl liegen folgende Depeschen vor:

Hof, 14. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Sozialdemokrat 9923, Nationalliberaler 9745, Bauernbund 2540 Stimmen. Mittelm. Stichwahl.

Hof, 14. Februar. (B. L. B.) Bis 1/11 Uhr nachts lagen folgende Wahlergebnisse vor: Dr. Goller (natl.) 10 042, Wegger (Bund der Landwirte) 2863 und Geißler (Soz.) 10 047 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Wahlsieg in Ungarn.

Szegvar, 14. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Mit heutigem Tage wurde nach großem Kampfe der erste Sozialdemokrat als Reichstags-Abgeordneter in Ungarn im Szegvarer Bezirk gewählt.

Budapest, 14. Februar. (B. L. B.) Bei der heutigen Stichwahl im Szegvarer Wahlbezirk wurde mit Wilhelm Mezöfi, der eine Mehrheit von 26 Stimmen erhielt, der erste sozialistische Abgeordnete in das ungarische Abgeordnetenhaus gewählt.

Paris, 14. Februar. (B. L. B.) Die Deputierten-Kammer hat Dumeraue, den Kandidaten der Gruppen der Linken, mit 215 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt gegen 112 Stimmen, die auf den konservativen Kandidaten Denis Cochin entfielen.

London, 14. Februar. (B. L. B.) Oberhaus. In der Redebeilage erklärte der Staatssekretär des Aeußeren Lord Lansdowne in Erwiderung auf Ausführungen des Lord Spence bezüglich des Krieges in Ostafrika, jede über ausgenommene Intervention könnte leicht ernste Folgen haben. Er brauche nicht zu bezweifeln, daß die Regierung, wenn sich ihr eine Gelegenheit zur Intervention bieten sollte, sich ihrer bereitwillig bedienen würde. Die Regierung habe es sich angelegen sein lassen, strikte Neutralität zu beobachten, und ihr Bestreben sei nicht erfolglos gewesen. Bezüglich der Frage der Kriegskontenbande sei die Regierung bemüht gewesen, die traditionelle Politik Englands zu befolgen und die Liste der Kontenbande-Artikel möglichst zu beschränken. Der Regierung sei es zu ihrer Befriedigung gelungen, in dieser Beziehung einen vernünftigen modus vivendi zu erlangen und seit vorigem Juli seien nur solche englische Schiffe von einer Beschlagnahme betroffen worden, die sich offenkundig des Blockadebruchs schuldig gemacht hätten.

Reichstag.

141. Sitzung vom Dienstag, den 14. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski.

Die erste Beratung der Handelsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Herbert (Soz.):

Die Ausführungen des Redners bleiben wegen der im Hause herrschenden großen Unruhe auf der Tribüne größtenteils unverständlich. — Mit Ausnahme des kleinen Häufchens des Handelsvertragsvereins hat das gesamte Bürgerthum den gegen die Arbeiter gerichteten Zolltarif gutgeheißen. Auch die Großkaufleute sagen von den Arbeitern: „Läß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind.“ — Der Finanzminister Freiliger v. Rheinbaben hat den Großgrundbesitz als ein nationales Gut bezeichnet. O nein! das Gegenteil ist richtig. Er hat ferner gesagt, durch die soziale Gesetzgebung der Regierung habe sich die Lage der Arbeiter gebessert. Aber nur für die Herren Agrarier tritt die Regierung immer ein. Beim Streik im Ruhrrevier, wo es sich darum handelte, den Arbeitern zu helfen, versagte die Regierung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und doch ist die Veranlassung zu einem solchen Streik das selbst, was für Landwirte eine Leberschwemmung oder Hagelschlag ist. Wenn die Arbeiter gehört worden wären beim Zolltarif, so wären die Verträge anders ausgefallen.

Ich erinnere an die Armut der Landarbeiter, an der sich nichts ändern wird, so lange diese Arbeiter nicht das Koalitionsrecht haben. Die Grundbesitzer werden vernünftig die Mehrernten infolge der Fülle einstecken, aber ihren Arbeitern werden sie nichts davon geben. Wenn in Ostpreußen wirklich freie Wahlen möglich wären, so würden wir Ihnen (rechts) da ebenso die Wahlkreise abnehmen wie anderswo. Die Arbeiter haben an dem Zolltarif ein Hauptinteresse, um so notwendiger wäre es gewesen, sie auch vor dem Abschluß der Handelsverträge zu befragen. Wenn die Regierung wirklich väterliche Fürsorge für alle Zweige der Nation hätte, so könnte sie uns diese Handelsverträge nicht vorlegen. Ihre Folge wird entweder Arbeitslosigkeit sein oder Sinken der Löhne. Die Industriellen können sich, weil sie kartelliert sind, am Publikum schadlos halten, die Arbeiter werden dafür bestraft. — Die Agrarier werden übrigens auch durch diese Zolltarife nicht befriedigt; bei ihnen gilt: Je mehr Geld, desto weniger Schweitzer. Davon, daß man, wie in anderen Gewerben, die Produktionskosten verringert, ist bei den Agrariern nie die Rede. Ich behaupte, in dem Maße, wie durch Erhöhung der Preise für die Landwirtschaft gefordert wird, wird der Fortschritt im landwirtschaftlichen Betriebe aufgehalten.

Ich bin nicht der Ansicht, daß der Kleinbauer rationeller wirtschaften kann. Im Gegenteil. Daß der Großbetrieb rationeller wirtschaften kann, das gilt nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft. Ich spreche hier nur für meine Person, aber auf Grund eigener Erfahrung. Die elektrische Kraft kann noch viel mehr in den landwirtschaftlichen Betrieb eintreten als bisher. Die Landwirte sagen: „es ist früher so gewesen, es war schön und gut so, wir wollen dabei bleiben.“ Das geht nicht. Die Landwirtschaft muß sich dem allgemeinen Fortschritt anschließen. Früher, als die Landwirte noch exportierten, da waren sie freihändlerisch gestimmt. Jetzt ist es Dänemark, welches den Export nach England den Deutschen abgenommen hat. Selbst der deutsche Obstbau, der sehr wohl noch exportieren könnte, wird vernachlässigt. — Die Quittungen der ganzen Handelsverträge sind die Getreidezölle.

Graf Schwerin-Löwitz hat den Reichvertrag der neuen Getreidezölle für die Landwirtschaft auf 105 Millionen Mark geschätzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer aber hat diesen Betrag aufzubringen? In erster Linie die deutsche Arbeiterkraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Summe wird von deutschen Arbeitern als Steuern aufgelegt, damit eine kleine Anzahl von Leuten ein gutes Leben führen können. Daß die Landwirte wissen, daß die Arbeiter die Zölle zu tragen haben, geht aus einer Schrift des Dr. Dade hervor, der erklärt: „Und wenn man mit Engelzungen reden könnte, könnte man den Arbeitern nicht einreden, daß sie die Zölle nicht zu tragen hätten. Die Gans geht zollfrei ein. Die Gänse kommen zu Tausenden aus Galizien, die pommerischen Bauern kaufen sie, um sie zu mästen und nachher als pommerische Gänse überallhin zu vertreiben. Also, was die Bauern selbst kaufen, läßt man zollfrei eingehen. Der neue Zolltarif verweigert den Antrag König, der für Roggen einen Preis von 165 M. und für Weizen einen solchen von 200 M. verlangte und diese Preise werden durch den neuen Tarif wahrscheinlich noch übertrieben werden.“

Auf unsere Beschwerden über die Verteuerung der Lebensmittel für die breiten Massen des Volkes erwidern uns Redner der Rechten, die Kartoffeln seien z. B. zollfrei geblieben, nur die Frühkartoffeln, die die Arbeiter wegen des teureren Preises doch nicht äßen, seien mit einem Zoll belegt. Es ist leider wahr, daß die Arbeiter sich heute selbst bei festlichen Gelegenheiten die Frühkartoffeln nicht als Leckerbissen leisten können. Aber wann noch alle Lebensmittel verteuert werden, so wird es den Massen der Bevölkerung immer mehr unmöglich, sich irgend welche Genussmittel, die ja ihrer Meinung nach nur für die Reichen bestimmt sind, zu kaufen. Beim aber wegen der Verteuerung von Fleisch und Getreidepreise steigen, so ziehen auch die Kartoffelpreise an, genau so wie die Fleischpreise sinken, wenn die „pommerischen Gänse“ für die pommerischen Agrarier zollfrei ins Land geführt werden dürfen. — Herr v. Rheinbaben wies auf die riesige Zunahme der Verschuldung des ländlichen Bestandes hin, und der Reichsfinanzler kündigte gesetzgeberische Maßnahmen zu seiner Entschuldung an. Aber die Verschuldung braucht nicht immer von einer Notlage herzufließen, sie kann immer auch haben in Erbschaftsteilung oder in dem Wunsche der Bauern, über größere Vermögen zu verfügen. Fürst Bismarck hat selbst gesagt, es würde der Landwirtschaft wohl besser gehen, wenn es den Landwirten nicht so leicht gemacht würde, Geld aufzunehmen und damit an der Börse zu spekulieren. Und da wollen Sie ihnen noch den billigeren Staatskredit zur Verfügung stellen! Der Reichsfinanzler will die Arbeiter durch Kolonisation im Osten beschaffen machen. Sollte dies wieder durch eine Art Kontraktbruch geschehen, so protestieren wir dagegen aufs energischste, wie überhaupt gegen jedes Gesetz, das den Arbeiter in seiner elenden Wohnung, elenden Bezahlung und elenden Ernährung festhalten will. Gewiß erhalten auch in der Industrie noch viele Arbeiter Hungerlöhne, aber wenn man die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter sieht, so paßt einen der Menschheit ganzer Jammer an. Noch heute werden die Arbeiter geprügelt. Das Stettiner Gericht hat entschieden, daß vier Ohrfeigen den Arbeiter nicht berechtigen, den Diebstahl zu verüben, weil sie „keine unmittelbare Schädigung der Gesundheit enthalten“. Dies Prügel trägt auch mit bei zur Leutenot der Landwirte. Mühen die Herren selbst auf ihren Feldern zu arbeiten, so würden sie sehr bald Revolution machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Herrn Reichsfinanzler möchte ich die Verse ins Stammbuch schreiben:

„Und niemand sieht, wie's dunkler wird,
Bis daß einmal der Donner kracht
Und Euch das Feuer jäh verzehret,
Euch, die Ihr's selber angefacht!“
(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stantenhorn (natl.): Bei den Erörterungen über die Handelsverträge spielt die süddeutsche Landwirtschaft eine sehr große Rolle. Die Redner der Linken haben die Interessen namentlich der kleinen Kleinbauern gegen die billigen Großgrundbesitzer aus-

gespielt. Man hat dabei das Buch von Moritz Hecht „Die badiische Landwirtschaft am Anfang des XX. Jahrhunderts“ zitiert. Aber man scheint das Buch nicht voll und ganz gelesen zu haben. (Heiterkeit links.) An einer Stelle ist zu lesen, daß selbst Industriearbeiter Brotgetreide zum Verkauf bauen. Im ganzen steht allerdings Baden im Getreidebau zurück. Darous ziehen Sie (zur freisinnigen Vereinigung) den Schluß, die Badener müßten gegen die Erhöhung der Getreidezölle sein. (Abg. Gothein: Sehr richtig!) Aber die Badener wollen doch, daß die Süddeutschen für den Schutz ihrer Gebirgs eintreten, also müssen sie auch für deren Zölle stimmen. (Sehr richtig! rechts.) Man muß immer das Interesse der Allgemeinheit wahren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unsere Tabakbauern sind in einer gewiß nicht beneidenswerten Lage. Ich möchte bitten, die Untersuchungen über ihre Lage zu beschleunigen. — Mein Hauptthema ist die Weinzollfrage. Die meisten Vertreter der Weinbaugüter haben seinerzeit gegen den österreichisch-ungarischen Handelsvertrag wegen der Bestimmungen über die Maßnahme gestimmt. Ihre Bestimmungen sind eingetreten. Große Mengen Weinmaße sind aus Österreich und Italien, namentlich aber infolge der Weinsteuergestaltung aus Spanien und Frankreich eingeführt worden. Diese Traubenmaße sind nun größtenteils nicht zum Verschnitt unserer Weine, sondern zur Weinfabrikation eingeführt. Ich hätte es gern gesehen, daß die richtige Spannung zwischen Maß und Wein eingeführt werde. Ein Reichsnahrungsmittel-Gesetz muß verhindern, daß aus Trebern und minderwertiger Maßweine hergestellt wird. Wir müssen unsere eigenen Wünsche aber im Interesse der Gesamtheit zurückstellen, und dieses verlangt die Annahme der Handelsverträge. (Beifall.)

Württembergischer Bundesbevollmächtigter Dr. v. Hüffel glaubt nicht, daß der deutsche Obstbau infolge der Erleichterung der Einfuhr aus der Schweiz geschädigt werden wird. In Württemberg sei der Verbrauch von Obst sehr verbreitet und er habe sehr zur Zurückdrängung des Branntweingewinnes beigetragen. Aber obgleich der Obstbau in Württemberg einen sehr großen Umfang habe, müsse man doch noch Obstweine einführen, um den Bedarf zu decken. Redner verleiht im übrigen die landwirtschaftlichen und die industriellen Zölle der neuen Handelsverträge und befreit, daß der russische Vertrag nur infolge des auf Ausland laufenden Druckes zustande gekommen sei. Die deutschen Unterhändler hätten bei den Vertragsverhandlungen alles erreicht, was zu erreichen gewesen sei.

Abg. Stöcker (Wirtsch. Vg.): Ich habe in meinem Wahlkreise erklärt, daß ich für die Handelsverträge stimmen würde und habe auch bei den kleinen Leuten keinen Widerspruch gefunden. Wenn sie auch nicht alle Zölle im einzelnen billigten, so hielten sie doch den Abschluß von Handelsverträgen für äußerst wichtig im Interesse der Allgemeinheit. Seinerzeit ging die Stimmung der Regierung dahin, Handelsverträge um jeden Preis zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Nach mir gewordenen Berichten waren die auswärtigen Diplomaten selbst erstaunt, wie leicht mit den deutschen Unterhändlern auszukommen sei. (Hört! hört! rechts.) Im Gegensatz hierzu sind die neuen Handelsverträge mit der denkbar größten Sorgfalt aufgestellt, sie sind die Grundlage einer Versöhnung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Selbst Kautsky sagt: Der Notstand der Landwirtschaft ist nicht zu leugnen. Die freisinnige Vereinigung hat sich den bittersten Spott Schuppels zugezogen, weil sie den Notstand der Landwirtschaft leugnet. Er sagt, es sind gute Leute, aber schlechte Russkanten. (Heiterkeit rechts.) Die meisten der Herren, die so urteilen, waren noch nie auf dem Lande, sie sind Städter oder gar Berliner. (Heiterkeit.) Die Herren der Linken treten doch auch für die Landarbeiter ein. (Ruf links: Aber nicht auf diese Weise!) Ja, durch Nebenarten ist ihnen nicht zu helfen. (Sehr gut! rechts.) Wenn neue Wohnhäuser für die Landarbeiter gebaut werden sollen, müssen doch die Landwirte die Mittel dazu haben. (Sehr gut! rechts.) Wir können doch unsere Landwirtschaft und Industrie nicht schuklos Amerika preisgeben. In England, das hat ganz andere Ressourcen. Herr Singer meinte, ein umfassender Getreidekauf beginne erst von 1000 Teller an. Darüber laßt ja jeder Junge von acht Jahren, der auf dem Lande in die Schule geht. (Sehr gut! rechts.) Unter dem fünfmark-Joll waren die Getreidepreise in Deutschland so billig, wie sonst im ganzen Jahrhundert nicht. Ist das gerecht, ist das billig, bei einer solchen Erhöhung der Preise für alle Gegenstände? Die Linke behauptet, nur der Großgrundbesitz hätte Vorteil von den Zöllen. Gewiß haben die Kleinbauern nicht so viel von den Zöllen wie die Großgrundbesitzer, manchmal vielleicht gar nichts. Es wäre gewiß sehr schön, wenn die kleinen und mittleren Landwirte Zölle ohne Kornzölle haben könnten, ohne Getreidezölle. Aber sie wissen ganz genau, daß Handelsverträge Interessenausgleiche sind. Als ich zur Weltausstellung nach Chicago reiste, da wurde mir bewußt, daß das alte Europa sich zummentum mühte, um der juchenden Gefahr der neuen Welt zu begegnen. Darum sind uns das wichtigste auch nicht die Handelsverträge, sondern die Weistbegünstigungsverträge, und um und über diese zu unterhalten, stimmen auch wir dem Antrag auf Kommissionsberatung zu.

Abg. Braun (Antik.): Die Freisinnigen erklären hier den Uebergang zum Industriestaat für notwendig, aber in der Wahltagation hat z. B. der jüngst gewählte Herr Werlen den Bauern gesagt, wir würden gegen die Handelsverträge stimmen und die Freisinnigen dafür, weil sie den Bauern geben wollten, was erreichbar ist. Auch die freisinnige Vereinigung befindet sich im größten Schwandel, sie hat Angst vor der Konkurrenz ihrer Freunde von der Linken und sucht diese zu überbieten. (Große Unruhe links. Zurufe: Schwandel!)

Vizepräsident Graf Stosberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß eine Partei sich im Schwandel befinde.

Abg. Braun (fort.): Nicht die Landwirte treiben den Korn- und Hollwider, sondern den Brotwider treiben die ägyptischen Edelente, die schon zu Josephs Zeiten mit dem Getreide gewuchert haben. (Stürmische Heiterkeit links.) Die sind es in Wahrheit, die dem armen Manne das Brot verteuern. (Erneutes Lachen links.) Wir wollen den Bauernstand erhalten, wir wollen auch, daß der Großgrundbesitz sich rentiere. (Wah! links.) Wenn wir noch mehr Industriestaat werden, wird die Ordnung des Staates untergraben. Herr Bebel hat ja selbst gesagt, jeder Schornstein bedeute für die Sozialdemokratie einen neuen Fortschritt. Wir aber wollen Mittelstandspolitik treiben und begründen diese Handelsverträge als eine Umkehr der Regierung von ihrem falschen Weg. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. v. Gerlach (Hosp. d. fr. Sp.) (Zwischenrufe der Rechten.) Ja, natürlich, Ihnen (zur Rechten) wäre es lieber, wenn nur Abgeordnete für die Handelsverträge sprächen! (Heiterkeit links.) Ab und zu mal muß doch auch ein Abgeordneter der Linken sprechen. (Widerspruch rechts.) Wenn man alle Redner, die hier für die Vorlage gesprochen haben, zusammenzieht, so sind es viel mehr als die, die dagegen gesprochen haben. Aber in diesem Falle kam allerdings die Quantität der Reden von links die Quantität von rechts etwas erleben. (Zuruf links; Lachen rechts, Unruhe und Heiterkeit im ganzen Hause.) Der Abg. Heim hat uns ja nur ein bißchen bewigelt, dagegen hat er die Handelsverträge und ihre Vertreter sich gehörig vorgenommen. Falls seine Äußerungen in ihrer ganzen Schärfe ins Stenogramm kommen (Abg. Heim ruft: Ja, Unruhe rechts), so werden wir uns daraus ein Rezept anfertigen und damit auf die Bauernagitation gehen. Denn Abg. Heim hat ja kräftig ausgeführt, daß der Zolltarif lediglich den Großgrundbesitzern hilft. Und diese Handelsverträge, diese sieben Wechselböden, sind ja lediglich das natürliche Gewächs aus dem Zolltarif. (Lärm rechts.) Die Rede des Abg. Heim war und deshalb so wertvoll, weil ihm niemand beistimmen wird, daß er seinem Standpunkte gemäß ein ehrlicher Verteidiger der bäuerlichen Interessen ist. Wir danken Ihnen, Herr Doktor, daß Sie uns das lehren.“ Ich habe das Bistat etwas ändern müssen, denn Sie

haben sich ja gestern beklagt, daß wir Sie mit „Ihr“ anredeten. Wir wissen also, daß wir auch den Bauern jetzt preussisch bösslich kommen müssen. Der Abgeordnete Stöcker hat es begreiflich, daß Ende der achtziger Jahre Bismarck geneigt war, den Getreidezoll auf 1 Mark herabzusetzen. Aber das ist doch so. Vorher hatte er ihn nur deshalb auf 6 Mark heraufgesetzt, um einen Druck auf Rußland auszuüben. Er brauchte aus politischen Gründen den Handelsvertrag mit Rußland und wollte zu diesem Zwecke den Zoll auf 1 Mark herabsetzen. Hieran halten wir fest, so lange wir nicht vom Regierungstische her demontiert werden.

Nur noch ein Wort zu den Nationalliberalen! Herr Sieg muß ja die Rede seines Fraktionsgenossen Deumer sehr unangenehm gewesen sein. Die Nationalliberalen machten dabei einen Eindruck, daß man sagen kann: Sie saßen an den Wassern Babilons und weineten. (Große Heiterkeit.) Abgesehen von der Einleitung und dem Schluß (Rufe: Wah! bei den Nationalliberalen.) — gewiß, Herr Deumer mußte doch die Annahme der Verträge bekräftigen und sich dem fügen, was die große Mehrheit seiner Partei beschlossen hat — war die Rede des Herrn Deumer eine Darstellung dessen, wie schwer unsere Industrie geschädigt wird. Von ungeheurer hat doch der Regierungsvorrede v. Schönebeck nicht eine lange Erweiterung darauf gegeben. Herr Deumer schilderte ja, wie die Maschinenindustrie durch die Verträge ins Grab gelegt wird. Aber die nationalliberale Partei hat ja dadurch, daß sie dem Antrage v. Kardorff beim Zolltarifikampfe zur Durchführung verhalf, die Maschinenindustrie mit ins Grab gelegt, da kann man sich denken, wie traurig vielen Nationalliberalen zumute ist. Aber wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Wir werden auch fernerhin gegen diese Handelsverträge unsere Agitation richten. Man sagt, alle Landwirtschaftskammern hätten sich für die Verträge erklärt. Die Landwirtschaftskammern sind wohl die amtlichen, aber nicht die beruflichen Vertretungen der Landwirtschaft, denn Kleinbauern und Arbeiter sind in ihnen überhaupt nicht vertreten. Also die Landarbeiter, in deren Interesse angeblich diese Verträge aufgelegt sollen, sind gar nicht gefragt worden. Die Industriearbeiter können vermittelst ihrer Organisationen es erzwingen, daß sie einen Anteil an einer günstigen Konjunktur erhalten, das ist den Landarbeitern unmöglich. (Sehr wahr! links.) Sie sind auf das angewiesen, was ihnen freiwillig geboten wird und die Heuerung eines katholischen Agrariers ist unwillkürlich geblieben: Die Landwirte zahlen aus gutem Herzen nicht einen Pfennig mehr Lohn, jeder nimmt das billigste, was sich ihm bietet. Wie rechtlos die Landarbeiter sind, das wurde recht drastisch auf dem sozialdemokratischen Preisenttag dargelegt. Auf einem Gute hatten Arbeiterinnen einen Tag die Arbeit niedergelegt; die Aufsichtin wurde aus Grund des preussischen Gesetzes von 1854 zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! links.) Dies Gesetz macht es den Landarbeitern ganz unmöglich, aus eigener Kraft etwas zu erringen. Die Lohnverhältnisse sind geradezu elend. In Weßlau ist ein Vertrag abgeschlossen zwischen einem Gutsbesitzer und einem Schäfer. Der Lohn des Schäfers soll sich auf 300 M. stellen (Zurufe rechts), interessant ist bei dem Vertrage, daß der Schäfer seine Frau mit auf die Arbeit schicken muß. Diese bekommt hierfür einen Lohn von 30 Pf. im Sommer und 40 Pf. im Winter, dazu 10 Scheffel Roggen und 40 Anten Kartoffeln. (Zurufe rechts.) Ein Vertrag mit solchen Hungerlöhnen wird heute wirklich abgeschlossen! Wenn infolge der Schädigung der Industrie durch die Handelsverträge wieder mehr Arbeiter nach dem Lande strömen werden, werden die Löhne womöglich noch mehr sinken. Wer also das Wohl der Arbeiter will, darf nicht für die Handelsverträge eintreten. Kein Mensch hat festgestellt, wie viele Bauern von den hohen Getreidezöllen Vorteil haben. Aber einige Anzeichen lassen doch Schluß zu. Zum erstenmal, solange die polnische Fraktion besteht, wird sie diesmal nicht für die Zollerhöhung stimmen. (Hört! hört! links.) So hat das Wahljahr 1903 die antiagrarische Richtung in ihr verankert. Und dabei vertreten die Polen, abgesehen vom Abg. Korfanty, durchweg ländliche Wahlkreise; wo also die bäuerlichen Elemente wirklich zu Wort kommen, sind sie gegen die Zollerhöhung. Auch mich haben Bauern gewählt, um aufs schärfste gegen die Zollerhöhung einzutreten. Herr Dr. Wolf meinte freilich, meine Wähler seien blinde Hennen, aber wenn seine Wähler so helle Augen hätten wie die meinen, so sähe er nicht mehr im Reichstage. (Lachen rechts.) Wenn wir nicht einig sind, wer den Vorteil von der Zollerhöhung hat, warum haben Sie die Forderung nach einer Enquete über die Lage der Landwirtschaft abgelehnt? Der Generalsekretär der nationalliberalen Partei für Hannover, Platmann, hat in einer partei-offiziösen Schrift nachgewiesen, daß nur ein winziger Bruchteil selbst der Großbauern in der Provinz Hannover von der Zollerhöhung für Protokoll Vorteil hat. Selbst Bauern von mehr als hundert Hektar verkaufen im ehemaligen Wahlkreise von Windhorst nicht einen Zentner Getreide. Wenn die konservativen Herren ernstlich auch nur den Schein der Bauernfreundlichkeit aufrecht erhalten wollen, müssen sie vor allen Dingen den Fideikommiß beseitigen, der die Hälfte unseres Vaterlandes dem bäuerlichen Weibe entzieht. Die einzig sichere Folge des Tarifes wird das ungeheure Steigen der Grundrente sein, und Sie (nach rechts) werden in ein, zwei Jahren Ihre Güter mit 10 000 oder 100 000 M. Profit verkaufen können!

Die neuen Handelsverträge bedeuten eine Verminderung der Fruchtbarkeit des deutschen Volkes, eine Vermehrung der Sterblichkeit. Nun sagt freilich der beste unter den agrarischen Gelehrten, Adolf Wagner: Eine minder rasche Bevölkerungszunahme werde ein wahrer Segen für Deutschland sein. (Hört! hört! links.) Wir aber sehen das größte Glück Deutschlands in seiner raschen Volksvermehrung. Nur durch sie haben wir Frankreich überflügelt. Sie (nach rechts) glauben nicht mehr an das Bibelwort: „Seid fruchtbar und mehret euch“. Bei Ihrer Theorie des geschlossenen Staates wissen Sie allerdings nicht, wohin mit jährlich 800 000 Menschen mehr. Aber bei unserer Politik kam die deutsche Industrie sie sehr gut aufnehmen. Darum ist Ihre Politik massenmörderisch. (Sehr gut! links.) Der neue Zolltarif wird zweifellos eine starke Zunahme der Eigentümervergessenheit zur Folge haben. Als im Jahre 1891 das fünfzigpfennigbrot etwas über 1 1/2 Kilogramm wog, da stieg die Zahl der Verküper auf 82 000, als aber nur vier Jahre später das fünfzigpfennigbrot 2 1/2 Kilogramm wog, sanken sie auf 69 000. (Hört! hört! links.) Graf Reventlow feierte Chamberlains geniale Politik. Schon sechzehn Jollbarone haben aber ihre Parlamentarische verloren, und die Regierungsmehrheit wird durch Herrn Chamberlains Jollpläne immer kleiner. Das beweist, daß das englische Volk nicht auf Chamberlains Rattenfängergefänge hineinfällt. Dennoch hat Chamberlain noch einen gewissen Entschuldigungsgrund, er kämpft nicht, wie Sie (zur Rechten) für die Erhöhung der Grundrente, sondern für das Ideal eines Greater Britain. — Amerika aber kam gar nicht zum Vergleiche herangezogen werden. Denn es hat ja alle Rohstoffe im eigenen Lande. Wir in Deutschland, bei unserem tüchtigen Arbeiterstand, bei unserer hohen Schulbildung, sind in erster Linie berufen, ein Veredelungsland in großem Maße zu werden. Also gerade in der „leichten“ Industrie, die in erster Linie Veredelungsindustrie ist, liegt die größte Zukunft Deutschlands. Meine Herren, wer Deutschland wahrhaft lieb hat, muß diese Handelsverträge ablehnen, die nicht nur massenmörderisch, sondern auch selbstmörderisch sind. (Zehnter Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ueber die Behauptung, Herr Bismarck habe die Ablicht gehabt, bis auf 1 M. Getreidezoll herunterzugehen, habe ich mich bereits bei der Beratung des Zolltarifs geäußert. Als es sich 1857 um die Erhöhung des Getreidezolls auf 6 M. handelte, war von der Regierung ein Zollfuß von 6 M. vorgeschlagen. (Hört! hört! rechts.) Es ist ja ganz natürlich, daß

Wenn man mit anderen Staaten verhandelt, man höhere Sätze festsetzt, um Kompensationsobjekte zu haben. (Sehr richtig! rechts.) In einem Schreiben des Fürsten Bismarck an den damaligen Landwirtschaftsminister hat er erklärt, daß er an dem vorgelegenen Sätze festzuhalten geneigt sei. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß man höhere Sätze im autonomen Tarif haben müsse, um durch Herablassen von Rußland bessere Bedingungen zu bekommen. Denselben Weg sind wir jetzt gegangen, um von Rußland Industriezölle zu bekommen, unter denen für unsere Industrie eine Ausfuhr nach Rußland noch möglich ist. Ich habe die Äußerung und die früheren Korrespondenzen aufs eingehendste durchgesehen, aber nicht die Spur eines Anhalts dafür bekommen, daß Fürst Bismarck mit den Getreidezöllen auf 1 M. herabgehen wollte. (Hört! hört! rechts.)

Man hat gesagt, die Kleinbauern könnten von der Landwirtschaft nicht leben, sie müßten in die Fabriken gehen und ihre Familien wirtschaften lassen. Aber in wieviel Prozenten Deutschlands ist denn das möglich? Wer die ostdeutschen Verhältnisse kennt, weiß, daß der Bauer da manchmal 1 1/2 Meilen zur nächsten Kirche laufen muß und von Schornsteinen weit und breit nichts zu sehen ist. Die landwirtschaftlichen Bauernvereine sind allgemein für höhere Sätze eingetreten. (Widerspruch links.) Als das Börsegesetz kam, wurde in der Presse geschrieben, das Kapital würde aus Deutschland auswandern. Das Gesetz ist in Kraft getreten, aber von der Massenwanderung, auch nur einer Individuellen habe ich wenigstens nichts gehört. Jetzt heißt es, unsere Industrie wird massenhaft über die Grenze gehen. Da war es mir interessant, eine Korrespondenz aus Oesterreich zu lesen, in der es heißt: Sehr pessimistisch ist die Stimmung der Malzindustrie in Oesterreich, man muß zur Selbsthilfe greifen und mit der Malzindustrie über die deutsche Grenze wandern. (Große Heiterkeit.) Man spricht jetzt so viel von den „schrecklichen Folgen“ der Handelsverträge. Nun, ich werde jederzeit auf Grund dieser parlamentarischen Verhandlungen mal zusammenstellen, was behauptet ist und was eintreten wird: Dichtung und Wahrheit. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Bg.): Wenn die Wähler des Abg. v. Gerlach seine heutige Rede lesen werden, so werden ihnen die Augen aufgehen. Widerlegen will ich seine Ausführungen nicht, denn man müßte sich die Junge wund reden, um die Herren von der Linken zu überzeugen. — Wie mein Fraktionskollege Stauffer bin ich gegen langfristige Handelsverträge. Zwölf Jahre sind zu lange. Was sind denn zwölf Jahre? Zwölf Jahre sind ein Zeitabschnitt (Sehr richtig! links), ein Zeitabschnitt, der die Hälfte der Zeit, in der ein Betriebsinhaber seinen Betrieb leitet. — Wenn der Krieg im Osten zu Ende sein wird, werden wir durch neue Importen überflutet werden. Kamentlich Kleinfabrikanten, Anatolien kann uns sehr gefährlich werden. Ich bedauere jeden jungen Mann, der heute ein Gut übernehmen soll. Arbeitsverhältnisse und Abschlagsverhältnisse sind gleich schlecht. — Nur Kleinbetriebe können das Vieh ohne zu große Unkosten genügend warten und pflegen. Wir hoffen, in der Kommission wird uns genaue Auskunft über das Viehversicherungsabkommen gegeben. Bezüglich des Hopfens hat uns ja Seine Excellenz, der württembergische Bundesratsbevollmächtigte und Minister des Innern Versprechungen gemacht, aber ich kann mich doch noch nicht als völlig beruhigt erklären. Auch im Weine ist noch nicht genug erreicht. Das Reblausgesetz wälzt den Weinbauern neue Lasten auf. Unseren Forderungen wird ja wohl die ganze Seite des Hauses, die auf der rechten Seite des Hauses sitzt (Heiterkeit im Zentrum) zustimmen und auch die Herren Nationalliberalen, die ja als ersten Redner ihre meist-agrarischen Mitglieder hier haben sprechen lassen. (Beifall bei der Wirtschaftl. Bg.)

Abg. Rittermeier (Wirtsch. Bg.): Ich weiß nicht, wo die Malzgerste anfängt und die Futtergerste anfängt. Geringe Gerste ist so gar viel besser zum Malzen geeignet als die schwere Gerste. Auch ist die Spannung zwischen Gerste und Malz zu gering. Wir Bayern leiden sehr darunter. Auch das bayerische Vieh sollte mehr geschützt werden. Abg. Heim hat behauptet, der Landwirtschaftsrat sei keine Vertretung der Landwirte. Aber wie sollen denn die Vertreter anders hineingekommen sein.

Abg. Wetstein (fri. Bg.) (mit lebhaften Ohren von der Rechten empfangen): Es wäre nicht unbillig, wenn ich nach den zahllosen Angriffen auf mich noch ein Wort der Erwiderung beanspruchte. Aber ich verzichte darauf (Sehr gut! rechts), weil die meisten Angriffe nur auf Mißverständnissen beruhen und mich nicht treffen. — Ich will nur auf meine Äußerung über den Fürsten Bismarck und ihre Widerlegung durch den Grafen Pofadovsky eingehen. Graf Pofadovsky berief sich auf eine Erklärung in der Zolltarifkommission. Ich stelle fest, daß sie meine Darstellung der Sache nicht im mindesten widerlegt hat. Das tat auch die heutige Erklärung des Grafen Pofadovsky nicht. Er sprach davon, daß er in den Äußerungen des Reichs-Schatzmeisters und der Reichsfinanzverwaltung die Absicht des Fürsten Bismarck gefunden hätte, den Zoll auf eine Mark zu erniedrigen. Ich habe aber von vornherein darauf hingewiesen, daß die Äußerung sich wahrscheinlich in den Akten des Handelsministeriums finden werde. Ich weiß nicht, ob man sie damals eingehend oder ob man sie vielleicht nicht inzwischen ausgeheftet hat. Ich muß aber meine Darstellung in vollem Umfange aufrecht erhalten. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Pofadovsky: Ich habe vorher erklärt, daß ich in der ausführlichen Korrespondenz des Reichs-Schatzmeisters keine Andeutung über die Absicht des Fürsten Bismarck finde, den Getreidezoll auf eine Mark zu erniedrigen. Das ganze Gerücht ist durch einen Irrtum entstanden. Fürst Bismarck wollte nicht den Zoll auf eine Mark herabsetzen, sondern um eine Mark; von 6 Mark auf 5 Mark.

Die Handelsverträge gehen an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, an den nächsten drei Tagen keine Plenarsitzung abzuhalten, damit die Handelsvertragskommission den ganzen Tag für sich bleiben, er wolle nicht sagen, arbeiten könne! (Heiterkeit.)

Das Haus beschließt demgemäß. Präsident Graf Ballestrem schlägt nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend 1 Uhr.

Abg. Graf Reventlow (Wirtsch. Bg.) hält es für zweckmäßiger erst Montag wieder zu tagen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Handelsvertragskommission wird hoffentlich bis Freitag abend ihren Bericht fertig stellen. Dann können wir am Sonnabend die zweite Beratung auf Montag festsetzen.

Abg. Graf Reventlow zieht seinen Widerspruch zurück, fügt aber hinzu, daß seiner Meinung nach die Arbeiten der Kommission sich wesentlich hinziehen könnten. (Ral na! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Dann werden wir die Handelsverträge eben nicht auf die Tagesordnung für morgen setzen. Der Präsident schlägt weiter vor, am Sonnabend den Etat der Reichspost zu beschließen.

Auf Antrag Singer wird gegen die Stimmen des Centrums, der Nationalliberalen und Konservativen beschlossen, am Sonnabend Scherenschnitt zu halten und auf die Tagesordnung zu stellen: Toleranzantrag und Arbeitskammern.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission. Die Wahl des konservativen Abgeordneten Kalkewitz im Wahlkreise Kolberg-Röslin ist gegen den Freisinnigen Dr. Barth mit allen möglichen Mitteln durchgedrückt worden. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Kalkewitz 9004, Barth 8238, der Sozialdemokrat 2973; bei der Stichwahl Kalkewitz 11132, Barth 10924, die Majorität beträgt also nur 208 Stimmen. Ein Wahlprotest der Freisinnigen zählt die größten Verluste auf, die bei der Wahl vorgekommen sind. In Großhain ist direkter Wahlbetrug verübt worden und die Schuldigen sind bereits mit sechs Wochen Gefängnis bestraft. Für Kalkewitz waren 60 Stimmen, für Barth 16 gezählt worden; vor Gericht, den aber

43 Wähler bezeugt, daß sie Barth gewählt haben. Der Wahlakt wird für ungültig erklärt und die Stimmen kassiert. Im Landratsamt Köslin sind Flugblätter und Stimmzettel für Kalkewitz kubertiert, verpackt und verschickt worden. Trotz einer beim Minister eingelegten Beschwerde hat man diese Tätigkeit im Landratsamt für den konservativen Kandidaten fortgesetzt; deshalb behauptet der Protest, der Landrat v. Eisenhart-Rothe habe amtliche Wahlbeeinflussung getrieben. In der Debatte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Grundzüge, die bei Verurteilungen derartiger Fälle bisher innegehalten worden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Mehrheit entgegengehalten, daß sie die früher geltenden Grundzüge immer mehr einzuengen trachte. Abg. Dr. Lucas gab seinerseits diese Ansicht zu. Die Mehrheit kam dem auch zu dem Beschlusse, die Protestbehauptungen seien bezüglich dieses Falles nicht genügend substantiiert. Als aber dann die weitere Protestbehauptung, der Regierungspräsident Graf Schwerin in Köslin habe die ihm unterstellten Beamten zu dem ausschließlichen Zwecke einer Wahlsprache zusammenberufen und in dieser Ansprache gesagt, er wolle sie, die Beamten, nicht beeinflussen, dann aber hinzufügte: „Von zwei Lebens muß man aber das kleinere wählen. Ich wähle Kalkewitz!“ — als diese Behauptung die Kommission zu dem einstimmigen Beschlusse führte, Erhebungen über diese Angaben anstellen zu lassen, beschloß sie nachträglich, auch Erhebungen über den Fall v. Eisenhart-Rothe anstellen zu lassen.

Außerdem sollen aber Erhebungen angestellt werden über die behaupteten Verluste in Zerrene, wo Wahlzettel im Wahllokal verteilt wurden und eine Anzahl Wähler den Jollerraum gar nicht betreten hatten; in Bischofshum, wo gar kein Jollerraum vorhanden war; in Groß-Carzenburg, wo ein Wahlbeisitzer die Wähler in den Jollerraum begleitete und ein Gutssinspektor Arbeiterwählern die liberalen Stimmzettel im Wahllokal abnahm, diese gerüh und ihnen konservative dafür aufzwang; in Busselen, wo abgegebene Wahlwerts vor der Stimmenauszählung auf ihren Inhalt geprüft wurden; in Waldelow, wo mehrere Wähler zu wiederholten Malen zugleich im Jollerraum waren; in Alt-Work, wo konservative Stimmzettel im Jollerraum auslagen; in Roseeger, wo der Wahlvorsteher, Graf Pominski, Kolberger Wähler aus dem Wahllokal wies mit den Worten: „Ich lasse Sie entfernen, daß Sie sich die Knochen brechen!“ Auf seinem Befehl mußte der Richter die Herren hinausträgen. Ergeben die Erhebungen über diese Einzelfälle deren Richtigkeit, dann muß die Wahl für ungültig erklärt werden, während andererseits die amtliche Beeinflussung ebenfalls die Ungültigkeit zur Folge haben würde. Die Kommission beschloß deshalb, die Beanstandung der Wahl und Vornahme aller bezielten Erhebungen.

Dann wurde noch der Bericht über die Wahl des Abg. Jaltin festgestellt.

Der japanisch-russische Krieg.

London, 9. Februar. (Fig. Ver.) Zum Jahrestage des Ausbruches des japanisch-russischen Krieges brachte die englische Presse ausführliche Artikel über die Ergebnisse und Lehren des abgelaufenen Krieges. Unter den Artikeln verdient der der „Westminster Gazette“ besondere Beachtung, nicht etwa wegen der in ihm entwickelten Sachkunde, sondern weil die „Westminster“ russenfreundlich ist und die Ansichten der meisten liberalen Führer wiedergibt. Das Blatt schreibt: „Der Misserfolg der letzten russischen Vorwärtsbewegung ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein entscheidendes Ereignis. Wir hören von Zankereien zwischen Kuropatkin und Grippenberg und daß der letztere mit Extragrad nach Petersburg zurückkehrt, um den Zaren über die Unfähigkeit Kuropatkins aufzuklären. Es mag ja wahr sein, daß Kuropatkin nicht die Geistesstärke und den Wagemut besitzt, um über fast unbesiegbare Umstände zu siegen, aber das sachmännische Urteil über ihn geht doch dahin, daß er in seiner so ungünstigen Lage nicht besser handeln konnte. Wir können deshalb nicht annehmen, daß Kuropatkin bei seiner letzten Vorwärtsbewegung alle Fähigkeit verloren hätte. Wir sind eher geneigt, anzunehmen, daß Kuropatkin auch in der letzten Zeit seit Ende Oktober alles getan hat, um seinen Angriff erfolgreich zu gestalten. Und wenn ihm dies nicht gelungen ist, so zeigt sich eben, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Russen nicht instande sind, einen Eindruck auf die Japaner zu machen. Die russische Machtentfaltung ist begrenzt durch die transsibirische Bahn. Wenn diese Bahn alles geleistet hat, was nur möglich war, und hat dennoch den Russen nicht die numerische Ueberlegenheit sichern können, so ist Kuropatkins Problem unlösbar. Dieses Problem ist einfach: Ist das Maximum von Kraft, das die Bahn den Russen zuführen kann, genügend, um das Maximum der japanischen Kraft zu besiegen? Dieses Problem wurde anfangs in Europa nicht verstanden. Man glaubte, daß Rußland mit seinen enormen Zahlen an Bevölkerung und Hilfsmitteln instande sein müßte, in kurzer Zeit Japan zu überwältigen, das an Bevölkerung und Hilfsmitteln seinen Gegner bei weitem nachsteht. Diese Ansicht hat sich als falsch erwiesen. Es zeigt sich jetzt, daß in einem ostasiatischen Konflikt die Japaner größere Massen in Bewegung setzen können, als die Russen. Die Zeit kann an dieser Sachlage nichts ändern. Abgesehen von seiner besseren Strategie und Organisation, ist Japan instande, eine größere Truppenzahl nach der Mandchurei zu werfen, als Rußland mit der Transsibirischen bringen und versorgen kann. Das Ergebnis dieses Feldzuges war von Anfang an von der Seebeherrschung abhängig. Der große russische Misserfolg entsprang nicht den Ereignissen zu Lande, sondern denen zu Wasser. . . .

Und dieser Misserfolg kann durch die baltische Flotte nicht beseitigt werden. Kein Mensch glaubt mehr, daß die baltische Flotte die ostasiatischen Gewässer erreichen wird, oder daß sie machtvoll genug ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Die Russen haben deshalb nur ein rein militärisches Problem zu lösen, das aber unter den gegebenen Verhältnissen auch von einem militärischen Genie nicht gelöst werden könnte. Es ist wohl die Erkenntnis dieser hartnäckigen Tatsache, und nicht die physische Unfähigkeit Kuropatkins, die die Mißstimmung im Hauptquartier erzeugt!

Die Kavallerie im russisch-japanischen Kriege.

Der vor einiger Zeit vom ostasiatischen Kriegsschauplatz zurückgekehrte Oberst a. D. Gaedde wies in einem seiner Artikel darauf hin, daß auch der ostasiatische Krieg wiederum die relative Wertlosigkeit der Kavallerie bewiesen habe und daß diese Lehre hoffentlich auch die Klaffungen von der Möglichkeit großer Kavallerieattacken in einem allseitigen Kriege zerstören werde. Denn so zahlreich auch die russische Kavallerie in Ostasien sei, so habe sie doch während des ganzen Krieges so gut wie nichts geleistet.

Es war vorauszufragen, daß diese Auffassung des Obersten Gaedde in deutschen militärischen Kreisen lebhaften Widerspruch finden wird. So erklärt denn auch Generalleutnant z. D. v. Pelet-Karbone in der letzten Nummer des „Tag“, daß die Schlussfolgerung des Oberst Gaedde durchaus hinfällig sei. Die russische Kavallerie habe lediglich deshalb nichts geleistet, weil sie nicht aus einer

flüchtigen Linienkavallerie bestanden habe. Außer einer Dragonerbrigade hätten sich nur Kosaken in Ostasien befunden. Diese Kosaken seien zwar gute Naturreiter, aber mit dem Kampf zu Fuß besser vertraut, als mit dem Gefecht zu Pferde. Schon wegen ihres Pferdmaterials, das zwar ausdauernd und genügsam aber nicht schnell sei, seien sie zu einem geschlossenen Kavallerieangriff nicht geeignet. Hätte sich an Stelle dieser Kosaken eine wohl geschulte Linienkavallerie in Ostasien befunden, so würden die russischen Kavallerieerfolge ganz andere gewesen sein.

Diese Auffassung erscheint uns völlig unzutreffend. Von großen geschlossenen Kavallerieattacken konnte bei einem Feldzug, wie dem ostasiatischen, überhaupt keine Rede sein. Selbst dann, als die Schlachten nicht mehr in dem gebirgigen Terrain, wo Kavallerieattacken von vornherein ausgeschlossen sind, mehr in die Ebene verlegt wurden, würden Kavallerieattacken nach dem Muster unserer famosen Manöverattacken den modernen Feuerwaffen gegenüber sämtlich zerschellt sein. Ueberhaupt ist es uns rätselhaft, wie bei Schlachten, die sich über eine Linie von 60, 80 und 100 Kilometer erstreckten, große Kavallerieattacken von irgend einem entscheidenden Erfolg sein könnten, selbst wenn sie an einzelnen Punkten glückten. Außerdem aber vermag man sich im modernen Kriege schon durch Stacheldrahtzäune ganz vorzüglich gegen überraschende Kavallerieangriffe zu schützen. Das sollte eigentlich bei näherem Nachdenken auch jeder deutsche Militär zu begreifen vermögen. Da ja aber von „allerhöchster Stelle“ die Kavallerie eine so besondere Vorliebe genießt und da die Massenattacken der Kavallerie nun einmal zur materialistischen Zenerierung unserer Manöver gehören, kann man sich nicht wundern, daß es auch höhere Offiziere gibt, welche allen Lehren der Praxis entgegen an gewissen Lieblingsvorstellungen festhalten.

Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeinde-Erwahlungen in Straßburg haben unsere Genossen erhebliche Erfolge errungen. Zur Wahl standen zehn Mandate. Zwei Sozialdemokraten sind im ersten Wahlgang gegen die Liberalen und Merikalen gewählt worden, sechs weitere unserer Kandidaten stehen in ausführender Stichwahl.

Veränderungen in der Redaktion des „Avanti“. Der „Avanti“ teilt mit, daß die Genossen Viva, Egardi, Marini und Susi aus der Redaktion ausscheiden, so daß von der alten Redaktion nur noch bleiben: Leone als erster politischer Redakteur, Oda Berda als Auslandsredakteur und de Rava als Redakteur für Partei-Angelegenheiten, außer dem Redakteur für Kunst und Theater, Podrecca, und dem Zeichner Galantara. Die Namen der für die Ausscheidenden eintretenden neuen Genossen sind noch nicht bekannt.

Vom 1. Mai an wird der „Avanti“ in vergrößertem Format erscheinen.

Gewerkschaftliches.

Mit dem Streik der Kleber beschäftigte sich am Montag eine ungewöhnlich stark besuchte Tapezierer-Versammlung. Die Verhandlung hatte die Versammlung einberufen, um auch die Postierer über den Kleberstreik zu informieren und sie zur Solidarität aufzurufen. Bei s referierte über den seitigeren Verlauf der Bewegung. Unter anderem teilte er mit, daß bereits gegen 90 Firmen, darunter die größten der Kleberbranche, den Tarif anerkannt haben, so daß etwa 300 Kleber zu den neuen Bedingungen arbeiten, während sich gegen 200 noch im Streik befinden. Es hat sich jetzt ein Verein der Klebermeister unter dem Vorsitz des Herrn Schley gebildet. Im Gegensatz zu dem Beschluß der letzten Arbeitgeber-Versammlung, welcher dahin geht, daß nichts bewilligt und nicht mehr mit den Arbeitnehmern verhandelt werden soll, hat der Verein der Klebermeister einen Beschluß gefaßt, der den Innungsverband ersucht, sich in dieser Woche eine kombinierte Versammlung der Bezirksvereine einzuberufen, um erneute Verhandlungen mit den Arbeitnehmern anzubahnen. Der Referent betonte, die Erfolge, welche die Kleber in den wenigen Tagen des Streiks schon errungen haben, sind so glänzend, daß man schon jetzt sagen kann, der Sieg auf der ganzen Linie ist ihnen gewiß. Was auch die Arbeitgeber unternehmen mögen, den Erfolg des Streiks können sie nicht mehr in Frage stellen. Um aber den vollen Sieg zu beschleunigen, ist es erforderlich, daß die Kollegen anderer Branchen sich nicht auf Verlangen des einen oder des anderen Meisters dazu hergeben, Arbeiten der streikenden Kleber zu verrichten. — Nach einer regen dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Zirkular des Innungsvorstandes betreffend die Beschäftigung von Ausfühlfokräften während des Kleberstreiks. Sie erklärt sich in allen Punkten mit den streikenden Spezialklebern solidarisch und macht es jedem Kollegen zur Pflicht, falls wie angeklündigt, Kundenarbeiter usw. zu Klebearbeiten herangezogen bzw. unter den Meistern angestellt werden sollen, dies bei Firmen, deren Arbeiter sich im Streik befinden, unter keinen Umständen zu tun und in allen anderen Fällen die Unterschrift des Tarifs zu fordern.

Ferner beschloß die Versammlung, daß den Streikenden zu der bisherigen Unterstützung ein Zuschuß von 3 Mark aus der Lokalkasse gezahlt wird.

Die Gelbsold- und Stodarbeiter führen bereits seit dem 24. Januar einen Streik bei der Firma J. und S. Gembidi, Friedriehstr. 18 und Lindenstr. 102. Die Ursache des Streiks liegt in der schlechten Behandlung der Arbeiter, sowie den fortgesetzten Lohnabzügen, sodas dieser Streik jetzt als der am schlechtesten zahlende von Berlin anzusehen ist. Ferner wurden von der Firma mehrfach Vertrauensleute der Organisation gemahregelt. Am ärgsten aber machte sich eine nachträgliche Preisdrückerei in dem Vergeden der Arbeit an sogenanntes Hausarbeiter geltend. Wurden doch die Löhne, die in der Werkstatt pro Groß 3,60 Mark betragen, für die Hausarbeiter auf 1,60 Mark herabgesetzt. Die Forderungen der Streikenden lauten daher hauptsächlich auf Einführung eines Tarifes mit den alten Löhnen und Abschaffung der Hausarbeit. Bemerkenswert ist auch hier wieder der bekannte jüdische Arbeitnachweis Arbeitsmittige vermittelt hat. Außerdem hat die Firma schwarze Listen mit den Namen sämtlicher Ausständigen an die Fabrikanten-Vereinigung gesandt, was zur Folge hatte, daß die darauf Verzeichneten bislang in keinem anderen Betriebe der Branche Arbeit bekommen konnten. — In einer Branchenversammlung am Montag wurde beschlossen, den Streik weiterzuführen und gleichzeitig die Arbeiter-Presse der Provinz zu ersuchen, durch geeignete Notizen auf Fernhaltung des Zuzugs von Stodararbeitern nach diesem Betriebe hinzuwirken.

Achtung! Kleber und Banhandwerker! Wegen Wahrung von zwei Kollegen ist die Firma Gade u. Dangers, Tauenzienstraße 20, bis auf weiteres gesperrt. Die Banhandwerker aller Branchen machen wir darauf aufmerksam, daß alle Kleber, welche zurzeit auf nachfolgenden Bauten arbeiten sollten, Arbeitswilligen dienste verrichten und ersuchen wir, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Die gesperrten Bauten sind folgende: Von Schwarz, Moabit, Krefeldstraße, Ede Essenerstraße; Fiedler, Moabit, Dohmerstraße, Ede Essenerstraße; Holland, Moabit, Defersstr. 46; Brode, N., Gleimstraße 31; Köhler, O., Vorpostenstr. 41/42; Wilmersdorf, Pragerstraße 20; Wilmersdorf, Pragerstraße 19; Palenke, Johann Georgstraße 12; W., Rümbergstraße, Ede Tauenzienstraße; Comu-

Schilling, Schöneberg, Hellbronnerstr. 30; und Grün u. Monial, Schwabische, Ede Sternbrunnstraße.
Der Vorstand des Vereins der Arbeiter Berlins und Umgegend.
Bureau: Schillingstr. 19/19, Amt I, 1308.

Die Ueberstundenarbeit der Stukkateure am königlichen Schauspielhaus ist trotz der feinerzeit gefassten und auch einige Wochen befolgten Beschlusses der beteiligten Arbeiter von neuem eingeführt worden. Der Bau sollte eigentlich schon am 27. Januar fertig werden. Die Bauverwaltung hatte sich aber offenbar über die Schwierigkeit der Arbeit getäuscht, so daß der Termin bis zum 22. März hinausgeschoben werden mußte. Doch auch um dieses zu erreichen, scheint es der Bauverwaltung und den beteiligten Unternehmern notwendig, daß die Stukkateure täglich Ueberstunden machen. Veranlaßt durch eine Konferenz der Bauverwaltung, der Unternehmer und der obersten leitenden Personen, wandte sich der Unternehmer Kreislar an den Vorsitzenden der Filiale des Stukkateurverbandes, um mit ihm über die Angelegenheit zu sprechen und zwar im Namen der sämtlichen vier beteiligten Stukkateurfirmen. Schlichtungsweg einzuführen, wie es die Stukkateurorganisation wünschte, wurde von dem Unternehmer, der komplizierten Arbeit wegen, für teilweise unmöglich erklärt. Arbeitskräfte seien so viel wie nur irgend angängig eingestellt worden. Persönlich hätten die Unternehmer kein Interesse an den Ueberstunden; es liege an der Bauverwaltung, wenn sie die Stukkateure um ein Entgegenkommen ersuchen möchten. Der Vorsitzende Krebs konnte, einem Beschluß des Vorstandes entsprechend, keinerlei Zusage machen. Die Entschädigung wurde dem am Schauspielhaus beschäftigten Stukkateuren überlassen und sie entschieden sich für die Ueberstunden, für die übrigens die Bauverwaltung einen Aufschlag von 50 Proz. bezahlt. — Mit dieser Angelegenheit befahte sich nun am Montag eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Filiale des Stukkateur-Verbandes, die in krankes Festhalten tagte. Hier wurde nach langer, lebhafter Debatte folgende, vom zweiten Vorsitzenden Sched eingetragene Resolution mit 106 gegen 36 Stimmen angenommen:

Die Versammlung verurteilt die Handlungsweise der im Schauspielhaus beschäftigten Stukkateure, die Ueberstunden betreffend. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in unserem Beruf erwartet die Versammlung, daß von morgen, den 14. Februar an von den Stukkateuren im Schauspielhaus keine Ueberstunden mehr gemacht werden. In Erwägung, daß durch das leidige Ueberstundenmachen im Bauwesen unsere Organisation nur geschädigt wird, verpflichten sich alle Stukkateure mit diesem System zu brechen, um eine geordnete Fortentwicklung unserer Organisation nicht zu fören. Es wurde in der Versammlung auch erwähnt, daß einige Stukkateure am Schauspielhaus sogar am letzten Sonntag gearbeitet haben, was allgemein scharf verurteilt wurde.

Die Hausdiener bei der Firma Vibo u. Jader (Damenmäntel-Konfektion) hatten nicht nur unter einer unmenslich langen Arbeitszeit, welche sich oftmals von 8 Uhr morgens bis nachts 1 und 2 Uhr und noch später hinzog, sondern auch unter einer toten angenehmen Behandlung zu leiden. Die Hausdiener beschloffen schließlich, zwecks Abstellung der vorhandenen Uebelstände und Regelung der Ueberstundenbezahlung bei den Herren Firmeneinhabern vorstellig zu werden und reichten zu diesem Zweck ihre Wünsche schriftlich ein. Diese lauteten: 1. Menschwürdige Behandlung; 2. Aufbruch durch den Familiennamen statt durch den Vornamen; 3. eine Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends inkl. einer zweistündigen Pause; 4. Bezahlung der Ueberstunden nach 8 Uhr abends; 5. Gewährung eines Anfangslohnes von 24 M. pro Woche für Verheiratete und 21 M. für Unverheiratete pro Woche. Diese beschiedenen Forderungen lehnte die Firma nicht nur ab, sondern sie entlich die Hausdiener auf der Stelle. Da die Betroffenen zum Teil Mitglieder des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sind, wurde der Bevollmächtigte Werner dieses Verbandes bei der Firma vorstellig. Es gelang ihm jedoch nicht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Die Herren Vibo u. Jader hielten es für „unerhört“, daß die Hausdiener es gewagt haben, gemeinsam ihre Wünsche zu überreichen. — Gätten die Hausdiener dies persönlich getan, dann hätte sich darüber reden lassen. — Dies ist ein Beweis dafür, wie wenig Verständnis diese Herren von den modernen Verhältnissen besitzen. Schließlich erklärte man sich bereit, einem der Gewahrgelassenen, welcher 14 Tage Kündigung zu beanspruchen hatte, den Lohn auf die Dauer von 14 Tagen zu bezahlen, mit der Maßgabe, daß er sich denselben jeden Sonnabend abholt. — Der Betreffende war über vier Jahre bei der Firma tätig. — Für die unzähligen Ueberstunden, welche die Hausdiener im Laufe des Jahres zu machen hatten, bezahlt die Firma pro halbes Jahr 20 M. in Gestalt eines Abendrotgebets. Als die Hausdiener nun für die bis zu ihrer Entlassung geleistete Ueberstundenarbeit die ihnen zustehende prozentuale Vergütung forderten, lehnte die Firma dies ab, mit dem Hinweis: „Wir sprechen uns auf dem Gewerbergericht!“ — Bemerkenswert sei noch, daß die Hausdiener sich eines derartigen Aufsehs erfreut, daß die Nacharbeiternachweise derselben Leute nicht mehr zuweisen.

Achtung, Schuhmacher! Infolge Maßregelung haben die Arbeiter der Schuhfabrik von Goldberg, Streifenstr. 60, die Arbeit niedergelegt. Der Streik bei der Firma Pinzer dauert fort.

Zu dem Bericht über die Versammlung der Brauerelandsarbeiter werden wir ersucht, noch folgendes mitzuteilen: 1. Es besteht auch für die Maschinisten und Heizer in den Brauereien ein Tarif. Derselbe ist von der Sektion II des Zentralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter mit den Brauerei-Besitzern ohne Hinzuziehung der Organisation der Heizer und Maschinisten aufgestellt worden. 2. Häufig die Schultzei-Brauerei seit ungefähr fünf Jahren ihren Handverletern bei neuemündiger Arbeitszeit einen Anfangslohn von 30 M., nach einjähriger Tätigkeit 32 und nach dreijähriger 34 M. Wochenlohn.

Achtung, Schmiede! In der Wagenfabrik von Röhre, Endeplatz 6, sind Differenzen ausgebrochen, weil die Vertrauensleute der Schmiede gemäßigter wurden. Es wird gebeten, den Zugang streng fernzuhalten. — Anfragen sind an die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schmiede, Stralauerstraße 48, zu richten.

Deutsches Reich.
Die Tapezierer Brandenburgs sind durch Vorlegung des Tarifs am 14. Februar in eine Lohnbewegung geschritten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Rusland.
Ein neuer Tarifvertrag für die Konfektionsarbeiterinnen und -arbeiter Kopenhagens ist nun zustande gekommen und am Freitag in einer Versammlung der Näherinnen, die von Tausenden besucht war, mit allen gegen 44 Stimmen angenommen worden. Die Gehälter der Konfektionsarbeiterinnen gaben dem Vertrage ebenfalls mit starker Majorität ihre Zustimmung. Die Erhöhung der Allordlöhne, die der neue Tarif bietet, beträgt im Durchschnitt 7—8 Proz., was im ganzen ungefähr 100 000 Kronen Mehrverdienst im Jahr für die Konfektionsarbeiterinnen ausmacht. So wünschenswert auch bei vielen Artikeln eine größere Erhöhung der Arbeitspreise erschien, war durch die Verhandlungen und auf friedlichem Wege nicht mehr zu erreichen, und ein allgemeiner Streik schien unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht empfehlenswert. Die Fabrikanten wollten ursprünglich nicht die geringste Erhöhung der in dem seit dem Jahre 1899 geltenden Tarif festgesetzten Preise zugestehen. Unter diesen Umständen erscheint das Erreichte als ein schöner Erfolg der Organisation der Kopenhagener Konfektionsarbeiterinnen. Der neue Tarif gilt bis zum 1. Februar 1910.

Der Streik der Zuschneider ist am Freitag ebenfalls zu einem gütlichen Abbruch gebracht worden. Der Anfangslohn, der bisher 24 Kronen betrug, ist durch das nun erzielte Uebereinkommen auf 26 Kronen erhöht worden. Zuschneider, die mindestens ein Jahr in einem Geschäft tätig waren, erhalten nun als Minimallohn 27 Kronen, statt bisher 25 Kronen. Da viele Kopenhagener Zuschneider sich bis jetzt mit 25 Kronen Wochenlohn begnügten, so ist also auch für diese Branche eine immerhin annehmbare Lohnaufbesserung erreicht worden.

Das Urteil im Prozeß von Schwil ist am Sonnabend gesprochen worden. Zwei Angeklagte wurden zu acht Monaten Gefängnis, drei zu vier, einer zu drei und zwei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Sieben der Verurteilten wurden gänzlich freigesprochen. Dem einen mäßigsten Streikbrecher wurden 801,50 Kronen Schadenersatz, dem anderen 55 Kronen und dem dritten 50 Kronen Entschädigung zuerkannt. Nach der wilden Hege, die feinerzeit jener Vorgänge wegen die arbeitersindliche Presse Schwedens vollführte, hätte man annehmen müssen, daß mindestens die Hauptbeteiligten einige Jahre Strafarbeit davontragen würden. Eine besondere Milde haben aber die Richter jedenfalls nicht walten lassen und deshalb sind sowohl die Verurteilungen wie die Freisprechungen ein Beweis dafür, daß jene Vorgänge übermäßig aufgebauscht worden sind.

Gerichts-Zeitung.

Ein Revolver aus dem Chambregarnistenleben beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I in einer gegen den Tischler Johannes Barckfeld, dessen Ehefrau und die Arbeiter Bruno Fahrenkrug und Joseph Wessolowski gerichteten Anklage wegen Hausfriedensbruchs bezw. Körperverletzung mit dem Erfolge des Sichts. Am 3. Januar zog der Redakteur Dr. Schilling als Chambregarnist zu Frau Barckfeld. Das Verhältnis zwischen Vermieterin und Mieter gestaltete sich von Anfang an zu einem höchst unergütlichen, und es kam vielfach zu Streit, wobei es außerordentlich lärmend und teilweise gewalttätig zugeht. Die Schuld daran schreiben sich die Parteien gegenseitig zu. Dr. Schilling beklagte sich über mangelhafte Bedienung, Unreinlichkeit und schlechte Behandlung, so daß er schließlich eine eigene Kustodierin annahm. Frau Barckfeld dagegen behauptet, daß ihr ein solcher Mieter, wie Dr. Schilling noch niemals vorgekommen sei. Sie sei unbeschreiblich schlecht von ihm behandelt worden, weil sie nicht wolle, daß sein „Verhältnis“, ein Feindlein W., so oft in seinem Zimmer weile. Sie habe sich auch wiederholt über nächtliche Ruhestörungen beschwerten müssen, der Dr. Schilling habe sie dafür nicht nur fortgesetzt mit Schimpfworten, wie „verbrecherisches Frauenzimmer“, „anarchistisches Weib“ usw. traktiert, sondern sie wiederholt ins Gesicht geschlagen und gewaltsam aus dem Zimmer hinausgeworfen, so daß sie blutend zu Boden gestürzt sei. Sie habe, da sie wußte, daß Sch. stets einen geladenen Revolver in seinem Zimmer hatte, vor ihm solche Furcht gehabt, daß sie wiederholt ihre Nachbarin bat, Zeugin zu sein, wenn sie das Zimmer des Mieters betreten müßte. Die Nachbarin bestätigte ihr dies im gerichtlichen Termin. Auch zu dem Polizeileutnant v. Puttkamer ist Frau Barckfeld einmal gelassen und hat sich darüber beschwert, daß Schilling sie gewürgt und mit dem Revolver bedroht habe. Auch Herr Schilling ist einmal beschwerdeführend bei dem Revolvervortrag gewesen, hat sich hier aber so aufgeregt gezeigt, daß der Polizeileutnant ihm sagte: „Wenn Sie sich in Ihrer Wohnung nur halb so aufgeregt zeigen, wie hier, so wunder's mich nicht, daß es zu Zwistigkeiten kommt.“ Eine Zeugin hat einmal gehört, wie Dr. Schilling die Frau Barckfeld mit „Verbrecherin“ und „Lumpenpad“ titulierte. Die frühere Wirtin des Dr. Sch. schildert diesen als sehr groben und egozentrischen Mann, der sie einmal bei einer unbedeutenden Differenz gewürgt und zur Tür hinausgeworfen habe. Der so charakterisierte Mann konnte sich dagegen nicht wehren, denn er konnte wegen andauernder Krankheit dem gestrigen Termin nicht beizuhören. Für ihn bekundeten die Aufwärterin und die Zeugin W. zwei Vorfälle, in denen sich Frau Barckfeld des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben soll. Fräulein W. bezeugte auch zugunsten der Angeklagten den am schwersten liegenden Vorfall, der sich am 20. Januar ereignete. An diesem Tage hatte sich Frau Barckfeld mit ihrem Ehemann verabredet, den Mieter gewaltsam aus der Wohnung zu entfernen. Frau Barckfeld wachte sich zunächst an zwei vor der Tür stehende Sandstuhlleute mit der Frage: „Können Sie mir behilflich sein, einen Chambregarnisten hinauszuweisen?“ Die beiden Männer waren gegen Entgelt von je 1 M. zu diesem Liebedienst bereit und bildeten mit dem Ehepaar die Angriffskolonnen, die in der Nähe Aufstellung nahmen. Man pochte an die stets verschlossene gehaltene Tür des Dr. Sch., rief ihm zu, daß „ein eingeschriebener Brief“ für ihn angekommen sei und verlockte ihn dazu, die Tür zu öffnen. Kaum war dies geschehen, als nach der Bekundung der Zeugin W., der Angell. W. sofort in das Zimmer drang, ihn am Halse würgte und unter Affens der beiden Mitverurteilten aus dem Zimmer herausjagte. Draußen sollen die Männer ihn andauernd verprügelt und dann die Treppe hinuntergeworfen haben. Nach diesem Intermezzo erhielten die beiden Helfershelfer ihren Lohn mit je 1 M., Herr Schilling aber ging zur Polizei und erstattete dort Anzeige. Die beiden Helfershelfer sollen nach der Ansicht des Fräulein W. die beiden letzten Angeklagten gewesen sein, wenigstens glaubt sie die Zeugin wiederzuerkennen. Von den Mitangeklagten und mehreren Augenzeugen der gewaltsamen Exzession wurde diese Annahme aber als entschieden irrig bezeichnet. Die Angeklagten gaben von dem Menzkonte eine ganz andere Darstellung wie die Zeugin W. und bestritten entschieden, den Schilling geschlagen oder die Treppe hinabgeworfen zu haben. Schilling schreibt eine schwere Erkrankung, an der er noch leidet, dieser Affäre zu. Unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage wurde Barckfeld zu 10 M., die Ehefrau zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten wurden als völlig schuldlos freigesprochen.

Versammlungen.

Kärntner Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im alten Schützenhaus eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nachdem die Aufnahme von 26 neuen Mitgliedern bestätigt war, widmete der Vorsitzende Juch den früheren Abgeordneten Genossen Frische, der jüngst in Philadelphia im Alter von 80 Jahren verstorben ist, wie auch dem verstorbenen Wahlvereinsmitglied Gustav Liepmann warm empfundene Worte des Nachrufs, worauf sich die Versammlung zu deren Ehrung von den Sigen erhob. Hierauf gab Juch den Vorstandsbericht für das letzte Halbjahr. Danach hatte der Verein am Jahresabschluss 1507 Mitglieder. Die Zahl wäre noch bedeutend höher, wenn nicht wieder ein Teil der Ausgenommenen wegen restierender Beiträge hätte gestrichen werden müssen. Alles in allem pulsierete das innere Leben der politischen Organisation ganz erfreulich, und die Agitation sei besonders durch die Vorgänge im Ruhrgebiet und in Rußland gekräftigt worden. Für die streikenden Vergleute wurden bisher durch den Verein circa 2000 M. aufgebracht. Es soll auch wieder versucht werden, dem Wahlverein auf Grund der für den 30. Kommunal-Wahlbezirk aufgestellten Wählerliste neue Mitglieder zuzuführen. — Den Kassenbericht für das 3. und 4. Quartal 1904 verlas an Stelle des erkrankten Genossen Leopold Liepmann der Genosse Kirste. An Einnahmen infl. Bestand wurden erzielt 7314,59 M., darunter auf den Parteitagelisten 955,60 M. und durch Vonsverkauf 1077,60 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 5822,07 M., darunter 434,20 M. für den Wahlkreis Preusslau-Angermünde. Eine Statistik über die Zunahme der Beitragseinstellungen und des Erlöses aus Vons ergibt folgendes Bild: An Beiträgen wurden geleistet im Jahre 1896 1161 M., 1897 3348 M., 1898 4438 M., 1899 4243 M., 1900 5580 M., 1901 5450 M., 1902 6790 M., 1903 9557 M., und 1904 10 991 M. Die Einnahmen aus Vons ergaben im Jahre 1901 925,50 M., 1902 1334,70 M., 1903 1279,20 M. und 1904 1919,30 M.

Ueber die Tätigkeit der Proletariatkommission berichtete Friedländer. Als recht erfolgreich bezeichnete er die Steigerung der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ auf circa 90 000. Trotzdem sei an eine Verbilligung des „Vorwärts“ vorläufig noch nicht zu denken, weil die Herstellungskosten des Blattes erheblich gestiegen sind. Den berechtigten Wünschen der Vororte soll jetzt in soweit Rechnung getragen werden, als vom 1. April ab im „Vorwärts“ ein gesonderter Vorortteil eingerichtet wird. Was die Beschwerden anbelangt, so hätten dieselben meistens ihre gütliche Erledigung gefunden. In Sachen der „Völpz. Volkszeitung“ aber, die eine Reihe unqualifizierter

barer Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ und damit auch gegen Parteivorstand und Proletariatkommission erhoben hatte, habe sich die Proletariatkommission umso energischer auf die Seite des „Vorwärts“ stellen müssen, als der Genosse Rehring, seiner Gewohnheit entsprechend, auch hier die sachliche Auseinandersetzung in äußerst gebärgiger Weise auf das persönliche Gebiet gespielt habe. Rehring ersuchte zum Schluß, die verleumdenden Äußerungen der bürgerlichen Presse und sonstigen Intellektuellen über angebliche Mißstände, unter denen das Druckpersonal des „Vorwärts“ zu leiden haben, mit gebührender Vorsicht aufzunehmen, da jene Presse eben ein gewisses Interesse an der Verbreitung solcher unwahren Nachrichten hat. — Die Diskussion war äußerst lebhaft. Hirschfeld und Scholz wünschten eine Verbilligung des „Vorwärts“, damit der Abonnentenstand wachse, was wieder vermehrte Auffklärung der Massen zur Folge haben würde. Jetzt triebe die Partei mit dem „Vorwärts“ denselben Fatalismus, wie der Staat mit den Eisenbahnen und das Reich mit der Post. Es sei nicht nötig, daß der „Vorwärts“ immer so große Ueberhöffe abwerfe, das täte die größeren Provinzialblätter auch nicht; dafür machten sie dann aber ihre abfälligen Bemerkungen über den verhältnismäßig geringen Abonnentenstand des „Vorwärts“. Regge bemängelte besonders die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“, die nicht entschieden genug sei; auch vermisse er die erforderliche Schärfe in der Kritik politischer Mißstände. Es sprachen noch Anbisch und Heryer; letzterer bemängelte den teilweise schlechten Druck des „Vorwärts“. Wels polemisierte gegen Regge und hielt unter Hinweis auf die gegenwärtig nur geringen Ueberhöffe eine Verbilligung des „Vorwärts“ noch nicht für möglich. Man möge den „Vorwärts“ doch nicht mit dem „Schwarzen“, „Volks-Anzeiger“ oder der „Mosseschen“, „Volks-Zeitung“ mit ihren Streikbrecherinformaten vergleichen.

Nachdem noch Kaufs über die Lokalkommission und Davidsohn über die Agitationskommission für Brandenburg berichtet hatten, erfolgten die Vorstandswahlen mit nachfolgendem Ergebnis: Erster Vorsitzender Juch, zweiter Vorsitzender Hanisch, erster Schriftführer Liepmann, zweiter Schriftführer Kirste, erster Schriftführer Weise, zweiter Schriftführer Fahr, Proletariatkommission Wels und Friedländer, Lokalkommission Kaufs und Stange, Agitationskommission Davidsohn, Revoren Ambroskiewicz, Bier und Dr. Stäh. Als Abteilungsleiter wurden bestätigt: Erste Abteilung Wasser, zweite Abteilung Christ, dritte Abteilung Schrage, fünfte Abteilung Kschorrel und siebente Abteilung Weise. Die Bestätigungen für die vierte und sechste Abteilung wurden vertagt.

Stehen die Militärschneider unter der Gewerbe- oder der Gewerbeordnung? Zu dieser Frage kommt man, wenn man ein kürzlich gefälltes Urteil der sechsten Zivilkammer des Landgerichts I zu Berlin betrachtet. Die Militärschneider mußten sich bei Beendigung ihres vorjährigen Streiks von ihren Arbeitgebern eine Bestimmung aufzwingen lassen, laut der ihnen ein prozentualer Zuschlag zu ihrem Lohn gezahlt werden sollte, wenn sie ein halbes Jahr lang bei ein- und demselben Arbeitgeber tätig wären und das Arbeitsverhältnis mit dessen Zustimmung gelöst würde. Diese Vertragsklausel gab nun zu vielen Klagen Anlaß, die meistens vor dem Innungs-Schiedsgericht ausgedacht wurden. Es blieb hierbei jedoch stets die Frage offen, ob die bewußten Prozente als ein rechtmäßig zu fordernder Lohnanteil oder als Geschenk des Arbeitgebers anzusehen seien. In einem dieser Streitfälle, den der Militärschneider F. mit der Firma Nobrecht hatte, wurde diese Frage nun vor den ordentlichen Gerichten zu einer prinzipiellen Entscheidung gebracht. Der Schneider F. war nämlich feinerzeit von dem Werkführer der Firma bereits 1½ Tage ohne Beschäftigung gelassen worden. Infolgedessen nahm er an, daß er auf diese Art aus der Arbeit getraut werden sollte. Er sagte deshalb zu dem Werkführer: Wenn dieser anscheinend keine Arbeit mehr für ihn habe, dann sei es wohl besser, daß er gehe. Der Werkführer erwiderte darauf: Er habe nichts dagegen, wenn F. Heirathend mache. Später wies der Werkführer dann allerdings darauf hin, daß F. ja noch einen Rock, der in der Anprobe hing, erst fertig zu machen habe. Als F., der nun tatsächlich gezwungen war, außer seinem verdienten Lohn auch die auf die Arbeitsperiode entfallenden Prozente beanspruchte, wies ihn die Firma ab. Ebenso das Innungs-Schiedsgericht und das Amtsgericht. Als letzte Instanz entschied dann das Landgericht, indem es den Anspruch des Schneiders gleichfalls abwies. In dem Urteil wird ausgeführt, daß der Werkführer sein ursprüngliches Einverständnis mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder zurückgezogen habe, mithin der „Dienstvertrag“ von dem Schneider selbständig gelöst worden sei. Da nun der Tarif ausdrücklich das Einverständnis des Arbeitgebers resp. Stellvertreters vorschreibe, so habe F. schon aus diesem Grunde keinen Anspruch auf die Prozente. Der Einwand, die Arbeitgeber hätten, indem sie den Schneidern damals diesen Vertragspassus unter Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Uebermacht aufzwingen, gegen die guten Sitten verstoßen, sei ebenfalls hinfällig, denn wenn große Interessentkreise zur Verleugung eines wirtschaftlichen Kampfes etwas vereinbarten, so könne man dies nicht als unethisch bezeichnen. Ferner hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß der Prozentzuschlag kein Lohnanteil, sondern ein Geschenk des Arbeitgebers sei, das nur der Arbeiter erhalte, der gewisse vertraglich stipulierte Bedingungen erfülle. Es sei dasselbe Verhältnis, wie wenn eine Dienstherrschaft einem Dienstmädchen bei guter Führung eine Extrabelohnung verspreche; auf diese habe es auch keinen rechtlichen Anspruch, weil jene Zuwendung kein Bestandteil des Lohnes sei. Hier aber sei ausdrücklich vereinbart worden, daß der Prozentzuschlag lediglich an die Arbeiter gezahlt werden soll, die mit Genehmigung ihres Herrn das Vertragsverhältnis lösen. Die Arbeitgeber hätten die schädlichen Folgen des letzten wirtschaftlichen Kampfes vor Augen gehabt und hätten diese für die Zukunft verhüten wollen, deshalb sehe man auf das Ausfahren im Vertragsverhältnis eine „Prämie“ in der Form des prozentualen Zuschlusses. — Die Ausführungen über die gegenseitigen Vereinbarungen des Tarifs und dem Festsehen einer Prämie auf das Ausfahren im Vertragsverhältnis zeigen zur Genüge, daß die Herren des Gerichts sich in das ganze Arbeitsverhältnis dieser Branche nicht hineinzusetzen vermochten, und so ein Urteil gefällt haben, welches die Militärschneider anspornen wird, den Prozent-Passus so schnell wie möglich wieder aus dem Tarif zu beseitigen.

Mit dem Urteil selbst beschäftigte sich am Sonnabend in den „Arminhallen“ eine gut besuchte Versammlung der Militärschneider. Nach einem kritischen Referat des Verbandsbevollmächtigten Ritterer wurde in dieser Sache einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten haben von dem Urteil des Landgerichts I in der Prozentfrage wider die Firma Nobrecht Kenntnis genommen. Sie weisen den im Urteil angezogenen Vergleich mit dem Dienstmädchen zurück, da sie nicht, wie es bei jenen heute leider noch der Fall ist, der Gewerbeordnung, sondern als freie gewerbliche Arbeiter der Gewerbeordnung unterliegen. Sie erklären, daß nicht, wie im Urteil ausgesprochen, bei der Lohnbewegung im Jahre 1903 ein Vertrag zustande gekommen, sondern daß durch die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer ihnen das Prozentwesen aufzuerzogen worden ist. Deshalb erblicken sie trotz dieses Urteils in dem Prozentwesen nach wie vor eine erhebliche Einengung ihrer Bewegungsfreiheit, da es nach den Bestimmungen über das Prozentwesen jeberzeit in der Willkür des Unternehmers liegt, das auf Treu und Glauben gegebene Versprechen durch keine gegen den Arbeiter gerichtete Chikane auszuführen zu können.

Ferner wurde noch erwähnt, daß die Firma Nobrecht, die sich bereits ein Einschreiten der Gewerbeaufsichtsbehörde wegen der schlichten Einrichtung ihrer eigenen Werkstatt hat gefallen lassen müssen, jetzt wieder die Verantwortung für die Werkstatt auf andere Schultern abzumähen sucht, indem sie deren Reueinrichtung unter Verletzung der alten Uebelstände einem Zwischenschlichter übertragen hat. Es wurde beschlossen, die auf solche Art zu recht gemachte Werkstatt solange zu sperren, bis die Firma Nobrecht die Werkstatt wieder in eigene Regie und Verantwortung übernimmt.

90 Pfennig

Sonder-Verkauf

90 Pfennig

A. JANDORF & Co. BELLE ALLIANCE-STRASSE 1/2 Am Bücherplatz GROSSE FRANKFURTER-STR. 113 Ecke Andreas-Strasse BRUNNEN-STRASSE 19/21 Ecke Veteranen-Strasse

Nur noch bis Sonnabend

dauert der grosse Sonder-Verkauf von

90 Pfennig-Artikeln

Die Ausstellungen sind durch bedeutende Neu-Anschaffungen vorteilhafter Gebrauchs-Gegenstände und Geschenk-Artikel auf das reichhaltigste vervollständigt. Die Ausgabe der Rabatt-Marken bleibt trotz der billigen Preise bestehen.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste festgedruckt Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Linden-Strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalverkauf veralteter Wand-... Spottbilligster freihändiger Käufungsverkauf... Ringelstischen, Bobbin, Schnell-... Tischbetten, Erdstül, reich-... Teppiche, Kleiderständer, Bett-... Herrenanzüge, Hosen spottbillig... Betten, Teppiche, Gardinen, Stepp-... Zentralleihannd für Damen... Gardinenverkauf wegen Ab-... Steppdecken, Kucherverkauf wegen...

Ringelstischen, Bobbin, Schnell-... Tischbetten, Erdstül, reich-... Teppiche! (schlechte) in allen... Kleiderbetten, Stand 20 Mark... Möbelverkauf in meiner Möbel-... Möbelwerkstatt... Wohnungs-... Tischdecken, Kleiderständer, Bett-... Zentralleihannd für Damen... Gardinenverkauf wegen Ab-... Steppdecken, Kucherverkauf wegen...

Teppiche mit Karbenletern... Zigarrengeschäft... Kuchbaum - Kleiderständer... Brennholz... Zigaretten... Zigarren... Wer beabsichtigt, ein Zigarren-... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Mietsgesuche... Verschiedenes...

Wandleithe... Zigarren... Zigaretten... Zigarren... Wer beabsichtigt, ein Zigarren-... Wohnungen... Zimmer... Schlafstellen... Mietsgesuche... Verschiedenes...

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche... Stellenangebote... Im Arbeitsmarkt durch... Junger Mann... Rahmenmacher...

Musikinstrumenten-Arbeiter... Tischler u. Polierer!... Stockarbeiter!... Zentralverb. d. Glaser... Achtung! Bodenleger!... Achtung! Kistenmacher und Holzarbeiter!... Achtung, Rohrer!

Für die ausständigen Bergarbeiter

gängen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein
Liste 5569, durch Baum, Brangelstraße 8. — Liste 4249 19,25. Tischlerei...

straße 12,30. Liste 7900 5,05. Liste 2471, d. Fische 4. — Liste 5491, desgl.
Liste 2,10. Arbeiter v. Verden, 4. Rate 11,50. Liste 8827, Tischler d. Bau...

weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der
Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm 9-1 und...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Ueber die Frage: „Ist das Wahlrecht in Gefahr“
hält in der heute abend 8 1/2 Uhr in Salomons Volksgarten, Berliner...

Strosen. Sonntag, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, ist in der
Urania, Taubenstr. 48, eine Vorstellung „Das Neeleben in West-

Lokales.

Zur Krankenhausnot in Berlin.

Der dringliche Antrag der sozialdemokratischen
Stadtverordneten, durch den der Magistrat auf den in...

Inzwischen hat der Magistrat die ihm geordnete Aufschub-
frist dazu benutzt, der Versammlung eine Uebersicht vorzulegen, aus...

Im „Berliner Tageblatt“ und in der „Volks-Zeitung“ las man
am Sonntag den folgenden Auszug aus der Vorlage: „Aus dieser...

Was die erwähnte Zeitungsnote über den neuen Pavillon
sagt, bedarf gleichfalls eines kleinen Zusatzes. „Gleichzeitig“ soll...

demokraten bekannt geworden war. Die 65 Betten wurden für
innerlich kranke Männer bestimmt. Ohne diese 65 wären am...

Wie zahlreich die Abweisungen ausnahmsbedürftiger
Kinder in den letzten Wochen gewesen sind, wird man am Donnerstag...

Zusammenfassung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am Donnerstag, den 16. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr. Das...

Die vom Magistrat beschlossene Gehaltsaufbesserung
soll nicht nur den Beamten mittleren Ranges zu teil werden, sondern...

Berlin nebst den anderen Großstädten als Sündenpfuhl
und Verbrecherhot zu beschreiben, ist ein bekannter Trick derer, die...

Es ist erreicht. Der Magistrat hat gestern den Etat für das
Geschäftsjahr 1905/6 fertiggestellt, und zwar mit dem Ergebnis, daß...

Der Etat des Hochbaus erfordert bei einer Einnahme
von 4.300.000 M. und in Ausgabe auf 4.900.000 M. festgelegt. Allein...

von 9 300 000 M. und einer Ausgabe von 16 200 000 M. einen Aufschub von 6 000 000 M. für Gemeindefulbauarbeiten sind 4 280 000 M. für höhere Schulen 1 200 000 M. und für sonstige städtische Gebäude 10 100 000 M. vorgesehen.

Ein schlechter Kerl. Die „Germania“ schreibt in einem Raufzug über Otto Erich Hartleben: „Hatte er zwar seinen Haupterfolg mit der Offizierstragödie „Moskumontag“, so ist der Schwerpunkt seines Schaffens doch in den kleinen Sachen und Sätzchen zu finden, in denen er gesellschaftlich-sittliche Zustände mit scharfem Blick konterfeierte und mit der Schale ähnelnden Spottes überzog. Leider war er hierbei so wenig skrupulös, daß seine Eindeutigkeiten oft geradezu ärgernis-erregend auf jeden einigermaßen delikaten denkenden Menschen wirken mußten. Es fehlte ihm im Grunde doch an jedem sittlichen Dasein. Er gehörte zu den zügellosen Naturen, die das Recht des „Sich-auslebendens“ auf ihre Fahne geschrieben haben. So ist er denn auch an seinen eigenen Ausdrucksweisen zu Grunde gegangen.“

Es ist pietätvoll von der „Germania“, daß sie dem Dichter auf der Totenbahn noch einiges Amüsement bereitet.

Mangel an Zehnmarkstücken. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin haben einen in der letzten Zeit auch von anderen Handelsvertretungen dringend geäußerten Wunsch wiederholt an maßgebender Stelle vorgebracht, der dahin geht, Zehnmarkstücke in größeren Mengen als bisher ausprägen zu lassen. Das Bedürfnis des Verkehrs verlangt immer dringender eine solche. Diese Münzsorte sowie die Ein- und Zweimarkstücke werden vom Publikum, wie Zahlen beweisen, bevorzugt.

Der Mangel an Zehnmarkstücken — und nicht nur an diesen — wird in der Arbeiterschaft noch viel ärger empfunden als im Kaufmannstande.

Der Fleischschmuggel blüht. Obgleich die Kontrolle der 20 000 Fleischverkaufsstellen in Berlin jetzt, wo die Nachuntersuchung ausgehoben worden ist, fast unmöglich geworden ist, vergeht keine Woche, wo die beiden städtischen Kontrolleure nicht Fleischmengen antreffen, die weder mit dem Stempel eines der Fleischbeschau außerhalb Berlin ausübenden Tierarztes, noch mit dem der hiesigen Fleischschau versehen sind. Im Januar d. J. wurden ein Hinderdrittel, eine Kalbsleule und ein halbes Schwein ohne Stempel vorgefunden und dann von der Polizei beschlagnahmt. Unwillkürlich muß man hierbei die Frage aufwerfen, was aus den zugehörigen Stücken geworden ist? Sind sie schon verbraucht oder ist es den betreffenden Personen gelungen, die anderen Teile den Augen der Beamten zu entziehen? — Von den zur Untersuchung vorgelegten Tieren nutzten im Januar d. J., trotzdem diese Untersuchungen um zwei Drittel abgenommen haben, 419 ganze Rinder, 54 ganze Jungkinder, 101 ganze Kälber, 12 ganze Schafe und 615 ganze Schweine Beschlagnahme und der Polizei überwiesen werden. Teilweise beschlagnahmt wurden dann noch: 5041 Rinder, 273 Jungkinder, 140 Kälber, 2014 Schafe und 9845 Schweine. Ferner einzelne Organe von 6501 Rindern, 387 Jungkinder, 218 Kälbern, 3495 Schafen und 12 008 Schweinen; darunter 16 855 Lungen, 8402 Lebern und 1249 Milogrammen Fleisch. Von dem von auswärts eingeführten, frisch geschlachteten Fleisch wurden 12 Rinderquartiere, 2 Rinderköpfe, 1 Schaf, 3 Schweine, 2 Wildschweine, 12 Wildschweinsköpfe und 1 Keule usw. für untauglich befunden und der Polizei überwiesen.

Durch Unfall sind im Jahre 1904 in Berlin 507 Personen ums Leben gekommen, 355 männliche und 152 weibliche. Unter der Gesamtzahl waren 125 Kinder bis zu 15 Jahren, 71 Knaben und 54 Mädchen; 271 Personen, 229 männliche und 42 weibliche, standen in dem erwerbstätigen Lebensalter von über 15 bis zu 60 Jahren; 111 Personen, 55 männliche und 56 weibliche, waren über das 60. Lebensjahr hinaus. Daß das männliche Geschlecht gerade im erwerbstätigen Lebensalter sehr viel stärker als das weibliche an den Unfällen beteiligt ist, das ist ohne weiteres verständlich; hier handelt es sich vorwiegend um Verunglückungen bei der Arbeit. Aus der ersten Altersgruppe, den bis 15 Jahre alten Kindern, sind besonders zu nennen 28 durch Unfall getötete Kinder, die noch nicht das erste Lebensjahr vollendet hatten. Von den tödlich verlaufenen Unfällen der zweiten Gruppe, des erwerbstätigen Lebensalters, entfielen 15 auf das 16. bis 20. Lebensjahr, 71 auf das 21. bis 30. Lebensjahr, 59 auf das 31. bis 40. Lebensjahr, 63 auf das 41. bis 50. Lebensjahr, 63 auf das 51. bis 60. Lebensjahr. In der dritten Gruppe war namentlich die höchste Stufe des Greisenalters mit einer sehr großen Zahl von Unfällen vertreten; 47 durch Unfall ums Leben gekommene Personen waren über 80 Jahre alt.

Stipendien von je 300 M. sollen aus der Heimann Vrehter-Stiftung zum 1. Mai d. J. an deutsche Studierende der Medizin an hiesiger Universität, teils christlicher, teils jüdischer Religion, auf 1 Jahr verliehen werden. Bewerber haben ihre Gesuche unter Vorlegung des Zeugnisses der Reise, sowie eines Zeugnisses über ihre sittliche Führung, ihre Befähigung für das medizinische Studium und ihre Bedürftigkeit, ferner des Nachweises, daß sie der medizinischen Fakultät hiesiger Universität mindestens ein Semester angehören, auf dem Rathaus im 2. Stockwerk, Zimmer 60, bis zum 10. März d. J. abzugeben.

Das Berliner Feuerlöschwesen wird auch in diesem Jahre wieder eine erhebliche Umänderung erfahren. Die noch bei den sogenannten ersten Hügen im Dienst befindlichen 50 Handdruckspritzen sollen sämtlich ausrangiert und den Berliner Kieselgütern überwiesen werden. Dafür werden neue Dampfspritzen, die schon hier eingetroffen sind, eingeführt. Die Berliner Feuerwehre verfügt dann über 19 Dampfspritzen im Dienst und eine Reserve-Dampfspritze, wozu dann später noch einige hinzukommen. Die alten Wasserwagen sollen sämtlich in Gasdruckspritzen umgewandelt werden. Alle Hüge erhalten ferner Zender und jede Kompanie und Jugendwache eine große mechanische Leiter. Die Feuerwehre wird also in diesem Jahre noch mit 19 Dampf- und ebensoviel Gasdruckspritzen sowie 14 mechanischen Leitern ausgerüstet können und im nächsten Jahre, nach Formierung des vierten Zuges in der Dübenerstraße, mit 20 Dampfspritzen, ebensoviel Leitern und Gasdruckspritzen sowie 15 Leitern. Diese sollen in absehbarer Zeit mit Kraftbetrieb versehen werden. Die Ausrüstung wird um 40 Rettungsapparate, 14 Feuerzänder usw. vermehrt werden. Der Dienst hat die Vermehrung des Mannschaftsbestandes um 4 Obermaschinisten, 5 Oberfeuermänner und 30 Feuermänner notwendig gemacht.

Aus dem Reiche des Herrn Bubbe. Von einer Rangiermaschine überfahren und getötet wurde gestern auf dem Rangierbahnhofe Lichtenberg-Friedrichsfelde der dortige Stationsvorsteher Großmann. Der Beamte überschritt die Gleise und ging um einen haltenden Güterzug herum, ohne zu bemerken, daß die Rangiermaschine auf dem Nebengleise herangefahren kam. Er wurde von der Lokomotive niedergedrückt und ihm der Brustkasten eingeprallt. Der Verstorbenen, der in Lichtenberg wohnte, hinterläßt Frau und zwei un-erzogene Kinder.

Der Tod der Gattin eines bekannten hiesigen Arztes erregt durch die Umstände, unter denen er erfolgt ist, in weiteren Kreisen große Teilnahme. Die Gattin des Direktors des Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus, Frau Prof. Maria Boginsky, geb. Krüger, erkrankte in vergangener Woche ganz plötzlich nach dem Genuß einer Portion Nindergunge. Die eigentümlichen Krankheitserscheinungen deuteten auf eine schwere Blutvergiftung durch Fleischgift, ein Zersetzungsgift, das sich nicht selten in Fleischspeisen bildet, ohne daß die bereits eingetretene Verderbnis durch Aussehen oder Geruch wahrnehmbar ist. Der ganze Krankheitsprozeß hat sich, wie das sehr häufig bei derartigen Vergiftungen der Fall ist, in denkbar kürzester Zeit abgepielt und in rapider Weise zum Tode der erst 46jährigen Dame geführt.

Unter Podenverdacht sind eine neunköpfige Familie und zwei Arbeiterinnen nach der Charité gebracht. Ein Sohn des in der Waldstr. 23 in Roabit im Edgeshof wohnenden Ranzianen August Tad erkrankte vor einiger Zeit, ein Arzt wurde aber erst gestern zugezogen. Er fand Anzeichen von Poden und benachrichtigte den Kreisarzt. Dieser ließ die ganze Familie nach den Quarantäne-

baraden der Charité bringen. Zwei Mütterinnen, die bei Frau Tad beschäftigt waren, suchten auf Veranlassung der Polizei die Baraden auf. Auch die Mutter, die die Ueberführung besorgte, blieben einwilligen dort. Es scheint sich um Windpocken zu handeln.

Das Polern. Wegen großer Spielverluste versuchte sich in der vergangenen Nacht der 30 Jahre alte Kaufmann Hermann Sp. aus Nüttenkeid mittels Zunderschnur auf dem Abort des Bahnhofs Börse zu erhängen, wurde aber von dem Wächter Suder, auf dem Fußboden liegend, noch lebend aufgefunden, da die Zunderschnur zertrümmert war. Er fand Aufnahme im Krankenhaus Bethanien.

Eine schreckliche Szene spielte sich Montag nachmittag in der Nüttenhofstraße ab. Dort wohnt in dem Hause Nr. 8 der Arbeiter Schulz mit seiner Familie. Das älteste der beiden Kinder, der 6 Jahre alte Sohn Erich, ging oft nach dem Kohlenkeller von Lamla, der der elterlichen Wohnung gegenüber in dem Hause Nr. 21 liegt, um mit den Kindern Lamla zu spielen. Nachmittags um 4 1/2 Uhr nun suchte Frau Schulz ihren Erich, nahm die 2 1/2 Jahre alte Tochter Gertrud an die Hand und ging mit ihr über den Damm nach dem Kohlenkeller. Als sie die Treppe hinabstieg, um bei Frau Lamla anzuklopfen, riß sich die Kleine von ihr los und ging auf den Damm zurück. Zum Unglück kam gerade ein Geschäftswagen einer Großschlächterei vom Waltenplatz her gefahren. Frau Schulz hastete noch nach ihrem Kinde, um es zurückzuführen; die Rettung wäre wohl auch noch gelungen, wenn das Kind nicht gefallen wäre. Im nächsten Augenblick lag die Kleine schon unter dem Fuhrwerk und ein Hinterrad zermalmt ihr die Stirn. Während die Mutter mit einem Aufschrei zusammenbrach, nahm Frau Lamla die Verunglückte auf den Arm und lief mit ihr nach der Rettungswache in der Frankfurter Allee. Hier trat aber schon nach fünf Minuten der Tod ein. Den Aufseher, der sofort anhielt und sich ebenfalls nach der Rettungswache begab, um sich nach dem Befinden des Mädchens zu erkundigen, trifft nach Befragung von Augenzeugen keine Schuld.

Feuerbericht. Dienstag vormittag gegen 9 Uhr wurde die Wehr nach dem Grün Weg 37 gerufen, weil hier in dem Laden einer chemischen Waschanstalt und Färberei Feuer ausgebrochen war, das einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Der 7. Löschzug war indes schnell zur Stelle, und es gelang ihr, innerhalb einer halben Stunde jede Gefahr zu beseitigen. — In der Landdörferstr. 21 gingen dann Decken und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Hochstr. 29 allerlei Verpackungsmaterial und alter Hausrat in einem Keller brannte. In diesen beiden Fällen konnte die Ablösung ebenfalls leicht erfolgen. — Längere Zeit gab es aber abends in der Jordanorferstr. 34 zu tun. Hier hatten in einer Parterrewohnung des Quergebäudes Betten, Wäschestücke und Möbel Feuer gefangen. — Allelei Malerutensilien waren dann in der Lübbenerstr. 21 in einem Keller in Brand geraten, der jedoch vom 5. Löschzuge in kurzer Zeit erlosch werden konnte. — Gardinen wurden vorher in der Dresdenstr. 23 ein Raub der Flammen. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Der Arbeiter-Schwimmerbund, gegründet 1897, hielt Sonntag im Gewerkschaftshaus einen außerordentlichen Bundes-Schwimmtag ab. Zunächst wurde einstimmig beschlossen, daß aus jedem Orte nur ein Verein dem Bunde angehören dürfe. Da in Berlin bereits der große Schwimmklub „Vorwärts“ (Groß-Berlin) existiert, welcher dem Bunde angehört, so haben etwaige Vereine aus Berlin, die dem Bunde beitreten wollen, sich diesem Vereine als Abteilungen anzuschließen. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Vorsitzender Emil Gerstmann, Schriftführer N. Danziger, Kassierer G. Müschert, Beisitzer Stein und Werth. An Stelle der Schwimmwarte wurde ein technischer Ausschuss, bestehend aus den Schwimmbrüdern E. Bratke, E. Werner und F. Volze gewählt. Neuzugeworben sind die Schwimmbrüder Steller und Köpcke aus Köpenick. Zum Redakteur für das „Mitteilungs-Blatt“ wurde Schwimmbruder G. Reymel gewählt. Es wurde auch zur Sprache gebracht, daß bei den aus dem Bunde ausgetretenen Vereinen, welche sich mit der Absicht tragen, einen neuen Schwimmerbund zu gründen, bereits Zwietracht herrsche, was vorauszusetzen war. Für die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte kam also lediglich nur der Arbeiter-Schwimmerbund, gegründet 1897, in Betracht kommen. Ferner wurde beschlossen, die Bundes-Statuten einer gründlichen Revision zu unterziehen; insbesondere wurde dabei betont, darin den Passus aufzunehmen, daß die Funktionäre politisch und gewerkschaftlich auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend organisiert sein müßten. Ebenso müßten alle anderen Mitglieder entweder politisch oder gewerkschaftlich organisiert sein.

Der Deutsche Verein für Kinderasyle veröffentlicht einen Aufruf, um den Kreis seiner Freunde und Mitarbeiter zu erweitern. Vor drei Jahren hat er in Schöneberg sein erstes Asyl eröffnet, in welchem hilflose Kinder, besonders Kinder im zartesten Alter, eine erste Zufluchtsstätte finden. Mehr als 200 Kinder, eheliche wie uneheliche, sind hier aufgenommen. Es sollen in Berlin und in den Nachbarstädten weitere Säuglingsasyle errichtet werden, hierzu die Mittel zu beschaffen ist der Zweck des Aufrufes. Beiträge sind zu senden an den Schatzmeister des Vereins, Fabrikbesitzer Sigismund Blau, W. 50, Neue Ansbacherstr. 7.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird ein Vortrag über den Simplon und sein Gebiet vorbereitet, der bei erfolgtem Durchsich zum erstenmal gehalten werden soll, und zwar wird der erste Teil die Arbeiten beim Tunneldurchbruch und der zweite Teil einen Bahübergang über den Simplon von Brig bis zum Lago Maggiore behandeln.

Ein Schinken-Wettbewerb wird morgen hier veranstaltet. Ueber 100 Preisrichter, Landwirte, Fleischermeister, Wurstfabrikanten und Köche, treten zur Entscheidung des Deutschen Schinken-Wettbewerbs Berlin 1905. Donnerstag, den 16. Februar, im Hotel Kaiserhof zusammen. Die große Zahl von Preisrichtern ist erforderlich geworden durch die über Erwartung große Zahl von 1400 Schinken, die zum Wettbewerb angemeldet worden sind. Wie die Schinken aus allen Teilen des Deutschen Reiches angemeldet sind, so gehören auch die Preisrichter den verschiedenen Landesteilen an.

„Die moderne Bildhauerkunst“ ist das Thema eines von Lichtbildern begleiteten Vortrages, den Dr. Max Osborn am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Theaterkaale der Wnig. Volksschule für Musik (Jansenstr. 1) für die Mitglieder der Neuen freien Volkshöhle hält. Eine beschränkte Anzahl von Gastkarten (a 50 Pf.) sind in der Amelangschen Buchhandlung, Potsdamerstr. 126, zu haben.

Paul Rüdner im Apollo-Theater. Der bekannte Reinfahrer Paul Rüdner wird heute, Mittwoch, um den 2000 Mark-Preis starten. Außer dieser interessanten Reumeldung werden Trend, Schilling, Hansen, Zeylaff, John Stol in Konkurrenz treten.

Theater. Im Schiller-Theater werden gegenwärtig, nachdem das Repertoire lange von Dichtungen ernster Richtung beherrscht war, zwei wohlbeliebte heitere Stücke vorbereitet: „Die Herren Söhne“ von Oskar Walther und Leo Stein und „Der Leibalte“ von Lohar Schmidt. In dem Schwanke „Die Herren Söhne“ spielt Alfred Schmalow, im „Leibalten“ Max Kirchner die Hauptrolle. Für diese Woche ist nach dem starken Erfolg des Schauspiels „Im Hasen“ von Georg Engel dieses Stück für vier Abende angesetzt. Mittwoch abend geht im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädter Theater) das Lustspiel „Das große Hemd“ Donnerstag im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) der Schwanke „Pension Schöller“ in Szene. Am Sonnabend, den 18. Februar, findet der Ball des Schiller-Theaters im Neuen Igl. Opern-Theater (Kroll) statt, der sich in diesem Jahre, nach dem Fortverkauf zu schließen, des gleichen regen Zuspruchs zu erfreuen haben wird, wie in den vergangenen Jahren. Auch in diesem Jahre wird der Verkauf der Eintrittskarten über eine gewisse Zahl nicht hinausgehen dürfen, worauf die Freunde des Schiller-Theaters aufmerksam gemacht werden. — Am Deutschen Theater kommt am Sonnabend, den 18. d. M.

zum erstenmal „Schuffelien“ von Georg Meide zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Adolf Klein (Heinrich Heßen, Landgerichtsrat), Marietta Dllh (seine Frau), Margarete Otto-Körner (seine Mutter), Julius Strobl (Paul), Max Marx (Christinens Vater), Alfred Abel (Max). — Herr Hofopernsänger Albin Gantner wird am 17. Februar im zweiten Abonnementkonzert der Sing-Akademie das Bariton solo singen.

Die am Sonntag in Volkshausmieders-Besfällen, Waldstr. 16, von den Gesangsvereinen „Nordwest“, „Weddinger Harmonie“, Gesangsverein der Schneider und Gesangsverein der Zimmerer Berlins, unter dem Dirigenten V. Nobel veranstaltete Matinee zum Festen der Bergarbeiter vereinigte eine große Zuhörerzahl, die allen Darbietungen ein volles Interesse entgegenbrachte. Sowohl die Konzertstücke des Blumenschen Streichorchesters, sowie die mit großer Präzision zum Vortrag gebrachten Lieder der vereinigten Männerchöre riefen lebhaften Beifall hervor, der sich bei den Solovorträgen der Konzertsängerin Frau Gertha Seipelt und des Violinvirtuosen Herrn Alexander Altmann noch steigerte. Beiden Künstlern, wie auch Herrn Kapellmeister Hempel, der die Begleitung am Klavier übernommen hatte, gebührt für ihre uneigennütige Mitwirkung voller Dank.

Aus den Nachbarorten.

Köpenick.

Köpenick. Der letzte Stadtverordneten-Versammlung lag der Etat für 1905/06 zur Beschlußfassung vor. Bei den Beratungen wurden die einzelnen Etatspositionen wie folgt festgelegt: Der Schulaetat erfordert eine Ausgabe von 285 025 M., der Armenetat 41 733 M., die allgemeine Verwaltung 123 424 M., davon 85 000 M. für Besoldung. Die persönlichen und sachlichen Kosten der Polizeiverwaltung betragen 32 988 M. Der Etat der Gaswerke balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 265 396,26 M. Die Einnahmen der Forstverwaltung betragen 54 315 M., die Ausgaben 14 054 M. Als Kommunalsteuer sollen 195 Proz. (gegen 190 Proz.) im Vorjahre erhoben werden; die Grundsteuer beträgt 3 M. vom Laufend des gemeinen Wertes. Die Gewerbesteuer wird in der ersten und zweiten Klasse mit 250 Proz., in der dritten und vierten Klasse mit 150 Proz., die Betriebssteuer mit 170 Proz. zur Erhebung gelangen. Der Gesamt-Etat ergibt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 925 765,08 M. Nach dem vom Bürgermeister Dr. Langenhand erstatteten Verwaltungsbericht hat die städtische Straßenbahn den Erwartungen entsprochen, auch die Betriebsergebnisse der Gaswerke sind günstig. Der Ertrag der Umsatzsteuer war im vergangenen Jahre besonders günstig, dagegen hat die Biersteuer von Erwartungen nicht entsprochen. Die Sparanlagen der städtischen Sparkasse betragen am Jahresabschluss 275 000 M.

Treptow-Vaumshulentweg.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Schöffe Dr. Wenz bekannt, daß der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag, einen Schularzt anzustellen, in diesjährigen Etat Berücksichtigung finden werde. — Eine Petition, welche auch der freisinnige Gemeindevertreter unterschrieben hat, erlucht außer um Anstellung eines Schularztes, um Einrichtung der siebenklassigen Volksschule. Sie wurde der Petitionskommission überwiesen und kann daselbst schlammern. Unsere Genossen werden aber die Einrichtung der siebenten Klasse zur Etats-Vermutung beantragen. — Zu den Kosten des Schulhaus-Neubaus in der Douchstraße wird noch ein weiteres Darlehen von 60 000 M. zu 3 1/2 Proz. Zinsen und einer Amortisation von 1 1/2 Proz. von der Kreisparlase entnommen. — Den täglichen Ausfall einiger Schulstunden in dem Amts-Schulhaus brachte Genosse Hofmann zur Sprache. Dieses entschuldigte der Gemeindevorsteher damit, daß Lehrer erkrankt und deswegen im Auftrage des Kreis-Schulinspektors die Stunden gelazt worden sind. — Von 24 beantragten Nachtragungen in die Gemeindevorsteherliste wurden 23 als nicht berechtigt erachtet, weil die Antragsteller bei den Eltern oder anderen Reuten wohnen, mithin keinen eigenen Hausstand haben. Auf den Hinweis unserer Vertreter, daß auch Söhne der Besigenden in der Wählerliste enthalten seien, welche bei den Eltern wohnen, wurde erwidert, daß diese auch ganze Wohnungen zur Verfügung haben. Was der Geldsack nicht tut! Um auch in Patriotismus zu glänzen, wurde eine Straße in Vaumshulentweg nach der Braut des Kronprinzen benannt. Die Verantwortung der Interpellation unserer Genossen, ob der Amts-vorsteher Kenntnis davon habe, daß ruhig ihres Weges gehende Passanten vom Genarmen belästigt worden seien und was er hiergegen zu tun gedente, lehnte der Amts- und Gemeindevorsteher ab, da er nicht Vorgesetzter der Genarmen sei.

Groß-Lichterfelde.

Ein kleiner Held. Das fünfjährige Töchterchen des zu Groß-Lichterfelde wohnenden Arbeiter-Ehepaars Weisner kam kürzlich dem glühend heißen Ofen zu nahe und zog sich ausgebreitete Brandwunden besonders an Brust und Armen zu. Im Kreis-Krankenhaus stellte sich heraus, daß der linke Arm, dessen Haut vollständig verbrannt war, feiß bleiben würde, wenn nicht die Uebertragung der Haut eines gesunden Menschen auf die hautlosen Stellen vorgenommen werde. Der 13jährige Bruder Richard erklärte sich bereit, die Operation an sich vornehmen zu lassen, und er blieb auch bei seinem Entschluß, als ihm die Aerzte klar machten, daß man ihm Hautstreifen von mehr als doppelter Handgröße von den Oberschenkeln lösen müsse. Die Operation ging dieser Tage vor sich. Der Oberarzt des Krankenhauses, Dr. Stadel, nahm sie persönlich vor, und nach einigen Tagen konnte festgestellt werden, daß der operative Eingriff nicht nur bei der Schwester Erfolg haben wird, sondern daß sich auch die Heilung bei dem Bruder günstig anläßt, so daß Richard nächster Tage wird entlassen werden können.

Aus der Frauenbewegung.

Steglich. Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglich und Umgegend bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, keine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Dr. Repler hält einen Vortrag über: „Die kleinste Lebensweise als Krankheitsursachen, Schutzmaßregeln gegen dieselben, insbesondere die Behandlung der Milch“. Gäste willkommen. Zahlreicher Besuch bedeten.

Vermischtes.

Ein Ernst Kbbe. Denkmal soll in Jena vor dem Volkshaus errichtet werden. Jeder Angehörige der Optischen Werkstätte Karl Zeiß will etwa einen Tagelohn beisteuern.

In München ist der Hofkapellmeister Professor v. Erdmanns-Dörfer am Dienstag gestorben.

Die Entführung eines Kindes macht in Leipzig um so größeres Aufsehen, als sie am hellen Tage und auf offener Straße geschah. Durch Gerichtsbeschluß ist dem in Jülich lebenden Moritz Platen, dem Verfasser jenes Verleses über Naturheilmittel, die Erziehung seiner zwei Kinder — eines Knaben und eines Mädchens — entzogen worden. Verschiedentlich hatte er sich bemüht, durch das Versprechen hoher Geldbelohnungen Personen zur Entführung eines seiner Kinder zu gewinnen; an der Wachsamkeit seiner Gattin scheiterten bisher alle seine Bemühungen. Am Sonnabend früh gegen 8 Uhr brachte, nach der Frankf. Ztg., Frau Platen ihre achttjährige Tochter Luise Katharine aus der in der Wettinerstraße belegenen Wohnung nach der in der Vorhinsstraße belegenen höheren Bürger Schule. Als sie sich an der Rathaus-Schule befand, hielt plötzlich ein vorüberfahrender Wagen, in dem sich drei Männer befanden, an; einer der Männer sprang heraus, riß das Kind von der Mutter los und nahm es mit in den Wagen zurück, der sofort in der Richtung nach Gohlis wegsuhr. Hilferufend setzte Frau Platen dem Wagen nach, allein sie erreichte ihn nicht. Platen selbst befand sich nicht unter den drei Männern; man hält ihn aber für

den Anführer. Der Führer der Droßke hatte sich bis Sonnabend noch nicht bei der Polizei gemeldet.

Ueber ein Grenzvergehen wird aus Eisenberg berichtet: Im Grenzvergehen beim Nachbarort Ober-Röblingen wurden sieben Bergleute verhaftet. Fünf wurden gerettet, einer ist getötet und einer schwer verletzt.

Ein Student als Opfer der landesüblichen Ausübung des groben Unfugparagrafen, das ist wohl kaum dagesewen. Uns wird über den Vorkfall aus Hannover berichtet: Ein hiesiger Student hatte in einer Dezembernacht einen Zusammenstoß mit zwei Gefreiten vom Königs-Infanterieregiment. Nach seiner Darstellung hatte er sie für Einjährige gehalten, mit denen er vorher auf der Korpskneipe zusammen gewesen war; deshalb sei er sieben gelieben und habe die Mannen angefaßt. Diese seien dann ohne weiteres über ihn hergefallen und der eine habe ihm mit dem Säbel auf den Kopf geschlagen, daß sein Gut zerstückt zur Erde geflogen sei. Darauf habe er laut nach einem Schutzmännchen gerufen, ein solcher sei auch herbeigekommen und habe seine Personalien festgestellt. Die Mannen haben ihn am nächsten Tage schriftlich um Verzeihung gebeten und er hat auch aus der Sache nichts gemacht. Zu seinem nicht geringen Erstaunen aber erhielt er von der Polizei ein Strafmandat, weil er durch Anrempelung der Mannen groben Unfug und durch überlauten Schreien nach einem Schutzmännchen rufenden Lärm verübt haben sollte! Natürlich erhob er Widerspruch und die Sache kam vor das Schöffengericht. Die Mannen haben hier an der Angeklagte „habe das Regiment seiner Majestät beleidigt“, aber wie oder durch welche Worte dies geschehen sei, vermochten sie nicht anzugeben. Das Gericht nahm an, daß beide Parteien wohl nicht ganz nüchtern gewesen seien, jedenfalls aber habe der Angeklagte in seiner Situation durchaus das Recht gehabt, nach dem Schutzmännchen zu rufen, und daß das nicht im Hinfertore gesehen könne, sei wohl selbstverständlich. Nur wenn das Rufen nach dem Schutzmännchen bösig grandios und mutwillig geschehe, könne ein grober Unfug darin erblickt werden. Der Angeklagte wurde kostenlos freigesprochen.

Die frühere Kronprinzessin von Sachsen ist, wie dem „Echo de Paris“ aus Mailand berichtet wird, infolge der Anstrengung der letzten Tage erkrankt und muß das Bett hüten. Die Konferenzen, die gestern in Florenz zwischen dem Anwalt des Königs von Sachsen, Justizrat Körner, und den Advokaten der Gräfinen Montignoso Laschmal und Rosabi stattfanden, dauerten im ganzen acht Stunden. Hierbei wurde ein eingehendes Protokoll über die Angaben des Fräuleins Wulf, der Witwe der kleinen Prinzessin Renise, aufgenommen, auf deren Berichte an den sächsischen Hof die Mitteilungen über das angebliche neue Verhältnis der Gräfin Montignoso beruhen. Das Protokoll zeigt, daß die Witwe einen geradezu fantastischen Haß gegen die Gräfin hegt, und beweist, daß die Behauptung, die Witwe habe nur nach Dresden berichtet, um aus der Einsamkeit in Florenz erlöst zu werden und an den Dresdener Hof zurückzuführen, der Wahrheit entspricht. Eine Konfrontation der Witwe mit der Dienerschaft der Wita Papiniano ergab die Halbsichtigkeit gerade der schimmigen Anlagen der Witwe. — Nach dem „Lokal-Anzeiger“ hat die frühere Kronprinzessin sich zur Auslieferung ihres Kindes bereit erklärt.

Der Durchschlag des Simptomtunnels. Die aus einer Einladung zum Durchschlagfeste des Simptomtunnels zu entnehmen ist, wird, da die trennende Wand nicht mehr beträchtlich ist, der Durchschlag sich jedoch wegen zu befürchtender neuerlicher Holzbohrereinträge wesentlich verzögern kann, der Durchschlag für Ende Februar oder Anfang März angezeigt. Die Stollenverhältnisse bringen es aber mit sich, daß es noch dem Zusammenstoßen der Stollen drei bis vier Wochen dauern wird, bis ein Durchgang von einer Seite zur anderen geschaffen werden kann. Bis dahin muß also die Durchschlagfester hinausgeschoben werden.

Wegen ständiger Verfehlungen ist, wie aus Göttingen gemeldet wird, der Pastor Jürging in Edersthausen vom Amte suspendiert worden. Der Pastor ist seitdem verhaftet.

Untergang eines japanischen Schiffes. Das Küstenschiff „Natoriga maru“ ist im Hafen von Osaka kollidiert. Der Grund war in starkem Nebel zu suchen. 75 Passagiere und 19 Matrosen, im ganzen 94 Personen, ertranken.

Ueber ein Familiendrama wird aus München berichtet: Gestern Abend um 10 Uhr gab in der Friedrichstr. 29 der Freiherr v. Roman auf seine Frau fünf Revolverkugeln ab, ohne sie jedoch ernstlich zu verletzen. Hierauf tötete sich der Freiherr durch mehrere Schüsse in den Kopf. Ehehliche Zerwürfnisse sollen das Motiv zur Tat sein.

Ein 36 Millionen-Konkurs. In dem Konkurs des Kaufmanns Otto, des früheren Aufsichtsrats-Mitgliedes der Kasseler Treber-Produktions-Gesellschaft, beträgt nach der demnächst zu erfolgenden Schlussabrechnung die Schuldenmasse rund 36 Millionen, denen 280 000 M. Aktiva gegenüberstehen. An die Gläubiger werden demnach 0,55 Proz. oder 55 Pf. auf je 100 M. zur Verteilung gelangen. — Auch in dem Konkurs über das Privatvermögen des Kaufmanns Adolf Schmidt, des ehemaligen Generaldirektors der Treber-Produktions-Gesellschaft, soll in nächster Zeit die Schlussabrechnung erfolgen. Die Gläubiger Schmidts werden für je 100 M. ihrer Forderungen — 69 Pf. ergötzen.

Verband der Freilehrer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Versammlung am Donnerstag, den 16. Februar, abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 57. Vortrag.

Verein ehemaliger Beamter d. l. 1902. Sitzung am 18. d. M., abends 9 Uhr, Elisabethstr. 30.

Sozialdemokratischer Zentral-Verein Kalau-Pudau. Am Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Ordentliche Versammlung bei Wehnacht, Grünstr. 21.

Eingegangene Druckschriften.

- Fanny Imke, Gewerblüche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsgeichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland. Preis 10 M. Jena, Verlagsbuchhandlung Gustav Fischer.
- Theodor Poppe. Auch eine Philosophie oder Religion? II. Teil. 137 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag Gebrüder Krauer, Frankfurt a. M.
- Großhadt-Dokumente. Band 3. Berlins drittes Geschlecht. Von Magnus Hirschfeld. Preis 1 M. Verlag von Hermann Seemann Nachf. G. m. b. H.
- Oskar Hertwig. Ergebnisse und Probleme der Zeugungs- und Vererbungslehre. Gustav Fischer, Jena.
- Die bremische Zimmererbewegung. 1905. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co., Jüdische Bremen.
- Aus der Vorzeit der Erde. Von Prof. Dr. Fred. Schuchert. Verlag von G. O. Tiedemann in Leipzig. [V. u. 136 S.] 8. Preis geh. 1 M., gebunden 1,25 M.
- Dr. M. Böhme. Der Inzestmord nach der Lehre der katholischen Kirche. München. G. Birk u. Co.

Briefkasten der Redaktion.

- Zweibrücken. Wenden Sie sich an die Expedition der Zeitschrift „Der Bureau-Angestellte“, Berlin NW., Emdenstr. 4. — L. in W. Ja. — Gagen. Wenden Sie sich wegen eines Waisenkindes an die Armen-Direktion, Abteilung für Waisenpflege, Berlin SW., Alte Jakobstraße 33.
- Juristischer Teil.
- Stettin 37. Sie können sich Vollmacht der Betreffenden erteilen lassen, oder noch einfacher, durch die Betreffende selbst Abschrift des Urteils beantragen lassen. — M. St. 77. Ja. — H. G. T. Sie weit das Recht des Mieters geht, in seiner Wohnung auch des Nachts zu musizieren usw., läßt sich nicht allgemein dartun. Von Fall zu Fall ist zu entscheiden, ob das Verhalten des Mieters ein solches ist, gegen das der Mieter wohnende Mieter durch Klage gegen den Wirt erfolgreich auftreten kann. Wortlaut

des Vertrages, mündliche Vereinbarungen, Lage des Hauses usw. und nicht zuletzt das „richterliche Ermessen“ des Richters letzter Instanz sprechen hierbei eine entscheidende Rolle. — H. G. Haben Sie gegen jemand Veracht, so können Sie Ihren Veracht der Polizei mitteilen. Die Polizei wird dann zu entscheiden, ob Grund zu einer Hausdurchsuchung vorliegt. — H. T. Weidenweg. Das Mand- und Retentionsrecht des Vermieters macht keineswegs eine Pfändung durch einen anderen Gläubiger unmöglich. Die Rechtslage ist vielmehr die, daß auch andere Gläubiger (z. B. der Wirt, mit dem Sie einen neuen Vertrag geschlossen haben) Pfänden und verkaufen lassen können. Nur steht dem Wirt in erster Linie ein Anspruch auf den Erlös zu. — H. G. S. Wegen Anlage von Pfand und zu Beinen vorläufig zurückgestellt. — München. Goldesel, die möglicherweise zur Erklärung als dienstantanglich führen. — T. W. 100. 1-3. Rein. — H. S. 16. 1. Ohne Eintrag in das Programm und die sonstigen Vertragsbestimmungen ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. 2. Zweckmäßig ist eine Mitteilung über die Art der Pfändung. — G. A. Nidder. Ja. — W. Drohne. Rein. — Raab. Wenn nicht etwa Ihr Vertrag anders befaßt oder Sie früher eine solche Abgabe geleistet haben, ist der Wirt im Unrecht. — H. S. 100. Die Polizeiverfügung ist gültig. Da Sie diese Anordnung bereits befolgt zu haben behaupten, ist die Antwort durchaus zureichend. — C. R. Rein. — G. S. 1000. Das Gesetz spricht davon nicht. Es könnten aber nach Ihrem Status die Unkosten als Teil der ärztlichen Behandlung in Anrechnung gebracht werden. Sie müssen einen dahingehenden Antrag an Ihre Kasse richten. — W. T. 10. Ja. — R. 78. Marie. Unendlich oft haben wir davor gewarnt, Bestellzettel auf Bücher (Lieferungswerte) und auf andere Gegenstände (insbesondere solche, die Krankheiten oder dergleichen vorzubeugen sollen) zu unterschreiben. Ist unterschrieben, so ist der Besteller oder die Bestellerin in der Regel zur Zahlung und Abnahme verpflichtet. In Ihrem Falle liegt die Sache deshalb anders, weil das Dienstmädchen minderjährig ist. Sie ist nicht verpflichtet, den für sie wertvollen, jedenfalls zu teuer berechneten Stam zu bezahlen, soll den Reisenden abweisen, mit Ruhe einer Klage entgegengehen und sich den Vorfall als Warnung vor Wiederholungen dienen lassen. Die Eltern haften keineswegs. — G. 100. Rein.

Marktpreise von Berlin am 13. Februar. Nach Ermittlungen des sel. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,90—17,57 M., mittel 17,54—17,51 M., geringe 17,48—17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,90 M., geringe 13,70—12,50 M. Hafer**), gute Sorte 16,10—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Rübölroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,90—2,00 M. Eier per Dutzend 6,00—3,90 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 13. Februar. Elbe bei Kuffig + 0,88 Meter, bei Dresden + 0,32 Meter, bei Magdeburg + 3,02 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,55 Meter. — Oder bei Rathow + 1,58 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,20 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,06 Meter, bei Frankfurt + 2,48 Meter. — Weichsel bei Drahemünde + 4,42 Meter. — Saale bei Hosen + 1,32 Meter. — Reghe bei Ulf + 1,16 Meter.

Witterungsübersicht vom 14. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	771	SW	3	wolkig	-5	Daprunba	745	R	6	wolkig	-10
Hamburg	770	SW	2	bedeckt	-7	Betersburg	764	SW	1	bedeckt	-12
Berlin	773	SW	1	bedeckt	-7	Stolz	777	SW	3	Regen	9
Frankfurt a. M.	774	SW	3	bedeckt	-9	Aberdeen	773	SW	3	bedeckt	7
München	778	SW	4	bed. Bd.	-2	Paris	771	SW	1	bedeckt	3
Wien	775	SW	3	bedeckt	-6						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Februar 1905. Einmal mäßiger, nordwestlich wolkig, mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Mittwoch, 15. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Ritzzahl und der Saalpfeifer von Reife. Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen. Deutsches. Die Brüder von Sanft Bernhard. Berliner. Der Zwist der Verheiratheten. Sessing. Die Frau vom Meer. Westen. Der Propst. Zentral. Die Jungfer. National. Fideles. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Thalia. Der Kilometerfresser. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Fuhrmann Henschel. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Das große Hemd. Kleines. Der Bär. Angele. Reichen. Hotel Bombardier. Lustspielhaus. Der Familienstag. Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heurouss.) Deutsch-Amerikanisches. New York. Russen. Die Räuber. Kasino. Heirat auf Probe. Metropol. Die Herren von Razim. Belle Alliance. Der beste Tip. Carl Weis. Geld und Rame. Apollo. Berliner Luft Adrennen. Nobl. Brand. Spezialitäten. Passage-Theater. Lucia Krall. Herrlich-Theater. Bring Levy in Albed. Palast. Wie man Weiber fesselt. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Invalidenstraße 57/62. D. GASTIAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 105. Neu! Rosa Weledol, das sinnliche. Riesen-Mädchen!!! 2 Meter 20 cm groß! Neu! Das Erwachen des Poseidon! National-Theater. Weinbergstr. 19. Mittwoch, den 15. Februar 1905: Fideles. Anfang 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Die Fledermaus. Freitag: Zar und Zimmermann. Zentral-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat. Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Johann Lehár. Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Die Rünber. Donnerstag: Der neue Elftbarz. Freitag: Dorf und Stadt. Sonnabend: Das Spiel des Operntheaters des Bekens: Undine. Sonntag nachmittags: Dorf und Stadt. Abends: Der neue Elftbarz. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtsstraum. Donnerstag: Der Graf von Charolais. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum. Montag: Der Graf von Charolais. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Angele. Vorher: Der Bär. Donnerstag: Die Neuvermählten. — Abschlußsupper. Freitag: Nachtsyl. Sonnabend, Sonntag: Angele. Der Bär. Montag: Die Neuvermählten. Abschlußsupper. Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schults. Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frik Frid. Fritzi Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr. Passage-Theater. Abf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr. Lucia Krall, die berühmte Gesangskünstlerin. Smeralda und Senitza, d. unübertreffl. Arab. Tänzerinnen u. d. glänz. Febr.-Programm. Voranzeige: Sonnabend, den 18. Februar: Passage-Theater-Ball.

Urania

Taubenstraße 48/49, 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.

D. GASTIAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 105. Neu! Rosa Weledol, das sinnliche. Riesen-Mädchen!!! 2 Meter 20 cm groß! Neu! Das Erwachen des Poseidon!

National-Theater

Weinbergstr. 19. Mittwoch, den 15. Februar 1905: Fideles. Anfang 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Die Fledermaus. Freitag: Zar und Zimmermann.

Zentral-Theater

Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat. Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Johann Lehár. Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.

Luisen-Theater

Abends 8 Uhr: Die Rünber. Donnerstag: Der neue Elftbarz. Freitag: Dorf und Stadt. Sonnabend: Das Spiel des Operntheaters des Bekens: Undine. Sonntag nachmittags: Dorf und Stadt. Abends: Der neue Elftbarz.

Neues Theater

Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtsstraum. Donnerstag: Der Graf von Charolais. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum. Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr. Angele. Vorher: Der Bär. Donnerstag: Die Neuvermählten. — Abschlußsupper. Freitag: Nachtsyl. Sonnabend, Sonntag: Angele. Der Bär. Montag: Die Neuvermählten. Abschlußsupper.

Angele

Vorher: Der Bär. Donnerstag: Die Neuvermählten. — Abschlußsupper. Freitag: Nachtsyl. Sonnabend, Sonntag: Angele. Der Bär. Montag: Die Neuvermählten. Abschlußsupper.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr. Angele. Vorher: Der Bär. Donnerstag: Die Neuvermählten. — Abschlußsupper. Freitag: Nachtsyl. Sonnabend, Sonntag: Angele. Der Bär. Montag: Die Neuvermählten. Abschlußsupper.

Schiller-Theater

Mittwoch, abends 8 Uhr: Fuhrmann Henschel. Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Donnerstag, abends 8 Uhr: Pension Schöller. Freitag, abends 8 Uhr: Im Hafen.

Belle Alliance-Theater

Heute u. folgende Tage 8 Uhr: Novität: Durchschlagsand. Lachdrol! Der beste Tip. Dr. Knapp. Poffe in Gel. u. Lang 1. 2. 3. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Der Kilometerfresser

Sonntag nachm. 3 Uhr: Charleys Tants.

Zirkus Busch

Gala-Sport-Abend. Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feier.

Katharina II.

Herr Direktor Busch mit seinen 6 Volkblütern. Herr Ernst Schumann mit seiner doppelten Springreitschule. Weltreford! „Chips“, engl. Volkblüt, Sprung von ebener Erde über 8 Pferde mit Reiter. „Jalko“, engl. Volkblüt, dreifertig und geritten von Herrn Burghardt-Footitt. Die beiden Phänomene Eifers Amalia-Leonora und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.

M. 7500.— Geldpreise in bar! Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Vegas. Neh Webersen (Dänemark) gegen N. Nagy (Siebenbürgen) Gaja Bertalan (Russen) : Emil Verbet (Frankreich) Sali Suliman (Türkei) : Hans Rang (Böhmen) P. Schneider, Amateur (Berlin) : G. Burgardt (Oesterreich) (Beginn der Ringkämpfe circa 8 1/2 Uhr.)

Letzte Nachmeldungen:

Nicolai Petroff, Champion von Bulgarien. Byssko Czjganiewicz, Reiterchaftsringer von Oesterreich. Jacob Koch, Weltmeisterschaftsringer.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schults. Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frik Frid. Fritzi Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater

Abf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr. Lucia Krall, die berühmte Gesangskünstlerin. Smeralda und Senitza, d. unübertreffl. Arab. Tänzerinnen u. d. glänz. Febr.-Programm. Voranzeige: Sonnabend, den 18. Februar: Passage-Theater-Ball.

Lucia Krall

die berühmte Gesangskünstlerin. Smeralda und Senitza, d. unübertreffl. Arab. Tänzerinnen u. d. glänz. Febr.-Programm. Voranzeige: Sonnabend, den 18. Februar: Passage-Theater-Ball.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch, den 15. Februar, abends prägte 7 1/2 Uhr: Gala-Fest-Vorstellung zum Besten der Krieger-Sanitäts-Kolonie vom Roten Kreuz Berlin und des Landesvereins vom Roten Kreuz.

Roten-Kreuz

Gala-Kostüme X Parade-Uniformen. Eine der glänzendsten Vorstellungen der Saison. Ganz besonders gedähltes Gala-Programm und die großartigen Spezialitäten. Dir. Albert Schumanns anerkannt unerreicht dasahenden Orig.-Dressuren. Um 9 1/2 Uhr: Die große Schumannsche mit märchenhafter Pracht inszenierte Ausstattungs-Vantomime.

Eine Nordlandsreise

Im Strahle der Mitternachtssonne. 7 hervorragend schöne Bilder und die märchenhafte schöne Schluß-Apotheose.

Residenz-Theater

Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Hotel Pompadour. Schwanf in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Amrof Deutsch v. R. Schönow. Sonntag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr: Nora.

Lustspielhaus

Täglich 8 Uhr: Der Familientag. Sonntag nachmittags: Das Lumpengefindel.

Deutsch-Amerikanisches Theater

Köpenickerstr. 67/68. Zum Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: 86. New-York Malo. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.

Skala-Theater

Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.) An der Grenze, oder: Ver schlafen. Poffe mit Gefang in einem Mt. Großer Boxer-Kampf sowie 30 internat. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann). Mittwoch, den 15. Februar 1905: Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Frä. Dora Hennig. Zum erstenmal: Ein unbeschriebenes Blatt, Lustsp. in 3 Aufzügen v. Ernst v. Wolzogen. Aufführung 6 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen, ohne Nachz.

Deutsche Konzert-Hallen

An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Apollo-Theater

10^{ter}: Radrennen auf der Bühne. Neumeldung: Paul Mündner. Vorher: Berliner Luft von Paul Lincke und die Februar-Attraktionen. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr (ermäßigte Preise): Renn auf Erden und Radrennen Robt-Krenn.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16. Großes Bockbier-Fest verbunden mit Theater-Vorstellung und Bockbier-Ball. Maxell Heberer-Gesungen. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Der tolle Wenzel.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Das Geheimnis der alten Wamfell. Schauspiel in fünf Akten und einem Vorspiel, bearbeitet von C. Wolfberg. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball. Voranzeige! Montag, 20. Febr.: Große Benefiz-Extravorstellung für Emmy Behrendts-Carlson. Zur Auf-führung gelangt: Das Käthchen von Heilbronn.

Skala-Theater

Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.) An der Grenze, oder: Ver schlafen. Poffe mit Gefang in einem Mt. Großer Boxer-Kampf sowie 30 internat. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann). Mittwoch, den 15. Februar 1905: Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Frä. Dora Hennig. Zum erstenmal: Ein unbeschriebenes Blatt, Lustsp. in 3 Aufzügen v. Ernst v. Wolzogen. Aufführung 6 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen, ohne Nachz.

Deutsche Konzert-Hallen

An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Zum 97. Male:
Der bisher unübertroffene schlaueste Herrfeld-Schlager mit seinen fürstlich bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Diagnos Prinz Levy:
Donat Herrfeld.
Witzvolles, dessen Reifebegleiter:
Anton Herrfeld.
Auf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Die Meyerheims.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nur noch drei Abend-Vorstellungen:
Geld und Name.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, Freitag: Geld u. Name.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Frau Helke.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
8 Uhr: Das epochenmachende Februar-Programm.
9 1/2 Uhr: Novität! Der größte Erfolg:
Wie man Weiber fesselt.

Militär-Gesangsstücke von Reisinger, Verfasser von „Mutter Gräbert“, „Onkel Gohr“, „Wie einst im Mai“.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entrée 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.
Freitag: Elite-Abend. Kabale und Liebe. — Sonnabend: Bockbier-Jubiläum und Trubelabend. Nach der Vorstellung: Familien-Freikanz.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Sonntag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Sittlich in den munteren Klängen und leisem Sage vorher zu haben

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Mittwoch:
Die Tochter des Sträflings
oder: Verlorene Ehre.
Schauspiel in drei Akten.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns World. Sänger u. Tanzkränzchen.

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Rag u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiser-Saal:
Tanz.

Zierfische
aller Art, Wasserpflanzen etc., wird jeder Posten gekauft. Offerten mit genauer Angabe der Arten und des Preises unter M. 7 an die Expedition des „Vorwärts“.
2056L*

WINTERGARTEN.
Anfang 8 Uhr.
SAHARET
und die ausgezeichneten Kräfte d. neuen Februar-Programms.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Otto Fritzkows
Abnormitäten - Ausstellung
Täglich Vorstellung
Die Riesin Hona, 455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!
Wirtshaus 17502*
Zum Strauss
Pappel-Allee 25
Saal für 150 Personen noch an einigen Sonntagen zu vergeben

Zigarren.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
3 Stk. 10 Pf., 10 Stk. 30 Pf., 10 25 10 40
In jeder Preisliste große Auswahl in Bergito, Sumatra, Cyprien, Brevil. 19395*
W. Schilling Nachf. Rausch
Admiralstr. 18 b.

Patent-Bureau.
Anmeldung von Patent in allen Staaten. Neuheit billige Preise. Besondere Zahlungsdie. Gleides. Bewertung u. Finanzierung d. durch uns. Bur. ausgem. Pat. Verh. v. Ideen f. Ratsh. f. Patenten. Spr. 10-1 und 4-6.
Wolters & Co., Wilhelmstr. 119/120.

Ausschneiden Wert 4 Mk.
Künstl. Zähne. Naturgetreu, tadell. Ausführ. äußerst billigst. Schmerz. Zahn. Nervlö. ten Zähne reinigen, bei Bestellung Eventl. Ratenzahl. gestaltet. Um Miltstrauen zu vermeiden, bitte ich dringend, erst bei Abholung Annonce vorzuzeigen.
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.

Blank's Schnittmuster
einstufig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleider spielend leicht. Tausende Frauen loben sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modemagazin, Nr. 1, 20 (Preismarken) Franko-Zusendung durch R. BLANK, Abt. 2, Berlin SW., Kommandantenstr. 64.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin)
Freitag, den 17. Februar cr., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Saale des Kollegen Löffel, Memelstr. 67:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des ersten Kassierers. 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ sind wichtige Sachen im Interesse unserer Ortsverwaltung zu erledigen; es bittet daher um recht zahlreichem Besuch
Der Vorstand. R. U.: Ernst Dör.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin I.
Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 13-17, geöffn. wochent. 8-6 Uhr. — Telefon: Amt 4 Nr. 3383.
Mitglieder aller Branchen!
Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
I. ordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Mitteilung. 2. Jahresberichte: a) Bericht des Vorstandes, b) Kasienbericht, c) Arbeitsnachweis-Bericht, d) Bericht des Bibliothekars.
3. Neuwahl der Mitglieder zur inneren Ortsverwaltung und der Kassieren.
4. Anträge und Beschlüsse.
Ein zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrensache.
NB. Das Mitgliedsbuch ist am Eingange der Versammlung vorzuzeigen. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen über zehn Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Fortsetzung der letzten General-Versammlung vom 9. d. M.
Tages-Ordnung: Neuwahl des Verwalters, Berichte und Neuwahl der Kommissionen. Verschickens.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Davidsohn. 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. — Bezirk Süd-Ost.
Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Tzschack, Ranninstr. 6:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen in der Lichtscheuer-Kommission.
2. Diskussion.
3. Vorschläge der Kandidaten zur Verbandsleitung.
4. Verschickens.
Das Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte ist zwecks Abtempelung vorzulegen. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 16. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Lipps, Am Friedrichshain 22/29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Kassenbericht. Bericht des Vorstandes. Bericht des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars und der Kontrollkommission. Ergänzungen für Ortsverwaltung. Stimmwahl des Arbeitsvermittlers. Wahl eines zweiten Arbeitsvermittlers und eines Bureauarbeiters. Stimmwahl für ein Mitglied zum Bauvorstand. Kommitierung eventuell Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftstongreß. Verbandsangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (80/3) Die Ortsverwaltung.

C. Joëls Viktoria-Garten.
11 Kegelbahnen. Künepicker Landstr. 21. Theaterbühne.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn C. Zinn.
Empfehle meinen renovierten Saal und Garten, 5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen Vereinen und Gesellschaften.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwalt. Berlin. — Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter).
Todes-Anzeige.
Am 13. Februar cr. starb plötzlich nach kurzem Leiden unser Kollege
Fritz Fahrenholz
im vollendeten 20. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr vom neuen Jakobikirchhof, Rigbold, aus statt.
242/20
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft
Zahlstelle Berlin.
Am Sonntag, den 12. Februar, verstarb unser Mitglied Kollege
Hermann Lange.
Ehre seinem Andenken!
111/19 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzgebunden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Emilie Dacke
lagen wir hiemit allen Freunden und Bekannten, insbesondere Frä. Ida Wilmann für die trostreichen Worte am Sarge der Enkeltochter, und dem Gesangsverein „Nord“ unsern innigsten Dank.
21606
Hermann Dacke.
Adolf Dacke nebst Frau.

Dr. Simmel, Str. 41,
Spezialarzt für 72/7*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.
Zur Anschaffung empfehlen wir:
„Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.“

Die vorliegende Schrift gibt eine ausführliche Darstellung über die Entstehung des Streiks der Bergarbeiter und die Ursachen, die den Anstoß dazu gegeben haben.
Ferner schildert sie die Stellungnahme der Regierung und der Parteien zu den Forderungen der Arbeiter, die durch die Vorgänge im Ruhrrevier erhöhtes Interesse beanspruchen können. Preis 20 Pf.
„Germinal“ von Emile Zola.
Dieser Roman beansprucht infolge der Vorgänge im Ruhrrevier jetzt erhöhtes Interesse.
Der Verfasser entwickelt in fesselnder Weise ein Bild von den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Kohlenarbeiter, deren Leben und Gesundheit ständig bedroht ist, und die unter einer brutalen Ausbeutung leiden, bis sich schließlich die Empörung über diese Zustände in einem mit elementarer Wut ausbrechenden Streik kundgibt.
Preis der billigen Ausgabe 1.— M. Die bessere Ausgabe kostet brosch. 3.— M., geb. 4 M.
Die übrigen Romane Zolas halten wir gleichfalls vorräthig.
233/10
Ferner empfehlen wir:
„Die Nonne“ von Denis Diderot.
Dieser von Goethe und Schiller empfohlene Roman wurde auf Antrag der Reichsgericht Staatsanwaltschaft in Stuttgart beschlagnahmt, aber jedoch wieder freigegeben.
Preis brosch. 2.—, eleg. geb. 2.50 M.
Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sofastoffe
Besondere Auswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquettes.
Rüsch, Satteltaschen.
Musterb. näher Angabe franko.
Berlin, Oranienstr. 158.
1888L*

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Möbelpolierer
Karl Leistikow
Strolauer Allee 23
vorher Stadtbezirk 100 wohnhaft gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes aus statt.
242/20
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Karl Leistikow
nach langen schweren Leiden am 13. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der St. Andreas-Gemeinde in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
145/9
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeigen.
Am Sonntag verstarb plötzlich unser Mitglied, der Restaurateur
Hermann Rehfeld
Demmlerstraße 36.
Wirdfalls am Sonntag verstarb unser Mitglied, der Schlichter
Karl Hobohm
Schwarzpflanzstraße 13.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen Rehfeld findet heute, Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.
Die Beerdigung des Genossen Hobohm findet gleichfalls heute, Mittwoch nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gnaden-Kirchhofes, Barfußstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/11 Der Vorstand.

Kollegen, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein langjährigster Mann und Onkel, der Tischler
Franz Knöchel
am Montag, den 13. Februar, nach langen schweren Leiden verstorben ist.
Dies zeigen hiermit tiefbetrübt an
Die Hinterbliebenen:
Henriette Knöchel
geb. Blohm.
Maria Knöchel.
Die Beerdigung findet Freitag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
2141b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler
Franz Knöchel
am Montag, den 13. Februar, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
80/4 Die Ortsverwaltung.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
Anzüge nach Maß von 25 Mk. an. am Kottbuser Tor.
Schneidermeister.

Aufsehen erregen unsere Preise.
Echt englische Herren-Anzugstoffe früher 10.50 Mk., jetzt nur 6.50 Mk. per Meter
Tuchkammgarne für schwarze Gesellschafts-Anzüge . . . früher 6.50 Mk., jetzt nur 4.50 Mk. per Meter
Damenluche, hohelegante Ware . . . früher 3.50 Mk., jetzt nur 2.50 Mk. per Meter
Kinder-Anzugstoffe spottbillig . . . früher 3.00 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Damen-Regenrockstoffe mit angewebtem Futter . . . früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Herren-Anzugstoffe früher 6.00 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter
Damen-Kostümmstoffe mit angewebtem Futter früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Herren-Paletotstoffe früher 5.50 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.
Gewantv. Reklatur: Paul Wätner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.